

---

## **Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland**

Zwischenbericht aus dem Forschungsvorhaben „Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter“  
(ISPIInoVA)

Herbert Schubert

Stephanie Bremstahler

Annika Hensel

Mara Georg

Julia Zinn



**Forschungsschwerpunkt**  
**Sozial • Raum • Management**

**Technology**  
**Arts Sciences**  
**TH Köln**

Das Forschungsvorhaben wird im Rahmen der Förderlinie SILQUA-FH des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt („Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“).

Praxispartner sind die Städte Bielefeld und Viersen, sowie der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge und der Verein für Sozialplanung.

Wissenschaftlicher Kooperationspartner ist die Hochschule Luzern Soziale Arbeit in der Schweiz.

Projektleitung:

Prof. Dr. phil. Dr. rer. hort. habil. Herbert Schubert

Projektbearbeitung:

Stephanie Bremstahler, M.A.

Annika Hensel, M.A.

Karin Papenfuß, M.A.

Julia Zinn, B.A.

SRM-Arbeitspapier 62

Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management (SRM)

Technische Hochschule Köln

Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Ubierring 48

50678 Köln

<http://www.th-koeln.de>

<http://www.sozial-raum-management.de>

Köln, im Februar 2016

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einführung .....</b>	<b>5</b>
1.1	Integrierte Sozialplanung.....	5
1.2	Methodisches Vorgehen.....	6
1.2.1	Entwicklung von Kriterien.....	8
1.2.2	Identifikation guter Beispiele.....	9
1.2.3	Identifikation der Dimensionen und Zuordnung der Praxisbeispiele.....	11
<b>2</b>	<b>Komponenten der integrierten Sozialplanung.....</b>	<b>12</b>
2.1	Sozialplanung mit einem sozialraumorientieren Fokus.....	12
2.2	Sozialberichterstattung.....	13
2.3	Inklusive Sozialplanung für alle Bedarfsgruppen .....	14
2.4	Ressortübergreifende Netzwerkarbeit .....	14
2.5	Beteiligung und Partizipation.....	16
2.6	Projektarbeit.....	17
2.7	Qualitätsentwicklung.....	18
2.8	Entwicklung eines Planungsmodells.....	19
<b>3</b>	<b>Muster der Planungsorganisation .....</b>	<b>20</b>
3.1	Muster A: Soziale Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Planungsansatz.....	20
3.2	Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz.....	21
3.3	Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen.....	21
3.4	Muster D: Themenfokussierte Sozialplanung .....	22
3.5	Muster E: Fachbereichsübergreifende Planung.....	23
<b>4</b>	<b>Gute Beispiele integrierter Sozialplanung .....</b>	<b>24</b>
4.1	Stadt Aachen .....	24
4.2	Städteregion Aachen .....	26
4.3	Stadt Arnshagen.....	29
4.4	Stadt Ahlen .....	31
4.5	Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin .....	34
4.6	Stadt Bielefeld.....	36
4.7	Stadt Gelsenkirchen.....	38
4.8	Landkreis Görlitz .....	40
4.9	Stadt Hamburg, Bezirk Altona.....	42

4.10	Landeshauptstadt Hannover .....	44
4.11	Kreis Heinsberg .....	47
4.12	Landeshauptstadt Kiel.....	49
4.13	Lahn-Dill-Kreis.....	52
4.14	Landkreis Ludwigslust-Parchim .....	55
4.15	Landeshauptstadt Magdeburg.....	57
4.16	Landeshauptstadt Mainz .....	60
4.17	Landeshauptstadt München .....	61
4.18	Stadt Neuss.....	63
4.19	Landkreis Potsdam-Mittelmark.....	65
4.20	Landkreis Schmalkalden-Meiningen.....	67
4.21	Kreis Unna .....	69
4.22	Landeshauptstadt Wiesbaden.....	71
<b>5</b>	<b>Verzeichnisse .....</b>	<b>74</b>
5.1	Literaturverzeichnis.....	74
5.2	Abbildungsverzeichnis.....	97
5.3	Tabellenverzeichnis.....	97

Im nachfolgenden Text wird eine geschlechtsneutrale Sprache verwendet. Bei der konkreten Ansprache von Personen werden sowohl die weiblichen als auch männlichen Personen benannt.

## 1 Einführung

### 1.1 Integrierte Sozialplanung

Rahmenbedingungen, Ziele und Vorgehen der Sozialplanung haben sich in den letzten 20 Jahren maßgeblich verändert. Rückblickend kann zwischen traditioneller und „moderner Sozialplanung“ unterschieden werden (vgl. Reichwein et al. 2012:14): Während Sozialplanung im traditionellen Verständnis sozialpolitisch fundiert war (vgl. Feldmann et al. 1986:19f.), soll sie in der Gegenwart das Public Management unterstützen. Das neuere Verständnis von Sozialplanung beruht auf dem „Neuen Steuerungsmodell“ der 1990er Jahre, mit dem die inputorientierte Steuerung durch die outputorientierte – d.h. wirkungsorientierte – Steuerung abgelöst wurde (vgl. Feldmann; Kühn 2005). Die Sozialplanung repräsentiert darin einen eigenständigen Bestandteil im Steuerungskreislauf auf allen Ebenen der Sozialverwaltung. Reichwein und andere definieren den Kontext wie folgt: „Moderne Sozialplanung ist Steuerungsunterstützung. Sie analysiert die soziale Lage und Entwicklung im Sozialraum, in der Kommune und in ihrem Umfeld. Sie formuliert unter Beteiligung der Betroffenen und der ‚Stakeholder‘ Vorschläge für Ziele und Kennzahlen kommunaler Sozialpolitik. Sie entwickelt innovative Produkte und Prozesse mit Blick auf deren Wirkung und den Ressourceneinsatz. Sie unterstützt die Verwaltungsführung, andere Fachressorts und die Politik im Sinne einer integrativen Planung unter dem Dach von Stadt-/ Kreisentwicklungsplanung. Sie ist Grundlage einer ziel- und wirkungsorientierten Sozialpolitik sowie einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur“ (Reichwein et al. 2012:38).

Als Ergebnis dieser Neuorientierung konzentriert sich die Sozialplanung darauf, Produkte für die Haushaltsplanung zu beschreiben, Haushaltsmittel oder Fördermittel für die Produkte zu beantragen, die fachlichen Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung und Budgetplanung zu schaffen, die Umsetzung der Konzepte, Produkte und Maßnahmen zu beobachten, Kennzahlen zur Messung ihrer Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu bilden; die Erreichung der sozialpolitischen Zielsetzungen zu evaluieren und an die Verantwortungsträger der kommunalen Verwaltung und Politik Bericht zu erstatten.

Die Gefahr dieser Neuorientierung besteht darin, dass die Tiefenschärfe der operativen Fachplanung durch den strategischen Fokus der Sozialplanung verloren gehen könnte. So stehen der Vielzahl an Literatur über die strategische Funktion der Sozialplanung nur punktuelle Publikationen über eine soziale Planung für ältere Menschen gegenüber; und sie liegen zeitlich teilweise weit zurück (vgl. Amrhein; Backes 2012; Blaumeiser; Klie 2002; Döhner 1993; Hamburger 1996; Stegmann 1999).

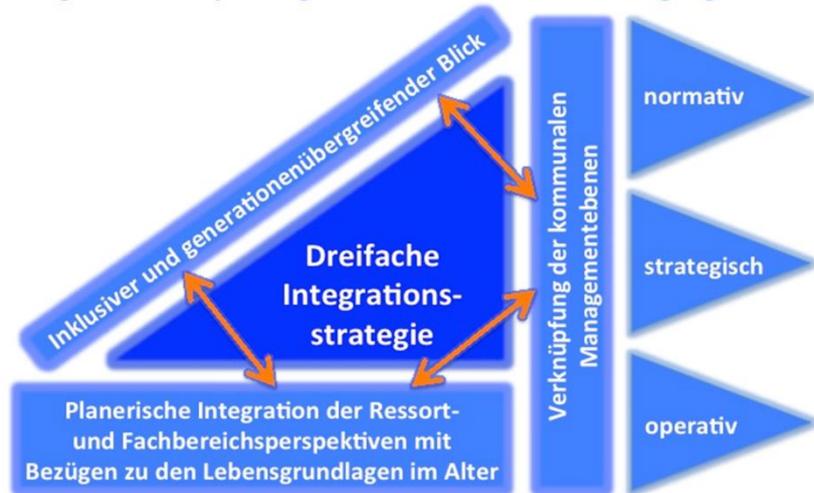
Es bedarf deshalb einer Restrukturierung und innovativen Weiterentwicklung der sozialen Planung für das Alter, der sich das Projekt „Integrierte Sozialplanung als Innovation in der Versorgung im Alter“ (ISPlnoVA) widmet.

Als *soziale Innovation* wird in diesem Zuge das Modell einer integrierten Sozialplanung erarbeitet und umsetzungsreif gemacht. Es trägt zur Erhöhung der Lebensqualität im Alter vor Ort bei, indem die Lebenssituation älterer Menschen ressortübergreifend und abgestimmt mit den Bedarfen an-

derer Bevölkerungsgruppen ins Plankalkül genommen wird. Hinter dem Schlüsselbegriff der „integrierten Sozialplanung“ verbirgt sich eine *dreifache Integrationsstrategie* (vgl. grafische Übersicht):

- In dem Modell werden die verschiedenen Ressortperspektiven bzw. Fachplanungsperspektiven horizontal aufeinander bezogen, die Bezüge zu den Lebensgrundlagen im Alter aufweisen;
- die verschiedenen Bedarfsgruppen im kommunalen Raum werden inklusiv in einer „Planung für alle“ generationenübergreifend zusammengeführt; und

Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter



- vertikal wird die „örtliche Sozialplanung für die Aufrechterhaltung der Lebensgrundlagen im Alter“ über die Managementebenen der Kommune aufgespannt.

Um eine Grundlage für die Entwicklung eines neuen Planungsmodells im Rahmen des Forschungsvorhabens „ISPIInoVA“ zu erarbeiten, wurden von April bis August 2015 in einer Onlinerecherche die Homepages von 474 Gemeinden und Landkreisen auf Informationen über eine Sozialplanung untersucht (Good-Practices-Analyse). Ziel dieser Onlinerecherche war zum einen die Identifizierung und tiefenscharfe Betrachtung guter Beispiele der Sozialplanungspraxis in deutschen Gebietskörperschaften. Dabei wurden vor allem Gemeinden und Landkreise, die bereits einen integrierten Planungsansatz verfolgen, benannt und innovative Vorgehensweisen betrachtet, um wichtige Komponenten für ein Modell einer integrierten Sozialplanung herauszustellen. Zum anderen wurde die parallel durchgeführte Online-Umfrage zur Situation der Sozialplanung in Deutschland (vgl. Schubert; Wolter; Georg 2016) um weitere Erkenntnisse ergänzt und der Einbezug der Gebietskörperschaften, die über die Online-Umfrage nicht erreicht wurden, sichergestellt.

Zudem wurden die während der Onlinerecherche ausgewählten Gebietskörperschaften zu der Fachtagung „Neue Planungsmodelle für das Soziale! Erfahrungsaustausch und Prototyping unter deutschen und Schweizer Experten“ eingeladen, die im Rahmen des Forschungsvorhabens „ISPIInoVA“ im Januar 2016 ausgerichtet wird. Die hier erlangten Einblicke in innovative Sozialplanungspraxen sowie die von den Teilnehmern erarbeiteten Ansätze für ein integriertes Planungsvorgehen werden die Ergebnisse der Onlinerecherche ergänzen.

## 1.2 Methodisches Vorgehen

Mithilfe der Suchmaschine Google wurde zunächst eine freie Recherche nach dem Schlagwort „Integrierte Sozialplanung“ durchgeführt. Auf diesem Weg konnten Verwaltungseinheiten von 10 Gebietskörperschaften erfasst werden, die ihr Vorgehen als integriert beschreiben. Im nächsten Schritt erfolgte eine bundeslandspezifische Suche: Die Homepages der Landkreise, kreisfreien

Städte und ggf. Regierungsbezirke und Bezirksregierungen eines Bundeslandes wurden anhand planungsrelevanter Schlagwörter<sup>1</sup> nach Hinweisen auf ein sozialplanerisches Vorgehen untersucht. Eine freie Recherche nach „Bundesland Sozialplanung“ und „Sozialplanung“ stellte sicher, dass auch kreisangehörige Städte, Stadtbezirke usw. Berücksichtigung fanden. Zudem wurden Beispiele, die zuvor im Rahmen einer deutschlandweiten Umfrage als gute Sozialplanungspraxis benannt wurden, mit den in der Onlinerecherche erhobenen Gebietskörperschaften abgeglichen und ggf. ergänzt.

Insgesamt wurden mit den Suchbegriffen sechs Gemeinden, 29 kreisangehörige Städte, 19 Stadtbezirke, 106 kreisfreie Städte, 295 Landkreise und 19 Regierungsbezirke erfasst. Bei 13,5% dieser Gebietskörperschaften konnte über die jeweilige Homepage kein Hinweis auf die Durchführung einer Sozialplanung gefunden werden, sodass letztlich 410 Sozialplanungsbeispiele näher betrachtet wurden.

**Tabelle 1: Grundgesamtheit der erhobenen Sozialplanungsbeispiele**

	Gemeinden	Kreisangehörige Städte	Stadtbezirke	Kreisfreie Städte	Landkreise	Regierungsbezirke	
Treffer	2	25	19	99	260	5	410
Kein Treffer	4	4	0	7	35	14	64
	6	29	19	106	295	19	<b>474</b>

Die Verteilung nach Bundesländern gestaltet sich dabei wie folgt:

**Tabelle 2: Verteilung der erhobenen Sozialplanungsbeispiele nach Bundesland**

BB	1	0	0	4	14	0	19
BE	0	0	12	0 <sup>2</sup>	0	0	12
BW	0	7	0	7	29	0	43
BY	1	1	0	21	61	5	89

<sup>1</sup> Neben der Suche nach einer „Sozialplanung“, wurden auch soziale Fachplanungen wie „Altenhilfeplanung“, „Jugendhilfeplanung“, „Teilhabeplanung“ etc. sowie aus dem Kriterienkatalog abgeleitete Schlagwörter wie bspw. „Sozialbericht“, „Sozialmonitoring“ und „Sozialraumorientierung“ zur Überprüfung der Homepages hinzugezogen.

<sup>2</sup> Da die Städte Hamburg und Berlin anhand ihrer Stadtbezirke erhoben wurden, werden sie nicht als Städte gezählt.

## Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

HB	0	0	0	2	0	0	2
HE	0	2	0	5	20	0	27
HH	0	0	7	0 <sup>2</sup>	0	0	7
MV	0	0	0	2	6	0	8
NI	0	0	0	7	31	0	38
NW	0	14	0	23 <sup>3</sup>	29	0	66
RP	0	0	0	12	21	0	33
SH	0	0	0	4	11	0	15
SL	0	1	0	0	6	0	7
SN	0	0	0	3	10	0	13
ST	0	0	0	3	10	0	13
TH	0	0	0	6	12	0	18
	2	25	19	99	260	5	<b>410</b>

### 1.2.1 Entwicklung von Kriterien

Der Entwicklung von Kriterien zur Identifizierung guter Sozialplanungspraxis lagen folgende Veröffentlichungen zugrunde:

In der Auseinandersetzung mit einem Werkstattbericht der Schader-Stiftung über gute Praxisbeispiele der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern wurden für die Onlinerecherche drei der sechs benannten Kriterien zur Bewertung von guten Beispiele abgeleitet: Als erprobt können in dieser Hinsicht das Kriterium des Sozialraumbezugs, der Beteiligung der Betroffenen sowie des Einbezugs lokaler Ressourcen (beispielsweise in Form von Vernetzungen) gelten (vgl. Petendra 2005: 4 f.). Des Weiteren wurden einer Publikation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, in der 12 Kriterien einer guten Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten zur Anwendung kamen, folgende Aspekte entnommen: Konzeption, Zielgruppe, Innovation und Nachhaltigkeit, Partizipation, Integriertes Handlungskonzept/Vernetzung, Qualitätsmanagement, Dokumentation und Evaluation (vgl. BZgA 2011: 16 ff.). Um der Schwerpunktsetzung des Projektes ISPIInoVA auf die Sozialplanung – insbesondere die Altenhilfeplanung – gerecht zu werden, wurde zudem das „Handbuch innovative Kommunalpolitik für ältere Menschen“ (Bischof; Weigl 2010) in die Kriterienentwicklung einbezogen. Von den hier aufgeführten Kriterien zur Identifizierung guter kommunaler Praxis für ältere Menschen wurden folgende Perspektiven übertragen: das Verfolgen eines ressortübergreifenden Ansatzes, die Qualitätssicherung durch Evaluation und Beteiligungsprozesse, der Aufbau nachhaltiger Strukturen, eine Quartiers- bzw. Stadtteilorientierung, der Auf-

<sup>3</sup> Die Stadt Aachen wurde sowohl als kreisfreie Stadt, als auch in Form der Städteregion Aachen unter Landkreise erhoben.

bau von lokalen Netzwerkstrukturen, eine Partizipation in verschiedenen Stufen und Funktionen (vgl. Bischof; Weigl 2010: 19ff.).

Als zusätzliche Kriterien wurden die Ziele des Planungsprozesses betrachtet sowie das Vorhandensein eines Leitbildes. Zudem wurde das Kriterium „Konzeption“ konkretisiert durch „Sozialplanung als Projektarbeit“, „Sozialplanung als Arbeit mit Daten“ und „Strategische Sozialplanung“.

Um auch die strukturelle Einbindung sowie die Rahmenbedingungen der Sozialplanung zu erfassen, wurden schließlich auch die Einwohnerzahl der Gebietskörperschaft, die Organisationseinheit der Sozialplanung, die vorhandenen Fachplanungen, der Entstehungshintergrund der Sozialplanung sowie deren Publikationen erhoben.

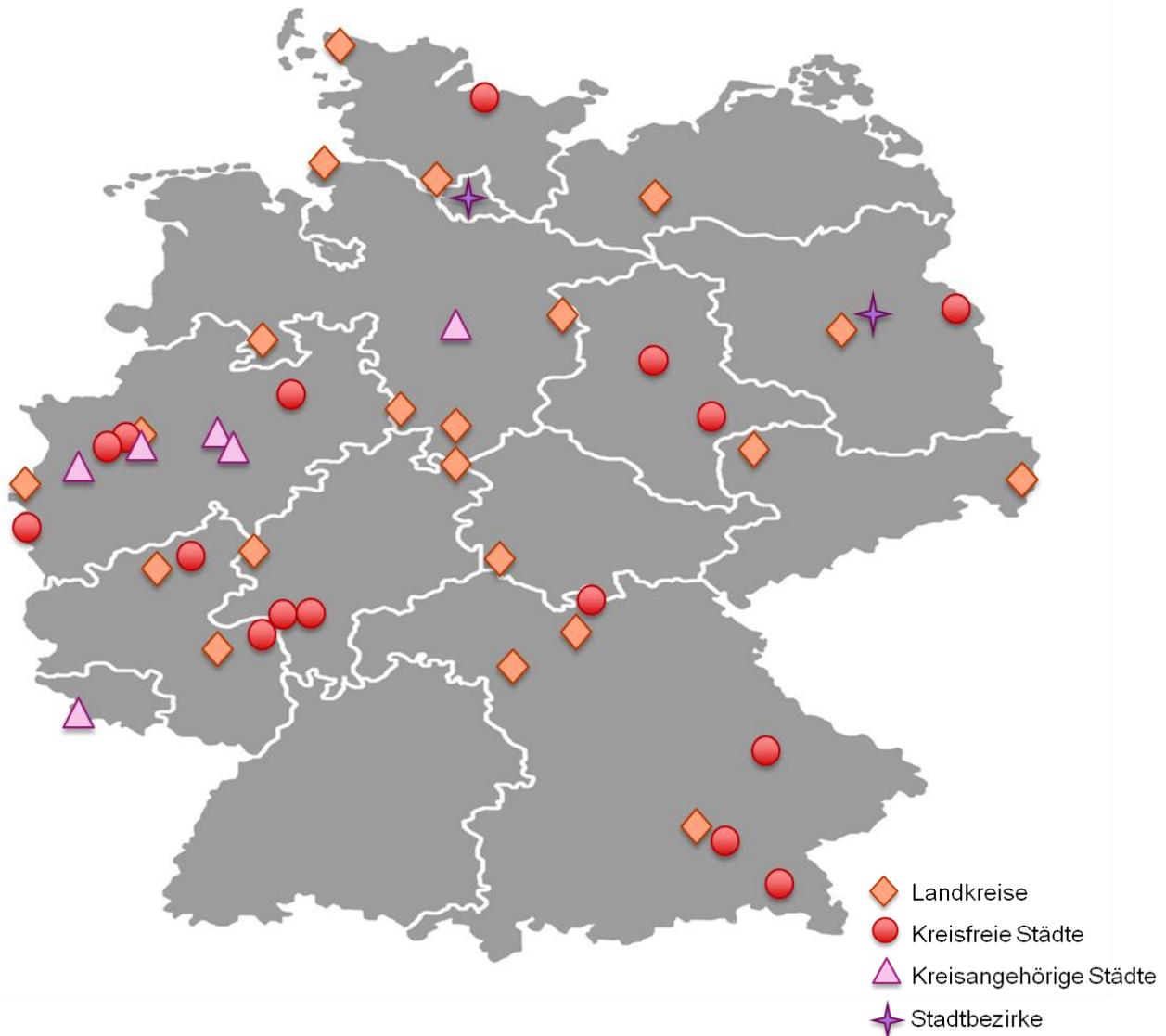
Aus der Synthese dieser Faktoren ergibt sich folgender Kriterienkatalog:

Konzeptionelle Einordnung der Sozialplanung:	Kooperationen/Netzwerke:
<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Sozialplanung als Projektarbeit</li> <li>▸ Sozialplanung als Arbeit mit Daten</li> <li>▸ Strategische Sozialplanung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▸ Zivilgesellschaft</li> <li>▸ Staatliche Einrichtungen</li> <li>▸ Marktwirtschaftliche Einrichtungen</li> </ul>
Ziele des Planungsprozesses	Ressortübergreifender Ansatz/Handlungsbereiche
Zugrundeliegendes Leitbild	Dokumentation
Zielgruppe	Evaluation/Qualitätssicherung
Kommunikations- und Beteiligungsstruktur (partizipativer Ansatz)	Erfolge
(Sozial)Raumbezug	Nachhaltigkeit

### 1.2.2 Identifikation guter Beispiele

Im nächsten Schritt wurden die Sozialplanungen der 410 erhobenen Gebietskörperschaften auf das Zutreffen dieser Kriterien überprüft. Dabei konnten 56 Beispiele, deren Sozialplanungsansatz einen Großteil der Kriterien erfüllt, identifiziert werden. Hierbei handelt es sich um sechs kreisangehörige Städte, 13 Stadtbezirke zwei kreisfreier Städte, 16 kreisfreie Städte sowie 21 Landkreise.

Abbildung 1: Beispiele guter Sozialplanungspraxis



Eine relativ hohe Zahl interessanter Sozialplanungsansätze konnten im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen identifiziert werden: Fünf der 21 Landkreise, vier der 16 kreisfreien sowie vier der sechs kreisangehörigen Städte gehören diesem Bundesland an (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a). Auch in Bayern (drei Landkreise und vier kreisfreie Städte) und in Niedersachsen (fünf Landkreise und eine kreisangehörige Stadt) wurden überdurchschnittlich viele interessante Ansätze der Sozialplanung erfasst.

Bei knapp einem Viertel der 56 Sozialplanungsbeispiele handelt es sich um Stadtbezirke, die den Stadtstaaten Berlin (10 Stadtbezirke) und Hamburg (drei Stadtbezirke) zuzuordnen sind.

Der Rest der erhobenen Sozialplanungsansätze stammt aus dem Saarland (eine kreisangehörige Stadt), aus Mecklenburg-Vorpommern (ein Landkreis) und aus Thüringen (ein Landkreis). Im Stadtstaat Bremen sowie im Baden-Württemberg als einem der drei größten deutschen Bundesländer konnten keine Beispiele identifiziert werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2015a).

### 1.2.3 Identifikation der Dimensionen und Zuordnung der Praxisbeispiele

Die Hochschule Luzern Soziale Arbeit erarbeitete im Rahmen eines Unterauftrags des Forschungsvorhabens ISPIInoVA Vergleichsdimensionen, anhand derer die soziale Planung in Schweizer Städten untersucht wurde. Die Synthese der Schweizer und der deutschen Forschungsergebnisse führte zur Identifizierung folgender Dimensionen der Sozialplanung:

- Orientierung am Sozialraum,
- Orientierung an den Bedürfnissen der Adressatinnen und Adressaten,
- Steuerungsverständnis in der sozialen Planung,
- Innovation in Strukturen und Prozessen der sozialen Planung,
- Beteiligung und Partizipation.

Die 56 Beispiele guter Sozialplanungspraxis wurden anhand dieser Dimensionen geordnet. Insbesondere Gebietskörperschaften, deren Planungsansatz sich in einer dieser Dimensionen widerspiegelt oder in einer Dimension ein besonders innovatives Vorgehen aufweist, fanden in diesem Auswahlschritt Berücksichtigung. Für diese vertiefende Analyse wurden vor allem die Landkreise und Städte ausgewählt, deren Homepages ausreichende Informationen für eine vertiefende Betrachtung zur Verfügung stellen. Auf diesem Weg wurden folgende 22 Beispiele einer guten Sozialplanungspraxis identifiziert:

Stadt Aachen	Stadt Kiel
Städteregion Aachen	Lahn-Dill-Kreis
Stadt Ahlen	Landkreis Ludwigslust-Parchim
Bezirk Altona, Stadt Hamburg	Stadt Magdeburg
Stadt Arnsberg	Stadt Mainz
Stadt Bielefeld	Stadt München
Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin	Stadt Neuss
Stadt Gelsenkirchen	Landkreis Potsdam-Mittelmark
Landkreis Görlitz	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
Stadt Hannover	Kreis Unna
Landkreis Heinsberg	Stadt Wiesbaden

## 2 Komponenten der integrierten Sozialplanung

Im Verlauf der Analyse guter Praxis konnten einige Komponenten identifiziert werden, die wesentliche Merkmale zur Profilierung einer integrierten Sozialplanung darstellen. Es handelt sich um Facetten, die das aktuelle Profil der Sozialplanung kennzeichnen. Nachstehend werden insgesamt acht Komponenten vorgestellt, die in den guten Beispielen der Sozialplanungspraxis unterschiedlich umgesetzt wurden.

Zu den Komponenten zählen (i) eine Sozialplanung mit einem sozialraumorientierten Fokus, (ii) Sozialberichterstattung, (iii) inklusive Sozialplanung für alle Bedarfsgruppen (iv) eine ressortübergreifende Netzwerkarbeit, (v) Beteiligung und Partizipation, (vi) Projektarbeit, (vii) Qualitätsentwicklung und (viii) Entwicklung eines Planungsmodells.

### 2.1 Sozialplanung mit einem sozialraumorientierten Fokus

Im Sinne eines sozialraumorientierten Vorgehens werden in den Praxisbeispielen, die im Rahmen der Good-Practice-Analyse identifiziert wurden, verschiedene Methoden und Zugänge gewählt. Zu den häufig gewählten Schwerpunkten zählt insbesondere die *Definition* von *Sozial- bzw. Planungsräumen*. Eine Analyse von Sozialraumdaten liefert in diesem Kontext Hinweise über die soziale Lage und Bedarfe in den Räumen. Auf den *Sozialraumbeschreibungen* aufbauend können Handlungskonzepte systematisch entwickelt werden.

Wie sich am Beispiel der Stadt Aachen zeigt, wurden Sozialräume unter Berücksichtigung der Sozial- und Infrastruktur sowie natürlicher und künstlicher Grenzen und der räumlichen Interaktionen der Bevölkerung definiert und das Handeln der Sozialplanung an diesen Grenzen ausgerichtet (vgl. Stadt Aachen; Köster 2007). Im Landkreis Görlitz wurden die Sozialraumbeschreibungen in der Vergangenheit jährlich auf Aktualität und Sinnhaftigkeit überprüft (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 17ff). In Kiel wurde ebenfalls eine Analyse der Sozialraumdaten unternommen. Um besonders benachteiligte Stadtteile zu fördern, wurde 2008 beispielsweise der Beschluss „Kieler Sozialräume stärken“ vom Stadtrat verabschiedet (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011: 2). Im nachfolgenden Kapitel 2.2 wird noch differenziert auf die Möglichkeit einer sozialraumorientierten Betrachtung eingegangen, indem verschiedene Formen der Sozialberichterstattung vorgestellt werden.

Da das sozialraumorientierte Vorgehen nicht nur durch Berichtsanalysen und Sozialraumbeschreibungen gekennzeichnet ist, sondern auch die Interessen und personalen Ressourcen der Bevölkerung in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt, sind auch die nachfolgenden Praxisbeispiele von Interesse: In der Stadt Ahlen beispielsweise sollen zukünftig *Quartierszentren* in den Sozialräumen installiert werden, um den Anliegen der Bürger im Sinne eines sozialraumorientierten Vorgehens angemessen Rechnung zu tragen (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012a). In Magdeburg befassen sich verschiedene *Arbeitsgruppen* regelmäßig mit den aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen der Stadtteile, um an dem Ausbau und der Festigung stadtteilbezogener Netzwerke zu arbeiten (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015b). Auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin werden Bündnisse, Vereine und Initiativen eines Kiezes dabei unterstützt, das Selbsthilfepotenzial und die Strukturen der Bürgerbeteiligung auszubauen (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015d). In Gelsenkirchen werden jährlich *Sozialraumgespräche* in verschiedenen Stadtbezirken geführt, um die Akteure eines Sozialraums zusammenzubringen und einen fach- und akteursübergreifenden Austausch zu intensivieren (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialpla-

nung 2015). Somit steht die sozialraumorientierte Sozialplanung mit der Komponente der Bürgerbeteiligung und Partizipation in einem engen Bezugsrahmen. In Kapitel 2.5 wird auf diese Komponente vertiefend eingegangen.

## 2.2 Sozialberichterstattung

Die Sozialberichterstattung liefert Informationen, die Sozialplanung benötigt, um vorausschauend und zielorientiert handeln und planen zu können. In einigen Beispielen nimmt die Erhebung und Auswertung von Daten einen besonderen Stellenwert innerhalb der sozialen Planung ein. Zu den häufigen Formen der Sozialberichterstattung zählen beispielsweise *Sozialraumberichte*, *fachspezifische Berichte*, die *Entwicklung eines Sozialatlas* sowie das *Sozialmonitoring*.

Ein Beispiel für ein Sozialmonitoring gibt die Stadt Neuss, in der die Erhebung sozialer Daten anhand einer integrierten Berichterstattung erfolgt, der unter anderem die Themen demografischer Wandel, Altersarmut und schwierige Lebenslagen zugrunde liegen (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016e). Auch in München dient das Sozialmonitoring einer kontinuierlichen Beobachtung der Planungsräume (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2015a). Der Münchner Armutsbericht sowie der regionale Sozialatlas liefern ferner einen Überblick über sozialstatistische Daten (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2015b). In Hannover führt die Koordinierungsstelle Sozialplanung regelmäßig ein Sozial- und Familienmonitoring durch. Im Zuge des *Familienmonitorings* werden nicht nur die typischen Strukturen und Entwicklungen in den Stadtteilen ermittelt, sondern auch die Ergebnisse des *gesamstädtischen Monitorings* dargestellt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2014). In der Stadt Wiesbaden ist das sozialraumorientierte Vorgehen beispielsweise durch die Entwicklung eines *Sozialatlas* gekennzeichnet, der Informationen über die stadtteilbezogenen Sozial- und Bevölkerungsdaten liefert (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2016).

Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen ist die Sozialplanung für die Erstellung und Fortschreibung des Sozialberichts, des demografischen Berichts sowie des Jugendhilfe- und Altenhilfeplanes zuständig (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015). Auch im Bezirk Altona der Stadt Hamburg werden allgemeine Sozialraumberichte erstellt und durch *fachspezifische Berichte* ergänzt. Dazu zählen beispielsweise Integrationsberichte sowie ein Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Es stehen auch die Daten des stadtweiten Monitorings zur Verfügung (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2015). In Magdeburg existieren diverse Berichte wie beispielsweise der Sozialbericht, der Suchtbericht, der Gesundheitsbericht oder ein Pflegestrukturplan (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016b). Im Stadtteilreport 2013 werden unter anderem die Jugendarbeitslosigkeit sowie die familiären Situationen stadtteilbezogen dargestellt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2013). Im Landkreis Potsdam-Mittelmark erfolgt die Arbeit mit Daten beispielsweise durch die Nutzung der Sozialraumprofile und Ressourcenkarten für die einzelnen Sozialräume (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2010). Darüber hinaus sind in den Jahren 2010 und 2012 ebenfalls Demografieberichte erschienen (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013: 3f).

Das Amt für soziale Angelegenheiten der Städteregion Aachen erstellt jährlich einen Controllingbericht zur Entwicklung der Sozialaufgabe, um die regionsangehörigen Kommunen, die politische Vertretung und die Öffentlichkeit über wichtige Eckdaten der Sozialentwicklung zu informieren. Darüber hinaus schreibt die Städteregion regelmäßig ihr „Zukunftsprogramm“ fort.

Das Programm resümiert die Entwicklungen in der Region und stellt Prognosen für das Folgejahr auf (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014). Schließlich gibt auch die Stadt Bielefeld Sozialleistungsberichte (vgl. Stadt Bielefeld, Dezernat Soziales 2016), Demografieberichte (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2007) und einen Pflegebericht (vgl. Stadt Bielefeld, Dezernat 5 2013) raus, die einen Einblick in die Lebenslagen und sozialen Leistungen der Stadtbevölkerung geben.

### **2.3 Inklusive Sozialplanung für alle Bedarfsgruppen**

Trotz einer Differenzierung nach Bedarfsgruppen verweist die Sozialplanung in fast allen erhobenen Landkreisen, Städten und Gemeinden darauf, einen inklusiven – das heißt: verschiedene Bewohnergruppen verbindenden – Planungsansatz zu verfolgen. Das wird insbesondere im Kontext einer sozialraumorientierten Planung sichergestellt, weil im Rahmen übersichtlicher Quartiersgrößen alle lokal ermittelten Bedarfe integriert behandelt werden können. Zu den häufig explizit herausgehobenen Zielgruppen zählen in diesem Zusammenhang beispielsweise ältere Menschen sowie Kinder und Jugendliche. Diese inklusive Perspektive zeichnet sich dadurch aus, dass bei der zielgruppenorientierten Planung die Bedarfe anderer Bevölkerungs- und Bedarfsgruppen mit bedacht werden. Im Bereich der sozialen Planung für Senioren kann das mit einem griffigen Motto beschrieben werden: Was für ältere Menschen geplant wird, kommt auch anderen Altersgruppen zugute.

Als Beispiel für eine thematisch fokussierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann die Stadt Hamburg fungieren, wobei den Handlungsschwerpunkten aber ein zielgruppen- bzw. generationenübergreifender Ansatz zugrunde liegt (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015b; Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2016). Ziel der integrierten Sozialplanung ist es in diesem Zusammenhang, bezirkliche Querschnittsthemen bereichsübergreifend zu bearbeiten. Zu den Themenbereichen gehören Inklusion, Integration und die Arbeitsamarktkoordination (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015b). In der Stadt Ahlen zielt die Sozialplanung stattdessen stärker auf ältere Menschen ab, wobei die Projekte und Maßnahmen andere Zielgruppen laut Angaben der Verantwortlichen nicht ausschließen (vgl. Stadt Ahlen 2015b). Bei der Stadt Arnsberg liegt der Schwerpunkt auf Projekten für ältere Menschen wie beispielsweise an Demenz erkrankte Personen. Im Rahmen des generationsübergreifenden Projekts „KiDzeln – Kindern Demenz erklären“ findet das inklusive Vorgehen statt (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015a). In Aachen beschäftigt sich die Sozialplanung überwiegend damit, den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Thematische Schwerpunkte der Arbeit liegen deshalb in den Bereichen Demenz, altersgerechtes Wohnen und Pflege (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015c). Im Kreis Unna richtet sich die Sozialplanung an Senioren und pflegende Angehörige. Zu den weiteren Anspruchsgruppen zählen Familien oder Menschen mit Behinderungen (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015e).

### **2.4 Ressortübergreifende Netzwerkarbeit**

Im Mittelpunkt der Sozialplanung steht bei einigen der gesammelten Beispiele unter anderem auch der Auf- und Ausbau von Netzwerken, um gemeinsame Aktivitäten und Interessen zu bündeln und zielorientiert zusammenzuführen. Dabei kann unterschieden werden zwischen

1. fachbereichsübergreifenden Kooperationen,
2. thematischen Netzwerken und
3. einer Zusammenarbeit in Kreisen und Regionen.

Als Beispiel für eine fachbereichsübergreifende Kooperation fungiert die Stadt München, in der die Sozialplanung mit dem Referat für Stadtteilentwicklungsplanung zusammen arbeitet (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 19). Auch in Hamburg wird auf eine Kooperation verschiedener Fachbereiche hingewiesen (vgl. Bezirksamt Altona 2016). In der Stadt Ahlen gibt es eine Zusammenarbeit mit der Bauleitplanung der Stadtentwicklungsplanung, um beispielsweise Wohnprojekte für ältere Menschen sinnvoll planen und umsetzen zu können (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012b). In Bielefeld führt die Sozialplanung fachbereichsübergreifende Planungsprozesse durch und arbeitet mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie Fachleuten im Rat der Stadt Bielefeld zusammen (vgl. Stadt Bielefeld; Dezernat 5 2009: 1). In der Stadt Arnsberg widmet sich die Zukunftsagentur, der die Fachstelle Zukunft Alter angehört, der Stadtteilentwicklung und ist als Stabsstelle dem Bürgermeister zugeordnet. Diese von Fachbereichen gelöste Zugehörigkeit ermöglicht ein ressortübergreifendes Vorgehen (vgl. Stadt Arnsberg 2011: 19).

Die Stadt Arnsberg agiert jedoch nicht nur ressortübergreifend, sondern verfügt auch über Netzwerke, die sich vor allem aus einer thematischen Verbundenheit heraus zusammengeschlossen haben. Das „Arnsberger Netzwerk Demenz“ beispielsweise bietet als Runder Tisch verschiedenen kommunalen Akteuren Möglichkeiten des Austauschs und der Zusammenarbeit an (vgl. Polenz, Vogel 2012: 214). Im Bezirk Altona in Hamburg beteiligt sich die Sozialplanung ebenfalls an themenspezifischen Netzwerken. In diesem Kontext finden in regelmäßigen Zeitabständen regionale und lokale Bildungskonferenzen statt. Ziel ist, die an den Bildungsprozessen beteiligten Institutionen und Stakeholder zusammenzubringen (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015c). Im Rahmen der Arbeitsgruppen „Gemeinwesenarbeit“ wird auch in Magdeburg ein ressortübergreifendes Vorgehen verfolgt: Um diese Kooperationen effizienter zu gestalten, verkündeten die Arbeitsgemeinschaften im Jahr 2011, dass künftig die „themenbezogene Einbindung von Verwaltung (z.B. Tiefbauamt, Eigenbetrieb, Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, Jugendamt, Sozial- und Wohnungsamt, Stadtplanungsamt, Ordnungsamt) [...] konsequenter im Vorfeld von Entscheidungen und stärker an den örtlich gebundenen Themenfeldern der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit auszurichten“ (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit 2011) seien. Zudem finden anlässlich der Arbeitsgruppe „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ Mitarbeiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung sowie Vertreter des Fachbereichs Schule/Sport, des Kulturbüros und des Sozial- und Wohnungsamtes zusammen (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016a).

Als Beispiel für eine Zusammenarbeit in Kreisen und Regionen dient der Landkreis Ludwigslust-Parchim, wo die Stelle eines Demografiekoordinators eingerichtet wurde, der als aktive Schnittstelle zwischen einzelnen Initiativen agiert und zu einer ressortübergreifenden Steuerung beiträgt (vgl. Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH 2014: 123). Im Landkreis Potsdam-Mittelmark unterstützt die Sozialplanung die Fachplanung der Fachdienste und fungiert somit als Bindeglied (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2008: 2). Im Lahn-Dill-Kreis sollen die Überlegungen zur demografischen Entwicklung in einer Organisationseinheit der Verwaltung fachdienstübergreifend gebündelt werden, sodass die Erkenntnis bei Bedarf allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt und bei Planungsmaßnahmen berücksichtigt werden kann (vgl. Lahn-Dill Kreis, Sozialplanung 2010: 12). Im Kreis Unna sind in der

Stabsstelle Planung und Mobilität verschiedene Fachplanungen, wie die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, die Nahverkehrsplanung und die Sozialplanung vereint. Sie behandelt bereichsübergreifende Themen und arbeitet querschnittsorientiert (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015g; Kreis Unna, der Landrat 2016). Im Bereich Sozialplanung und Demografie wird der Mehrwert eines ressortübergreifenden Vorgehens, beispielsweise in Form einer „*Vernetzung von Stadtplanung, Wohnberatung des Kreises sowie unterschiedlicher Angebote auf Seiten der Energieberatung*“ (vgl. Pauels; Meister, 2014: 46), vor allem in der Vermeidung von Parallelstrukturen gesehen (vgl. Pauels; Meister, 2014: 98). Aus diesem Grund ist in Zusammenarbeit mit der „NRW.URBAN Service GmbH“ ein Modellprojekt geplant, das „*am Beispiel verschiedener Quartiere innovative Wege der energetischen Sanierung, neue Modelle der Beratung sowie innovative Finanzierungsmöglichkeiten*“ (vgl. Pauels; Meister 2014: 46) aufzeigen soll.

## 2.5 Beteiligung und Partizipation

Aufgrund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen dient die Soziale Lage im Rahmen der Sozialplanung als Orientierung bei der Stadtentwicklung. Die Ziele der Sozialplanung orientieren sich dabei an den Bedürfnissen der Gesellschaft. In vielen guten Beispielen der Sozialplanungspraxis wird deshalb ein thematischer Schwerpunkt auf die Beteiligung der verschiedenen Anspruchsgruppen gelegt.

Dazu zählen zum einen traditionelle Beteiligungsformen; in der Stadt München beispielsweise finden im Sinne eines partizipativen Vorgehens regelmäßig *Bürgerbefragungen* statt. Die Ergebnisse der Sitzungen beeinflussen zukünftige Planungsschritte (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2011: 4). Auch in Magdeburg wurde im Jahr 2014 eine Befragung zu generationsübergreifenden Angeboten in Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2014a). In Wiesbaden werden die Bürger im Zuge der Stadtanalysen zum Thema „Leben in Wiesbaden“ regelmäßig zu ihrer persönlichen Lebens- und Wohnsituation (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2015) sowie Elternwünschen (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2013) befragt.

Lokale Akteure sowie Bürger werden darüber hinaus in vielen der erhobenen guten Beispiele regelmäßig zu *regionalen Planungsprojekten* und *Runden Tischen* eingeladen, damit sie sich am Planungsgeschehen inhaltlich beteiligen. Beispiel ist der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, wo Runde Tische mit Jugendlichen und kommunalen Vertretern aus der Jugendhilfe und Politik durchgeführt werden (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015f). Auch ein Runder Tisch zum Thema Elternbildung wird regelmäßig unternommen (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015c). Wie verbreitet Runde Tische sind, zeigt auch die Stadt Gelsenkirchen, in denen der „Runde Tisch Schalke“ (vgl. Stadt Gelsenkirchen; InWIS Forschung & Beratung GmbH; S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH 2015: 5f) oder der „Runde Tisch Bulmke“ (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015f: 13f) implementiert wurden. In Mainz fanden in der Vergangenheit regelmäßig Runde Tische statt zum Thema „Frühe Bildung – erfolgreich in der Neustadt sicher“ (vgl. Landeshauptstadt Mainz; Schneider 2009).

In Hamburg liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, weswegen ein *Kinder- und Jugendbeirat* ins Leben gerufen wurde (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2010: 10). In Arnsberg dienen *partizipative und intergenerative Projekte* einer Enttabuisierung des Themas Demenz und dem Aufbau neuer Kommunikationsstrukturen

innerhalb der Gesellschaft (vgl. Stadt Arnsberg 2011: 17ff). Im Landkreis Potsdam-Mittelmark wird durch regelmäßige Institutionen, wie beispielsweise das *Regionale Sozialforum*, die *Regionalgespräche* und *Arbeitsgemeinschaften* die Beteiligung aller Gemeinden sichergestellt. Auch weitere Gremien, die von der Sozialplanung unterstützt werden, ermöglichen die Beteiligung der im Landkreis lebenden Menschen (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013: 5). Auch in Gelsenkirchen gibt es ein *Stadtteilbüro Südost*, das Bürgern eine Beteiligung ermöglicht. Durch *Stadtteilkonferenzen* und *Bürgerforen* werden die traditionellen Beteiligungs- und Partizipationsformen in Gelsenkirchen beispielsweise komplementiert (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015f: 10). In Kiel wurde darüber hinaus ein *seniorenpolitischer Workshop* zum Thema „Leben im Quartier“ sowie eine Beteiligungsveranstaltung unter dem Titel „Zukunft gestalten – Sozialraumbericht Gaarden“ veranstaltet (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015a). Zusätzlich wurde eine *Telefonkette* für Senioren eingerichtet, die vorsieht, dass sich die Teilnehmer zweimal wöchentlich kontaktieren (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015h). Im Kreis Unna gibt es im Sinne eines partizipativen Vorgehens beispielsweise *Kreissenientage* und *Kreissenienkonferenzen* (vgl. Kreis Unna; Zakel 2014). Im Lahn-Dill-Kreis richtet die Arbeitsgruppe „Altenhilfeplanung“ im Sinne eines beteiligungsorientiertes Vorgehens beispielsweise alle zwei Jahre eine *Kreispflegekonferenz* aus, zu der Beschäftigte, Ehrenamtliche und Bürger eingeladen werden. Ziel ist die Diskussion aktueller Themen aus den Handlungsfeldern Altenhilfe und Seniorenpolitik (vgl. Kreisabschluss des Lahn-Dill-Kreis 2015a).

Neben den traditionellen Beteiligungsformen gibt es zum anderen auch *virtuelle Beteiligungsformen*, wie sich am Beispiel Hamburg Altona zeigt. In diesem Kontext verweist die Stadt Altona auf einen Link, über den weitere Informationen über einzelne Projekte, die Dokumentation der bezirklichen Fachtage und der Entwicklung im Fachamt Altona nachzulesen sind (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2016). Auch die Stadt Ahlen lädt ältere Bürger über virtuelle Beteiligungsmöglichkeiten ein, sich aktiv an Planungsprozessen zu beteiligen. Über eine Homepage (vgl. Stadt Ahlen 2016a) können sich Senioren nicht nur über die Angebote und Aktivitäten der Stadt Ahlen informieren, sondern zugleich auch in sogenannten Mitmach-Projekten engagieren.

## 2.6 Projektarbeit

Der Begriff „Projekt“ findet sich heute in nahezu allen Berufsfeldern und hat gemäß der Analyse guter Beispiele auch in der Sozialplanung Einzug gehalten. Ziel der Projektarbeit ist ein handlungsorientiertes Vorgehen, sodass Projekte verschiedener Art durchgeführt werden. Es handelt sich zum einen um Maßnahmen und zum anderen um Förderungen. In diesem Zusammenhang werden *kurz-, mittel- oder langfristige Planungsprojekte*, sowie *Forschungs- und Sonderprojekte* initiiert.

Die Stadt München beispielsweise befasst sich mit Forschungs- und Sonderprojekten, worunter *Evaluationsprojekte* zur Begleitung der Angebote der Dienststellen sowie intergenerative Vorhaben zählen, die die Zuständigkeitsbereiche verschiedener Dienststellen berühren (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 26f, 36f.). In der Stadt Ahlen existieren ebenfalls verschiedene Projektnetzwerke, die auf die Bearbeitung eines festgelegten Themas in unterschiedlichen Teilprojekten abzielen (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2007; vgl. auch den folgenden Abschnitt 2.8). In Arnsberg zielt das Projekt „Arnsberger Lern-Werkstadt Demenz“ ferner darauf ab, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz zu verbessern. Außerdem soll die Öffentlichkeit angesprochen werden, um eine Enttabuisierung des Themas Demenz zu erreichen (vgl. Polenz, Vogel 2012: 201 f)

Die Analyse der guten Beispiele der Sozialplanungspraxis ergibt, dass auch die übrigen Praxisbeispiele diverse Projekte durchführen. Zu den Themen zählen beispielsweise ein Generationendialog, Familiepatenschaften, Wohnen, Demokratie, Rechtsextremismus, Arbeit, Gewalt gegen ältere Menschen, Prävention, Qualifizierung von benachteiligten Jugendgruppen, Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge und Barrierefreiheit in der Stadt.

Die Projekte werden zum Teil mit EU-Geldern oder Bund-Länderprogrammen gefördert. Die Stadt Gelsenkirchen führt beispielsweise das Projekt „Stadterneuerung Gelsenkirchen“ im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt NRW“ durch und die Sozialplanung ist daran aktiv beteiligt (vgl. Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW 2015b).

## 2.7 Qualitätsentwicklung

In der einschlägigen Literatur wird Qualitätmanagement als Organisationssystem dargestellt. Qualität beschreibt in diesem Zusammenhang die Gesamtheit von Merkmalen bezüglich ihrer Eignung, festgelegte und vorausgesetzte Erfordernisse zu erfüllen. Qualität wird dabei nicht als objektive Größe verstanden, sondern ergibt sich aus der Übereinstimmung zwischen den Erwartungen hinsichtlich einer Leistung einerseits und der tatsächlich erbrachten Leistung andererseits (vgl. Dick 2007: 497f). Es geht zum einen um die bedarfsgerechte Ausgestaltung verschiedener Angebote und zum anderen auch um die wirtschaftlichere und effizientere Umsetzung von Maßnahmen. Somit zählt die Qualitätsentwicklung zu den Komponenten, die im Rahmen einer Profilierung einen hohen Stellenwert einnehmen.

Einigen der guten Beispiele ist zu entnehmen, dass im Rahmen einer zielorientierten Qualitätsentwicklung regelmäßig eine *Evaluation* durchgeführt wird. Ein Beispiel ist die Stadt Ahlen, in der in der Vergangenheit Nutzer- und Anbieterbefragungen unternommen wurden, um Teilprojekte zu evaluieren (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2007: 6). Auch die Stadt Arnsberg hat einzelne Maßnahmen evaluiert, wie beispielsweise die Qualifizierungsangebote der Fachstelle (vgl. Polenz, Vogel 2012: 210). In der Stadt Aachen wurde das im Jahr 2006 erarbeitete Integrationskonzept evaluiert (vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2014). Im Landkreis Heinsberg erfüllt die Sozialberichterstattung eine Evaluationsfunktion. Diese umfasst die Erfolgskontrolle der eingeleiteten Maßnahmen. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen jedoch auch die unbeabsichtigten Folgen und Nebeneffekte von Maßnahmen (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016c). In Hannover wurde im Jahr 2001 eine Wirkungsanalyse der Seniorenbüros durch Befragung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat 2001; Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie 2004). Im Lahn-Dill-Kreis hat die Sozialplanung auch die Prozesse der Organisationsentwicklung und des Qualitätsmanagements integriert und begleitet (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b). Dabei hat sich die Sozialplanung an den Qualitätsbausteinen der Rahmenvereinbarung zur Kommunalisierung sozialer Hilfen (RV), die 2004 vom Hessischen Sozialministerium, dem Hessischen Städte- und Landkreistag und der Landesliga der Freien Wohlfahrtsverbände unterzeichnet worden waren, orientiert (vgl. Schubert 2012: 51).

Nicht in allen Beispielen lassen sich Angaben dazu finden, inwiefern Qualitätsentwicklung praktiziert wird. In diesem Kontext stellt sich auch die Frage, ob es nicht nur ein internes sondern möglicherweise auch ein planungsübergreifendes Qualitätsmanagement gibt, das der Organisation, Lenkung, Überprüfung und Verbesserung gemeinsamer Arbeitsprozesse und Ziele dient.

## **2.8 Entwicklung eines Planungsmodells**

Bei der Stadt Ahlen finden sich Angaben dazu, dass die Sozialplanung eine Art Modellcharakter einnimmt, sodass die Entwicklung eines Planungsmodells eine weitere Komponente der modernen Sozialplanung darstellt. Die Entwicklung eines Planungsmodells bietet Transferchancen für andere Kommunen.

Als „Ahlener System“ wird die Architektur der Zusammenarbeit zwischen der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ und des Vereins „Alter und Soziales e.V.“ bezeichnet (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2007: 8). Das Ahlener System wird in diesem Zusammenhang als innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenarbeit und Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen bezeichnet (vgl. Verein Alter und Soziales e.V. 2016b). Durch die Arbeit in Projektnetzwerken sollen die Einzelprojekte eine größere Wirkungskraft entfalten (vgl. ebd.).

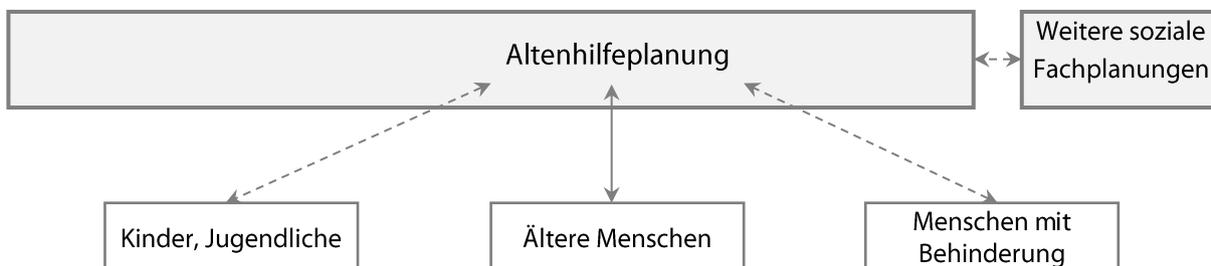
### 3 Muster der Planungsorganisation

Die Onlinerecherche guter Beispiele der Sozialplanungspraxis verdeutlicht, dass Sozialplanung auf unterschiedliche Weise in die Verwaltungsstrukturen eingebunden sein kann. Eine nähere Betrachtung dieser Strukturen führt zur Identifizierung von Mustern. Weil Typologien im Allgemeinen eher die scharf abgegrenzte Ordnungssystematik implizieren, wird hier zur Unterscheidung von Strukturähnlichkeiten der Begriff des Musters präferiert, der stärker die Gestaltungsform betont. Folgende fünf Muster der Planungsorganisation wurden identifiziert: (i) die soziale Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Planungsansatz, (ii) die Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz, (iii) die Koordination sozialer Fachplanungen, (iv) die themenfokussierte Sozialplanung sowie (v) die fachbereichsübergreifende Planung.

#### 3.1 Muster A: Soziale Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Planungsansatz

Als Muster A wird die Organisation sozialer Planungen bezeichnet, die auf die Gestaltung zielgruppenspezifischer Unterstützungssysteme fokussiert ist. Hierzu zählen beispielsweise die Altenhilfe- und die Jugendhilfeplanung. Trotz der Fokussierung einer bestimmten Anspruchsgruppe werden weitere Stakeholder zielgruppenübergreifend in die Planung einbezogen und so Strukturen, die den Bedarfen mehrerer sozialer Gruppen entsprechen, entwickelt. Auch mit anderen sozialen Fachplanungen wird in diesem Zuge ggf. zusammengearbeitet.

**Abbildung 2: Organisationsmuster der sozialen Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Ansatz am Beispiel der Altenhilfeplanung**



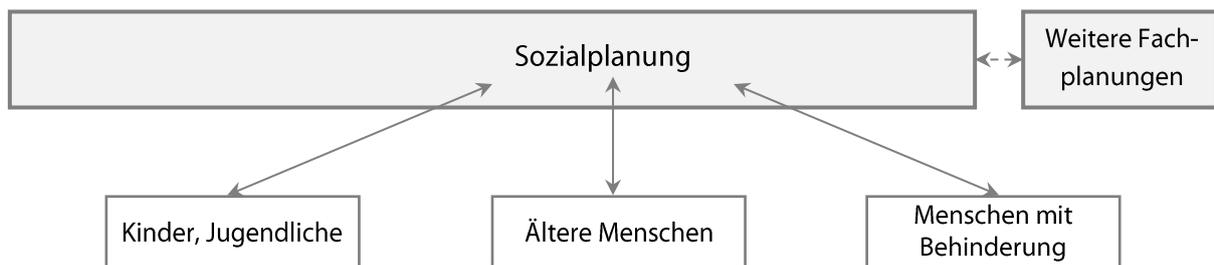
Ein Referenzbeispiel für dieses Muster der Planungsorganisation ist die Stadt Ahlen. Die Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ widmet sich der Sozialplanung für ältere Menschen und zielt in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Alter und Soziales e.V. darauf ab, ihre Lebensqualität und Teilhabechancen zu verbessern (vgl. Verein Alter und Soziales e.V. 2015).

Obwohl der Schwerpunkt der Sozialplanung hier also auf Seniorinnen und Senioren liegt, bezieht die Leitstelle andere Zielgruppen in ihre Planung ein. Dies zeigt sich beispielsweise anhand des Projekts „Ahlener Vorlese- und Sprachpaten“, das im Rahmen der Altenhilfeplanung entwickelt wurde. Neben der Förderung des Austauschs zwischen Jung und Alt möchte diese Maßnahme den Erwerb von Sprachkompetenzen bei Kindern unterstützen (vgl. Stadt Ahlen 2015b).

### 3.2 Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

Zum Muster B zählen Organisationsformen, die sich auf die Steuerung sozialer Planungsprozesse konzentrieren. Das Vorgehen der Sozialplanung richtet sich in diesem Fall an alle Anspruchsgruppen. Zielgruppenspezifische Fachplanungen werden ggf. koordiniert und zusammengeführt. Auch Kooperationen mit weiteren Fachplanungen – wie der Stadtplanung – können ein Handlungsfeld der Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz darstellen.

**Abbildung 3: Organisationsmuster der Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Ansatz**

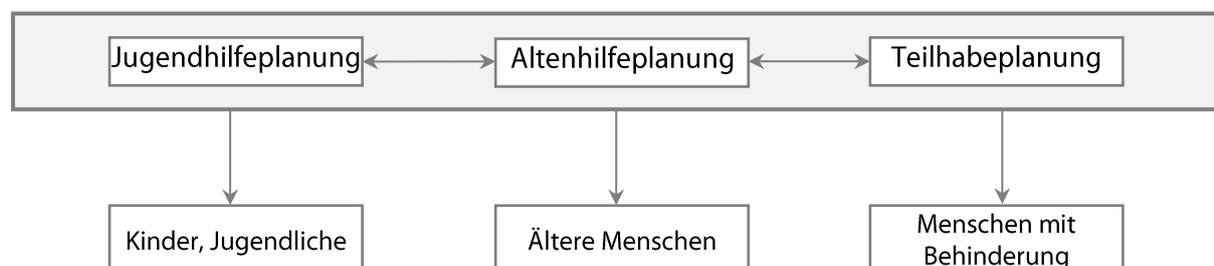


Diesem Muster der Planungsorganisation ist unter anderem die Stabsstelle „Integrierte Sozialplanung“ des Landkreis Görlitz zuzuordnen. Hier sind Jugendhilfe-, Altenhilfe-, Behindertenhilfe-, Psychiatrie- und Arbeitsmarktplanung in einer Organisationseinheit zusammengefasst. Die Sozialplanung widmet sich somit der ganzheitlichen Betrachtung der Lebensbedingungen vor Ort. Vor diesem Hintergrund liegen der Planung – neben zielgruppenspezifischen Betrachtungen – übergreifende Konzeptionen zugrunde. Hierzu zählt beispielsweise der „Rahmenplan Integrierte Sozialplanung“, der eine „grundlegende Orientierung für den Landkreis Görlitz hinsichtlich der Umsetzung seiner kommunalen sozialen Daseinsvorsorge“ bietet (Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 6) ist (vgl. Landratsamt Görlitz 2015a).

### 3.3 Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen

In Organisationsstrukturen, die dem Muster C zuordenbar sind, wirken mehrere soziale Fachplanungen zusammen. Obwohl diese Fachplanungen primär zielgruppenspezifisch arbeiten, wird durch interne Koordinierungs- und Austauschprozesse ein ganzheitliches Vorgehen der Sozialplanung sichergestellt.

**Abbildung 4: Organisationsmuster der Koordination sozialer Fachplanungen durch die Sozialplanung**

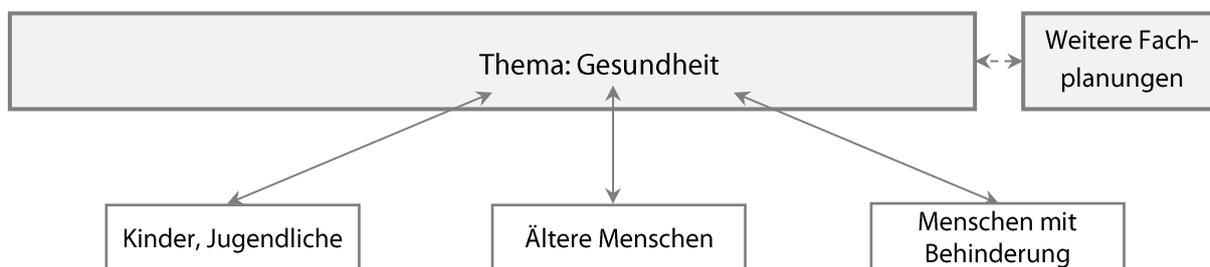


Ein Referenzbeispiel für die Koordination sozialer Fachplanungen ist das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention der Stadt Bielefeld. In dieser Organisationseinheit sind die Fachstellen Altenhilfeplanung, Seniorenfreundliches Bielefeld, Psychiatrieplanung, Suchtplanung, Inklusionsplanung, Familienfreundliches Bielefeld und der Quartiersentwicklung angesiedelt. Obwohl die einzelnen sozialen Fachplanungen ein zielgruppenspezifisches Vorgehen verfolgen, wird durch den übergreifenden Arbeitsbereich „Grundsatzangelegenheiten, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen“, der der Büroleitung zugeordnet ist, sowie durch die Nutzung gemeinsamer Datengrundlagen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Form des Aufgabenschwerpunktes „Sozialleistungsbericht/Datenstrukturatlas, Controlling“ ein kontinuierlicher Austausch und Abgleich der Fachplanungen sichergestellt (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2016a).

### 3.4 Muster D: Themenfokussierte Sozialplanung

Ein weiteres Muster der Planungsorganisation stellt die themenfokussierte Sozialplanung dar. Im Gegensatz zu den Mustern A und C konzentriert sich die Sozialplanung hierbei nicht auf die zielgruppenspezifische Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur, sondern widmet sich der Bearbeitung eines kommunalpolitisch als besonders relevant herausgegriffenen Themenbereichs wie Gesundheit, Demografie oder Bildung. Im Fokus steht somit eine zielgruppenübergreifende Planung und Gestaltung, der für das entsprechende Thema relevanten Strukturen. Auch weitere (soziale) Fachplanungen werden ggf. in die Planungsprozesse einbezogen.

**Abbildung 5: Organisationsmuster der themenfokussierten Sozialplanung am Beispiel des Gesundheitsmanagements**

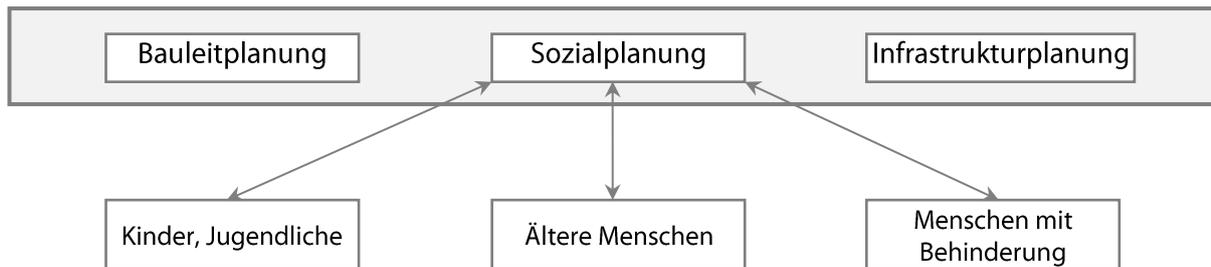


Als ein Referenzbeispiel für Muster D kann die Planungs- und Koordinierungsstelle des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin betrachtet werden. Aufgrund des engen Zusammenhangs sozialer und gesundheitlicher Bedingungen wurden in diesem Bezirk die Aufgabenbereiche des Gesundheits- und des Sozialwesens zu einer Abteilung zusammengeführt (vgl. Bezirksamt Berlin-Charlottenburg 2015d), sodass die dortige Sozialplanung keine zielgruppenspezifische, sondern eine auf den Bereich der Gesundheit fokussierte Planung verfolgt. Vor diesem Hintergrund werden beispielsweise die Ergebnisse der Sozialberichterstattung genutzt, um neben sozialen, vor allem gesundheitlich orientierte Maßnahmen bedarfsgenau zu initiieren (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015d).

### 3.5 Muster E: Fachbereichsübergreifende Planung

Als eine fachbereichsübergreifende Planung werden Organisationseinheiten bezeichnet, in denen die Planungen verschiedener Fachbereiche und/oder Ressorts angesiedelt sind. Die Sozialplanung agiert in diesem Fall zielgruppenübergreifend und steht in engem Austausch mit weiteren Planungseinheiten, wie der Bauleitplanung oder der raumbezogenen Infrastrukturplanung.

**Abbildung 6: Organisationsmuster der fachbereichsübergreifenden Planung am Beispiel „Regionalmanagement“/„Stadtentwicklung“**



Eine fachbereichsübergreifende Planungsorganisation findet sich unter anderem im Kreis Unna. Seit 2011 ist dort der Bereich „Sozialplanung und Demografie“ in der Stabsstelle Planung und Mobilität angesiedelt. Ihm gehören zudem die Arbeitsschwerpunkte „Kreisentwicklung, Grundsatzfragen, Handlungsstrategien“, „Kommunale, regionale und überregionale (Fach-) Planungen“ sowie „Verkehrsentwicklungsplanung, Aufgabenträgerschaft ÖPNV“ an. Somit vereint die Stabsstelle Fachplanungen wie die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, die Nahverkehrsplanung und die Sozialplanung. Ein eigener Statistikbereich der Stabsstelle, der eine gemeinsame Datengrundlage bereitstellt, sowie der Aufbau von übergreifenden Gremien ermöglicht die Zusammenarbeit verschiedener Fachplanungen (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015g; Pauels; Meister 2014: 42).

## 4 Gute Beispiele integrierter Sozialplanung<sup>4</sup>

### 4.1 Stadt Aachen

In der nordrheinwestfälischen Stadt Aachen lebten am 31. Dezember 2014 243.336 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Seit 2009 gehört sie der Städteregion Aachen an, verfügt aber weiterhin über den Status einer kreisfreien Stadt (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2016). Für die Sozialplanung ist in Aachen der Fachbereich Soziales und Integration verantwortlich (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2016).

**Tabelle 3: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Aachen**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung gehört zum Fachbereich Soziales und Integration, der dem Dezernat VI Wirtschaftsförderung, Soziales und Wohnen zugeordnet ist (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2016).	
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Die Altenplanung und die Pflegeplanung sind in der Sozialplanung der Stadt Aachen vereint (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015a).	
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Ausgangslage für die Notwendigkeit einer sozialen Planung ist der demografische Wandel und die damit einhergehende hohe Dynamik der räumlichen Verteilung älterer Menschen in der Stadt Aachen (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006a: 1f).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Die Sozialplanung führte diverse generationsübergreifende Projekte zum Thema „Alte und junge Menschen in Aachen“ durch. Hierzu zählen unter anderem die Projekte „Familienpatenschaften“ (seit 2006) oder „Gemeinsam Wohnen“ (seit 1996) (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006b).
	Arbeit mit Daten	Es werden regelmäßig Berichte zur Altenplanung fortgeschrieben. Im Jahr 2001 wurde eine quantitative Befragung zur Bedarfserhebung älterer Migranten durchgeführt (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006c). Auch die Sozialraumanalyse (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015d) und die Armutsberichterstattung (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015b) zählen zu den Aufgaben der Sozialplanung. Seit 2008 wurde zweimal das Integrations-Monitoring durchgeführt (vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH 2014).
	Strategische SoP	Die Erstellung eines Sozialentwicklungsplans für die Stadt Aachen liegt seit 2007 in der Hand der integrierten Sozialplanung (vgl. Stadt Aachen; Köster 2015).

<sup>4</sup> Die nachstehenden Informationen wurden über die Homepages der Gebietskörperschaften gewonnen. Einzelne Angaben können somit veraltet oder unvollständig sein.

		<p>Auch die Altenplanung und die Pflegebedarfsplanung werden von der Sozialplanung übernommen (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015a). So wurden unter anderem Strategien zur Versorgung älterer Menschen mit adäquatem Wohnraum in Aachen entwickelt (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006a).</p> <p>Die Stadt Aachen hat 2006 ein Integrationskonzept erarbeitet (vgl. Stadt Aachen, Stabsstelle Integration 2006).</p>
Ziele und Leitbild		<p>Die Sozialplanung beschäftigt sich überwiegend damit, den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Thematische Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen Demenz, altersgerechtes Wohnen und Pflege (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015c).</p>
Zielgruppe		<p>Insbesondere ältere Menschen gehören zur Zielgruppe der Sozialplanung. Innerhalb dieser Gruppe wird jedoch übergreifend gearbeitet: So werden beispielsweise ältere Menschen mit Migrationshintergrund und pflegebedürftige Senioren gleichermaßen berücksichtigt. In Form generationsübergreifender Projekte wird zudem eine zielgruppenübergreifende Planung realisiert (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006b).</p>
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		<p>Zur Sozialentwicklungsplanung kommen regelmäßig Akteure aus Verwaltung, Politik, Wohlfahrtsverbänden etc. in Sozialkonferenzen zusammen (vgl. Stadt Aachen; Köster 2015). Auf Stadtteilkonferenzen findet ein Austausch professioneller und ehrenamtlicher Akteure der Sozialen Arbeit statt. Dort werden unter anderem Bestandserhebungen oder Maßnahmenpläne erarbeitet (vgl. Stadt Aachen, der Oberbürgermeister 2015e). Der Runde Tisch „Ältere Migranten in Aachen“ besteht aus Institutionen und Personen, die in der Arbeit mit älteren Migranten tätig sind. Im Jahr 2001 wurde eine Befragung zu den Bedürfnissen älterer Migranten durchgeführt (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006c).</p>
Sozialraumbezug		<p>Im Rahmen der sozialraumbezogenen Altenhilfeplanung wurden Sozialräume unter Berücksichtigung der Sozialstruktur und der Infrastruktur, natürlicher und künstlicher Grenzen sowie der räumlichen Interaktionen der Bevölkerung definiert. Das weitere Handeln richtet sich an diesen Räumen aus (vgl. Stadt Aachen; Köster 2007).</p>
Kooperationen/Netzwerke		<p>Der Runde Tisch „Ältere Migranten in Aachen“ ermöglicht einen Austausch aller in der Arbeit mit älteren Migranten engagierten Institutionen und Personen (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006c: 6ff).</p>
Ressortübergreifender Ansatz		<p>Die Sozialplanung agiert übergreifend und ersetzt keinesfalls die einzelnen Fachperspektiven. Sie dient vielmehr „als Klammer für die einzelnen Fachsozialplanungen“ (Stadt Aachen; Köster 2015: 9f).</p>
Dokumentation		<p>Die Entwicklung der Alt-Jung-Projekte wurde für den Zeitraum von 2001-2006 zusammengefasst (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006b). Die Ergebnisse der Befragung zur Gesundheit und Pflege älterer Mig-</p>

		ranten wurden ausgewertet und dokumentiert (vgl. Stadt Aachen; Köster 2006c: 11ff).
Evaluation/Qualitätssicherung		Das 2006 erarbeitete Integrationskonzept wurde evaluiert und im Jahr 2014 vorgestellt (vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH 2014).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Im Sozialentwicklungsbericht wurde der „Masterplan 2030“ sowie das „Innenstadtkonzept 2022“ vorgestellt. Diese sollen in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf einer an den sozialen Herausforderungen orientierten Quartierentwicklung (Stadt Aachen; Köster 2015).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

## 4.2 Städteregion Aachen

Neben der Stadt Aachen gehört der ehemalige Landkreis Aachen zur neuen Städteregion (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2016), die am 31. Dezember 2014 547.661 Einwohner zählte (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Sozialplanung wird in der Städteregion Aachen vom Amt für soziale Angelegenheiten durchgeführt (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2016). Sowohl der Bearbeitung sozialer als auch anderweitiger Themenfelder widmet sich zudem die AG „Profil“ der Städteregion (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014: 10).

**Tabelle 4: Good-Practices-Kriterien in der Städteregion Aachen**

Organisationseinheit		Das Handlungsfeld der Sozialplanung ist dem Dezernat III für Soziales und Integration zugeordnet und unterliegt dem Amt für soziale Angelegenheiten. Es wird nicht als einzelne Fachstelle geführt (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2016).  Zudem existiert die AG „Profil“, „die sich aus jeweils einer Führungskraft sowie einer Stellvertretung je Dezernat zusammensetzt“ (Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014: 10).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Die Sozialplanung der Städteregion Aachen reagiert unter anderem auf den demografischen Wandel sowie den hohen Migrantenanteil im Kreisgebiet (vgl. Kreis Aachen 2016: 44f).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	
	Arbeit mit Daten	Das Amt für soziale Angelegenheiten erstellt jährlich einen Controllingbericht zur Entwicklung der Sozialaufgabe, um die regionsangehörigen Kommunen, die politische Vertretung und die Öffentlichkeit über wichtige Eckdaten der Sozialentwicklung zu

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		<p>informieren.</p> <p>Die Städteregion Aachen schreibt außerdem regelmäßig ihr „Zukunftsprogramm“ fort, das alle Entwicklungen des Kreises zusammenfasst (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014).</p>
	Strategische SoP	<p>Die kommunale Pflegeplanung wird auf Basis aktueller Pflegestatistiken des Landes NRW regelmäßig fortgeschrieben. Diese geht auf örtliche Entwicklungen des Pflegemarktes sowie Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der lokalen Hilfsangebote ein (vgl. ebd.: 65f).</p> <p>Im Rahmen des „Zukunftsprogramms“ der Städteregion werden Prognosen für Entwicklungen in der Region im Folgejahr aufgestellt. Auch die strategische Ausrichtung der Städteregion wird im Zukunftsprogramm dargelegt (vgl. ebd.).</p>
Ziele und Leitbild	<p>Die AG „Profil“ der Städteregion erarbeitete unter Beteiligung der Organisationseinheiten der Verwaltung die „Regionsbegriffe“: „Soziale Region“, „BildungsRegion“, „Nachhaltige Region“ und „Aktive Region“ (vgl. ebd.: 10).</p> <p>Eine aktive Sozialplanung gilt zudem als einer der Grundsätze der sozialen Städteregion Aachen. Ihre Leitlinien umfassen des Weiteren allgemeine Präventionsmaßnahmen, die Förderung des Ehrenamtes, die Gestaltung des demografischen Wandels etc. (vgl. Geschäftsstelle Städteregion Aachen 2008: 13).</p>	
Zielgruppe	<p>Die Sozialplanung befasst sich mit den Handlungsfeldern Bildung/Arbeit; Kinder, Jugendliche und Familie; Integration; ältere Menschen; Menschen mit Behinderungen sowie Gesundheit (vgl. ebd.: 16ff).</p> <p>Zielgruppe des Zukunftsprogrammes der Städteregion Aachen sind alle Einwohner der Region (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014).</p>	
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	<p>In den Kommunen Stolberg und Herzogenrath wurden jeweils Seniorenbüros errichtet. Diese sollen Senioren als Anlaufstelle dienen und zur Vernetzung der Maßnahmen in der Altenarbeit beitragen (vgl. Kreis Aachen 2016: 44).</p> <p>Die Städteregion Aachen sieht sich als Region der Beteiligung und Teilhabe. So wurden im Jahr 2011 in Kooperation mit der „Stiftung Kathy Beys“ 250 Bürger zu ihren Vorstellungen, Gewissheiten, Unsicherheiten, Wünschen und Sorgen befragt. Nach der Auswertung wurde anhand der Interviewergebnisse ein Buch zum Thema Zukunftsszenarien erarbeitet (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2011: 74ff).</p> <p>Im Jahr 2011 wurde durch den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, die Bertelsmann Stiftung und die Heinz Nixdorf Stiftung das „BürgerForum 2011“ initiiert. Die Städteregion Aachen war hierbei eine von 25 an diesem Großprojekt beteilig-</p>	

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		<p>ten Gebietskörperschaften. 400 Bürger aus zehn Kommunen der Städteregion haben etwa drei Monate lang an sechs Themenblöcken gearbeitet: Demokratie und Beteiligung, familiäre Lebensformen, Integration, Demografie, Solidarität und Gerechtigkeit sowie Bildung. Die Ergebnisse des Bürgerforums wurden unter Beteiligung der Bürger für die Erarbeitung des regionalen Bürgerprogramms genutzt (vgl. ebd.: 76ff).</p> <p>Auch das Demografieforum, Arbeitsgruppen oder die Familienbefragung gehören zu den Maßnahmen der Bürgerbeteiligung (vgl. ebd.: 68ff).</p>
Sozialraumbezug		
Kooperationen/Netzwerke		<p>Zur Sicherung und qualitativen, bedarfsorientierten Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen in den Bereichen Gesundheit und Pflege finden mit den zuständigen Akteuren Fachkonferenzen statt (vgl. Geschäftsstelle Städteregion Aachen 2008: 19). Seit 2010 werden zudem regelmäßig Sozialkonferenzen veranstaltet (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2011: 64f.).</p> <p>Im Jahr 2011 wurde die „AG Finanzen Soziales“ gegründet. Der AG gehören neben Vertretern der Verwaltung drei Vertreter der Stadt Aachen sowie drei Vertreter der übrigen regionsangehörigen Kommunen der verschiedenen Ebenen (Bürgermeister, Sozialdezernent, Kämmerer) an. <i>„Aufgabe der AG ist es, die 10 regionsangehörigen Kommunen regelmäßig über die Entwicklung im Sozialbereich zu informieren sowie den Kommunen die Möglichkeit einer Beteiligung zu eröffnen“</i> (vgl. ebd.).</p>
Ressortübergreifender Ansatz		<p>Sowohl bei der AG „Profil“, als auch bei der AG „Finanzen Soziales“ handelt es sich um eine ressort- und fachbereichsübergreifende Vereinigung (vgl. Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2014: 10; Städteregion Aachen, der Städteregionsrat 2011: 64f.).</p>
Dokumentation		
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		<p>Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen (Sozialplanung)</p> <p>Muster E: Fachbereichsübergreifende Planung (AG „Profil“)</p>

### 4.3 Stadt Arnsberg

Die kreisangehörige Stadt Arnsberg liegt in Nordrhein-Westfalen und hatte zum Zeitpunkt des 31. Dezembers 2014 73.436 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015c). Planungsprozesse, die insbesondere die Lebensbedingungen älterer Menschen berühren, sind der Fachstelle Zukunft Alter zuzuordnen (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015b).

**Tabelle 5: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Arnsberg**

Organisationseinheit		Die Fachstelle Zukunft Alter gehört der Stabsstelle Zukunftsagentur   Stadtentwicklung an. Diese ist dem Verwaltungsvorstand der Stadt Arnsberg zugeordnet (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind „veränderte [...] Bedürfnisse des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ (Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015c) zu beobachten. Hier ist auch der prognostizierte Anstieg der an Demenz erkrankten Menschen zu berücksichtigen. Auf diese Veränderungen zu reagieren, sieht die Fachstelle Zukunft Alter als ihre Aufgabe (Polenz; Vogel 2012: 205).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Das Modellprojekt „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz“ zielt darauf ab, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz sowie deren Angehörigen zu verbessern. Zudem soll die Öffentlichkeit angesprochen werden, um eine „Enttabuisierung“ des Themas Demenz zu erreichen. Auch nach Ende des Förderungszeitraums der Robert Bosch Stiftung im Jahr 2011 werden Projekte und Maßnahmen der Lern-Werkstadt weiter verfolgt (vgl. ebd.: 201f).
	Arbeit mit Daten	Der Bericht „Demografischer Wandel in Deutschland und Arnsberg. Ausgangssituation. Rahmenbedingungen. Perspektiven. Maßnahmen“ (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2003b) ermöglicht einen Überblick über statistische Daten der Stadt Arnsberg sowie über aktuelle und zukünftige demografische Entwicklungen. Eine quantitative und qualitative Einschätzung möglicher Veränderungen des Wohnungsmarktes gibt der Bericht „Zukunft Wohnen in Arnsberg. Situation. Entwicklungstrends. Handlungsempfehlungen“ (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2003a).
	Strategische SoP	Die Handlungsstrategien der Stadt Arnsberg sind unter anderem in der Veröffentlichungen „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz. Ein Handbuch für Kommunen“ einsehbar. Neben einer neuen Kommunikationskultur werden unter anderem ein Umdenken innerhalb der Verwaltung und der Gesellschaft sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Alter aufgeführt (vgl. Stadt Arnsberg 2011: 17ff).
Ziele und Leitbild		Ziel der Fachstelle Zukunft Alter ist es, die Akzeptanz gegenüber dem Thema Demenz zu steigern und das Wissen der Menschen

	über Demenz zu verbessern. Dadurch kann die Lebensqualität der Betroffenen und derer Familien positiv beeinflusst werden (vgl. Polenz; Vogel 2012: 206).
Zielgruppe	Die Arbeit der Fachstelle Zukunft Alter zielt insbesondere auf ältere Menschen ab. Die Projekte der „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz“ fokussieren an Demenz erkrankte Personen sowie deren Angehörige. Dennoch beziehen die Maßnahmen auch die restliche Bevölkerung ein. Im Rahmen des Projektes „KiDzeln - Kindern Demenz erklären“ werden beispielsweise Multiplikatoren ausgebildet, um Kinder auf den Kontakt mit Demenzkranken vorzubereiten (Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015a).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	Im Zuge des Teilprojektes „DemNet-D“ (multizentrische interdisziplinäre Evaluationsstudie von Demenznetzwerken in Deutschland) des Förderprogramms „Zukunftswerkstatt Demenz“ des Bundesgesundheitsministeriums werden in Arnsberg 55 an Demenz erkrankte Menschen sowie eine Bezugsperson interviewt (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015c).  Partizipative und intergenerative Projekte sollen zur Enttabuisierung des Themas Demenz und zum Aufbau neuer Kommunikationsstrukturen innerhalb der Gesellschaft führen (vgl. Stadt Arnsberg 2011: 17ff).
Sozialraumbezug	
Kooperationen/Netzwerke	Das „Arnsberger Netzwerk Demenz“ bietet als Runder Tisch unterschiedlichen kommunalen Akteuren Möglichkeiten des Austausches und der Zusammenarbeit. Das Demenz-Servicezentrum NRW Region Südwestfalen konnte ebenfalls als Kooperationspartner gewonnen werden (vgl. Polenz; Vogel 2012: 214).
Ressortübergreifender Ansatz	Die Zukunftsagentur, der die Fachstelle Zukunft Alter angehört, widmet sich der Stadtentwicklung und ist als Stabsstelle direkt dem Bürgermeister zugeordnet. Diese von Fachbereichen gelöste Zugehörigkeit ermöglicht ein ressortübergreifendes Vorgehen, welches Teil der Handlungsstrategien der Fachstelle ist (vgl. Stadt Arnsberg 2011: 19).
Dokumentation	Die Sozialplanungsprozesse der vergangenen Jahre, insbesondere in Bezug auf die „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz“, sind in den verschiedenen Veröffentlichungen der Fachstelle festgehalten (vgl. Polenz; Vogel 2012). Auch Veranstaltungen, wie beispielsweise der Fachtag anlässlich des Weltalzheimertages 2013, werden dokumentiert (vgl. Stadt Arnsberg 2011; Stadt Arnsberg 2013).
Evaluation/Qualitätssicherung	Die Beteiligung am Teilprojekt DemNet-D (s. „Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen“) dient unter anderem der Analyse der Arnsberger Netzwerkstrukturen (vgl. Stadt Arnsberg, der Bürgermeister 2015c).

		Auch einzelne Maßnahmen, wie beispielsweise die Qualifizierungsangebote der Fachstelle, werden evaluiert (vgl. Polenz; Vogel 2012: 210).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Neue inhaltliche Schwerpunkte sollen künftig auf den Themenfeldern Prävention und Rehabilitation liegen (vgl. ebd.: 214). Der Stellenwert des Themas Demenz in der Öffentlichkeit konnte gesteigert werden. Zudem wurde das Modellprojekt „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz“ nach Ende des Förderungszeitraums verstetigt. Auch Maßnahmen wie die Qualifizierungsangebote sollen aufgrund der großen Resonanz dauerhaft installiert werden (vgl. ebd.).
	Modellcharakter	Die „Arnsberger ‚Lern-Werkstadt‘ Demenz“: Das verstetigte Modellprojekt betrachtet den an Demenz erkrankten Menschen ganzheitlich. So werden nicht nur medizinische und pflegerische Aspekte, sondern ebenso das soziale Umfeld der Betroffenen einbezogen. Um das Thema Demenz zu enttabuisieren und auf diesem Weg die Lebensqualität der erkrankten Menschen sowie deren Angehörigen zu verbessern, sind viele Maßnahmen zielgruppenübergreifend angesetzt (vgl. ebd.).
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster A: Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Planungsansatz

#### 4.4 Stadt Ahlen

Am 31. Dezember 2014 zählte die nordrheinwestfälische, kreisangehörige Stadt Ahlen 52.077 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015c). Eine Sozialplanung für ältere Menschen vollzieht sich insbesondere in der Leitstelle Älter werden in Ahlen (vgl. Stadt Ahlen 2016b).

**Tabelle 6: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Ahlen**

Organisationseinheit		Die Sozialplanung der Stadt Ahlen gehört der Jugend- und Sozialabteilung und der Leitstelle Älter werden in Ahlen an (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Seit 1992 bemüht sich die Stadt Ahlen um eine „ <i>Optimierung des ambulanten Versorgungssystems für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen</i> “ (ebd.). In jüngerer Zeit steht vor allem der Grundsatz „ambulant vor stationär“ und in diesem Zuge die Bereitstellung bedarfsgerechter Wohnangebote im Fokus der Leitstelle Älter werden in Ahlen (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Das Ahlener System (s. „Modellcharakter“) basiert auf Projektnetzwerken, die auf die Bearbeitung eines vorher festgelegten Themas in unterschiedlichen Teilprojekten abzielen (vgl. Stadt

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		Ahlen, Sozialabteilung 2007).
	Arbeit mit Daten	Dem integrierten Handlungskonzept der Stadt Ahlen liegen statistische Daten, die vom Arbeitsbereich „Informationstechnik und Statistik“ erhoben wurden, zugrunde. So wird beispielsweise in der Fortschreibung "Wohnen im Alter in Gemeinschaft und Sicherheit" ein Überblick über den Wohnbestand für pflegebedürftige Menschen gegeben (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012b: 6).
	Strategische SoP	Das im Jahr 2004 erarbeitete integrierte Handlungskonzept stellt die strategische Handlungsgrundlage der Leitstelle dar (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2004). Dieses wurde zuletzt 2012 mit dem Konzept "Wohnen im Alter in Gemeinschaft und Sicherheit" fortgeschrieben (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012b).
Ziele und Leitbild		Die Leitstelle verfolgt das Ziel die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern und Möglichkeiten der Teilhabe der Betroffenen auszubauen (vgl. Verein Alter und Soziales e.V. 2015).
Zielgruppe		Die Sozialplanung der Leitstelle zielt insbesondere auf ältere Menschen ab. Die Projekte und Maßnahmen der Sozialplanung richten sich jedoch an unterschiedliche Zielgruppen. So wird beispielsweise im Rahmen des Projektes „Ahlener Vorlese- und Sprachpaten“ die Kommunikation zwischen Kindern und älteren Menschen gefördert (vgl. Stadt Ahlen 2015b).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Der Verein Alter und Soziales e.V. (s. „Kooperationen/Netzwerke“) und somit die Ahlener Träger, die Dienstleistungen für hilfe- und pflegebedürftige Menschen anbieten, sind am Sozialplanungsprozess beteiligt (vgl. Verein Alter und Soziales e.V. 2016a). Kontakt zu Betroffenen und Interessierten besteht insbesondere im Rahmen der Mitmachprojekte, die zielgruppenübergreifend angelegt sind (vgl. Stadt Ahlen 2015a).
Sozialraumbezug		Die Stadt Ahlen ist in sechs Sozialräume unterteilt. Diese sind identisch zu den Quartieren der Stadt. Um die Versorgung innerhalb der Quartiere zu sichern, ist die Installation von Quartierszentren in allen Sozialräumen angedacht (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012a).
Kooperationen/Netzwerke		Die Leitung der Leitstelle hat gleichzeitig die Geschäftsführung des Vereins Alter und Soziales e.V. inne. In diesem Verein organisieren sich die Stadt Ahlen, die Wohlfahrtsverbände sowie weitere Vereine und Einrichtungen, die in der Seniorenarbeit tätig sind (vgl. Verein für Alter und Soziales 2016a). Das Ahlener SINN-Netzwerk (Senioren in Neuen Netzwerken) ist in Trägerschaft der Stadt Ahlen sowie des Vereins Alter und Soziales e.V. Mithilfe der ca. 60 Gruppen sowie sonstiger Haupt- und Ehrenamtlicher weist das SINN-Netzwerk über 150 Angebote für ältere Menschen auf. Die SINN-Konferenzen und Netzwerktreffen

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		ermöglichen einen Austausch der Beteiligten (vgl. Stadt Ahlen 2016a).
Ressortübergreifender Ansatz		Um Wohnprojekte für ältere Menschen sinnvoll planen und umsetzen zu können, bedarf es einer engen Kooperation mit der Bauleitplanung der Stadtentwicklungsplanung. Diese sowie weitere ressortübergreifende Kooperationen sind unter anderem im Konzept „Wohnen im Alter mit Gemeinschaft und Sicherheit. Handlungskonzept zur Weiterentwicklung des Wohnangebotes für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf in der Stadt Ahlen“ festgehalten (vgl. Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales 2012b).
Dokumentation		Grundlage des Ahlener Systems (s. „Modellcharakter“) ist unter anderem die Dokumentation der Arbeit. Alle zugehörigen Projekte sind dazu aufgefordert die eigene Arbeit zu dokumentieren und in Form von Geschäftsberichten auszuwerten. Das Vorgehen der Sozialplanung ist beispielsweise in der Veröffentlichung „Das Ahlener System. Eine innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenhilfe und Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen“ festgehalten (vgl. Stadt Ahlen, Sozialabteilung 2007: 6).
Evaluation/Qualitätssicherung		Durch Nutzer- und Anbieterbefragungen werden einige Teilprojekte evaluiert (vgl. ebd.).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Die (soziale) Infrastruktur für ältere Menschen konnte nachweislich verbessert werden. Neben weiteren positiven Effekten für die Bürger und das Gemeinwesen der Stadt Ahlen, die Mitarbeiter und Träger der Einrichtungen sowie für den Arbeitsmarkt ist außerdem die Anzahl der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, erheblich gestiegen (vgl. ebd.: 18ff).
	Modellcharakter	Das Ahlener System: Als Ahlener System wird die Zusammenarbeit zwischen der Leitstelle Älter werden in Ahlen und dem Verein Alter und Soziales e.V. bezeichnet. In Form von Projektnetzen werden über einen bestimmten Zeitraum Teilprojekte zu einem vorher festgelegten Thema erarbeitet und durchgeführt (vgl. ebd.: 8; Verein für Alter und Soziales e.V. 2016b).
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster A: Fachplanung mit zielgruppenübergreifendem Planungsansatz

## 4.5 Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf lebten am 31. Dezember 2013 302.313 Menschen (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2015: 35). Die bezirkliche Sozial- und Gesundheitsplanung obliegt dort der Planungs- und Koordinierungsstelle (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015d).

**Tabelle 7: Good-Practices-Kriterien im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung ist in der Planungs- und Koordinierungsstelle verankert (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Der Planungs- und Koordinierungsstelle gehören vor allem Planungsfelder des Gesundheitswesens, wie die Psychiatriekoordination, Drogen- und Suchtkoordination an (vgl. ebd.).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Die Sozialplanung soll die bereits im Gesundheitswesen vorhandenen äquivalenten Aufgabenfelder ergänzen. In diesem Zug beschäftigt sie sich mit zukunftsrelevanten Fragestellungen, wie beispielsweise der Schaffung gesünderer Lebenswelten oder der demografischen Entwicklung (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit Es werden Projekte seitens der Sozialplanung begleitet und durchgeführt. Zur Entwicklung eines demokratischeren Gemeinwesens läuft von 2015-2019 das Projekt „Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf“ (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015b).
	Arbeit mit Daten Ein Aufgabenbereich der Planungs- und Koordinierungsstelle ist die kontinuierliche Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Des Weiteren wurde 2005 eine Studie zum Rauchverhalten von Oberschülern durchgeführt (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr 2015).
	Strategische SoP Aus dem Gesamtkonzept „Lokale Agenda 21“ (s. „Ziele und Leitbilder“) wurden Leitbilder und Ziele für die Sozialplanung des Bezirks abgeleitet. Des Weiteren wurde ein teilräumliches Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz erarbeitet (vgl. Stadt + Handel 2013).
Ziele und Leitbild	Im Jahr 2008 wurde das Leitbild „Lokale Agenda 21“ für eine nachhaltige Entwicklung des Bezirks verabschiedet. Als Entwicklungsziele wurden unter anderem Chancengleichheiten für Männer und Frauen über Integration, Gesundheitsförderung, Umgang mit Menschen mit Behinderung, Verkehr, Bürgerbeteiligung, Wirtschaft, Bildung, Kinder, Familien und Senioren benannt (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2008). Das Ziel bestand unter anderem in der Beobachtung und Analyse sozialrelevanter Entwicklungen sowie in

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

	der Identifikation sozialstruktureller Defizite (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015d).
Zielgruppe	Die Sozialplanung agiert übergreifend und richtet sich an die gesamte Bevölkerung des Bezirks (vgl. ebd.).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	Halbjährlich findet als Wegweiser zu Mitsprachemöglichkeiten der „Runde Tisch 21“ mit Jugendlichen und kommunalen Vertretern aus der Jugendhilfe und Politik statt (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015f). Regelmäßig findet auch der Runde Tisch zur Elternbildung statt (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015c). Der Bezirksselternausschuss Kindertagesstätten hat einen Wegweiser zu Mitsprachemöglichkeiten erarbeitet (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015f).
Sozialraumbezug	Bündnisse, Vereine und Initiativen wollen die Bürger eines Kiezes darin unterstützen, sich für einen lebens- und liebenswerten Kiez zu engagieren. Ziel ist es, das Selbsthilfepotential und die Strukturen zur Bürgerbeteiligung zu fördern (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015d).
Kooperationen/Netzwerke	Der ehemalige Bezirk Charlottenburg ist bereits 1991 dem Gesunde Städte-Netzwerk Deutschland beigetreten (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015a). Darüber hinaus gibt es das „Netzwerk Früher Hilfen“ (nach BKiSchG), das von öffentlichen Diensten, wie dem Gesundheitsamt, dem Jugendamt und Trägern der freien Jugendhilfe getragen wird (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015c).
Ressortübergreifender Ansatz	Die Aufgaben des Gesundheits- und Sozialwesens wurden unter dem Dach einer Abteilung zusammengelegt (vgl. ebd.).
Dokumentation	Die städtischen Entwicklungen werden im Sozial- und Gesundheitsbericht dokumentiert. Darüber hinaus gibt es einen Abschlussbericht zur bezirksübergreifenden Arbeitsgruppe (vgl. Land Berlin 2012) sowie eine Dokumentation der Gesundheitskonferenz zur Kinder- und Jugendgesundheit „Rundum gesund“ (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr 2009).
Evaluation/Qualitätssicherung	Im Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ wird die Qualitätssicherung durch die Begleitung eines Coachs und der Regiestelle des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ gewährleistet. Des Weiteren wird eine Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle bei ausgewählten bezirklichen Angeboten der psychosozial-psychiatrischen Versorgung durchgeführt (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin 2015b).  Zudem bestand bis 2012 eine bezirksübergreifende Arbeitsgruppe „Qualitätszirkel der Organisationseinheiten Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ im Land Berlin (vgl. Land Berlin 2012).

Nachhaltigkeit	Nächste Schritte	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster D: Themenfokussierte Sozialplanung

## 4.6 Stadt Bielefeld

329.782 Menschen lebten am 31. Dezember 2014 in der kreisfreien Stadt Bielefeld in Nordrhein-Westfalen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Für die Sozialplanung ist in Bielefeld das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention zuständig (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2016a).

**Tabelle 8: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Bielefeld**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung der Stadt Bielefeld ist im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention verankert (vgl. ebd.).	
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Im Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention sind die Fachstellen der Altenhilfeplanung, Seniorenfreundliches Bielefeld, Psychiatrieplanung, Suchtplanung, Inklusionsplanung, Familienfreundliches Bielefeld und der Quartiersentwicklung vertreten (vgl. ebd.).	
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Als Problemschwerpunkt wird insbesondere der demografische und sozialstrukturelle Wandel sowie die Individualisierung der verschiedenen Lebenslagen genannt (vgl. Stadt Bielefeld; Dezernat 5 2009: 2ff).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Die Sozialplanung Bielefeld führt aktuell unter anderem das Modellprojekt "Kommunale Präventionsketten – Kein Kind zurücklassen" (2011-2015) durch (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2016b).
	Arbeit mit Daten	Es wurde ein Sozialleistungsbericht bzw. ein Datenstrukturatlas verfasst (vgl. Stadt Bielefeld, Dezernat Soziales 2016).
	Strategische SoP	Die Stadt Bielefeld hat 2006 das städtische Gesamtkonzept „Demografischer Wandel als Chance?“ verabschiedet (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2007: 2). Als weitere Konzepte sind unter anderem die Konzepte „Familienfreundliches Bielefeld“ und „Seniorenfreundliches Bielefeld“ zu nennen (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2016a; Stadt Bielefeld, Dezernat 5 2009).
Ziele und Leitbild	Gemäß des Leitsatzes „Wir gehen fit in die Zukunft“ widmet sich die Sozialplanung im Bereich der Altenhilfeplanung der Förderung eines aktiven und engagierten Alters, der Gestaltung von Wohn- und Lebensräumen, Schutz und Sicherheit im Alter sowie der lokalen Förderung von Lebensqualität im Alter und der barri-	

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		erfreien Gestaltung des öffentlichen Raumes (vgl. Stadt Bielefeld; Dezernat 5 2009).
Zielgruppe		Die Sozialplanung agiert übergreifend und richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen, wie beispielsweise Senioren, Familien, Kinder, oder Menschen mit Behinderungen (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2016a).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Neben diversen Bürgerinformationsveranstaltungen wird im Rahmen der „Anhörung – Migration und Pflege“ ein Austausch zwischen Fachkräften und Angehörigen ermöglicht. Zur Erarbeitung eines kommunalen Inklusionsplans wurde das öffentliche Forum „Plattform Inklusions-Impulse“ ins Leben gerufen. Jährlich soll ein Austausch mit Akteuren außerhalb und innerhalb der Stadtplanung stattfinden (vgl. Stadt Bielefeld, Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention 2014).
Sozialraumbezug		
Kooperationen/Netzwerke		Die Sozialplanung kooperiert in der Umsetzung ihrer Konzepte, wie beispielsweise im Rahmen von „Familienfreundliches Bielefeld“, „Behindertengerechtes Bielefeld“ oder dem „Integrationskonzept für Bielefeld“ mit verschiedenen Akteuren der jeweiligen Fachbereiche. Dies sind unter anderem Netzwerkpartner aus Vereinen, Verbänden und Institutionen, Wohnungsunternehmen oder der freien Wirtschaft sowie weitere Akteure (vgl. Stadt Bielefeld; Dezernat 5 2009: 3).
Ressortübergreifender Ansatz		Die Sozialplanung führt auf der strategischen Ebene fachbereichsübergreifende Planungsprozesse durch. Auf der normativen Ebene arbeitet sie mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie dem Rat der Stadt Bielefeld zusammen (vgl. ebd.: 1).
Dokumentation		Die Entwicklungen der Stadt Bielefeld werden in verschiedenen Berichterstattungen festgehalten. Hierzu zählen unter anderem Sozialleistungsberichte (vgl. Stadt Bielefeld, Dezernat Soziales 2016), Demografieberichte (vgl. Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister 2007) und der Pflegebericht (vgl. Stadt Bielefeld, Dezernat 5 2013). Die Ergebnisse der „Plattform Inklusions-Impulse“ werden protokolliert und veröffentlicht (vgl. Stadt Bielefeld, Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention 2014).
Evaluation/Qualitätssicherung		Das Forschungsprojekt „KIGS“ (von der KiTa zur Grundschule) wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert (vgl. Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften 2016).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Die Stadt Bielefeld hat 2007 für ihr Gesamtkonzept „Demografischer Wandel als Chance?“ den Innovationspreis des Landes NRW erhalten (vgl. Bielefeld, der Oberbürgermeister 2007: 2).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen

## 4.7 Stadt Gelsenkirchen

Eine Planung des Sozialen findet in der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen in der Koordinierungsstelle für strategische und präventive Sozialplanung statt (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung 2015). Die Sozialplanung arbeitet dabei mit dem Referat Stadtplanung zusammen (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015d). In der nordrheinwestfälischen Stadt wohnten am 31. Dezember 2014 257.651 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b).

**Tabelle 9: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Gelsenkirchen**

Organisationseinheit		<p>Die Koordinierungsstelle für strategische und präventive Sozialplanung ist dem Vorstandsbereich 5, Arbeit und Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz angegliedert (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung 2015).</p> <p>Die Sozialplanung unterstützt mit ihrer Arbeit das Referat Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen, das durch eine Koordinierungsstelle gesteuert wird (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015d).</p>
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		<p>Im Rahmen des Stadtentwicklungsprogramms der Stadt Gelsenkirchen wurden spezifische Problematiken benachteiligter Stadtgebiete benannt, die sich vom wirtschaftlichen und sozialen Bereich (z.B. hohe Arbeitslosigkeit, hoher Ausländeranteil, geringe Bildungsbeteiligung) bis zur räumlichen Lebensumwelt erstrecken (vgl. Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW 2015a).</p>
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	<p>In Gelsenkirchen werden in ausgewählten Gebieten im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt NRW“ Erneuerungsmaßnahmen durchgeführt. An der sozialen Stadterneuerung ist die Sozialplanung in Gelsenkirchen beteiligt (vgl. Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW 2015b).</p>
	Arbeit mit Daten	<p>Im Rahmen der Stadterneuerung wurde ein Bericht zum Stand und den zukünftigen Aufgaben und Perspektiven der Stadtentwicklung in Gelsenkirchen angefertigt (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2007a).</p>
	Strategische SoP	<p>Die Sozialplanung Gelsenkirchens beteiligt sich seit Mai 2012 am NRW-Modellvorhaben „Kein Kind zurücklassen“, um bereits bestehende Präventionsketten zu optimieren und die Lebenschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu erhöhen (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung 2015).</p> <p>Die Koordinierungsstelle Stadterneuerung hat ein übergreifendes Kommunikationskonzept entwickelt, um Maßnahmen der Stadt-</p>

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

	<p>erneuerung transparent und sichtbar zu machen (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015b).</p> <p>Unter anderem wurde im Zuge der Stadterneuerung für das Projektgebiet Tossehof ein integriertes Handlungskonzept erarbeitet (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2007b).</p>
Ziele und Leitbild	<p>Die Ziele der Stadtentwicklung Gelsenkirchen, an der sich die Sozialplanung aktiv beteiligt, sind je nach Stadtgebiet unterschiedlich. Sie beziehen sich unter anderem auf die Aufwertung des Stadtteils, Erweiterung von Bildungspotenzialen und die Steigerung der Bürgerbeteiligung (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015c).</p>
Zielgruppe	<p>Sowohl die Sozial- als auch die Stadtplanung agieren übergreifend und richten sich an die jeweiligen Bewohner der Stadtbezirke (vgl. Stadt Gelsenkirchen, der Oberbürgermeister 2016a).</p>
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	<p>Im Stadtgebiet Gelsenkirchen finden verschiedene Beteiligungsformen Anwendung. So existieren beispielsweise der „Runde Tisch Schalke“ (vgl. Stadt Gelsenkirchen; InWIS Forschung &amp; Beratung GmbH; S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH 2015: 5f) und der „Runde Tisch Bulmke“ (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015f: 13f). Das Stadteilbüro Südost beteiligt die Bürger unter dem Slogan „Bürger als Experten“ durch Stadtteilkonferenzen, Öffentlichkeitsarbeit oder Bürgerforen (vgl. ebd.: 10).</p>
Sozialraumbezug	<p>Seit 2010 finden jährlich Sozialraumgespräche in fünf Stadtbezirken Gelsenkirchens statt. Diese dienen dem Ziel, die Akteure eines Sozialraums zusammenzubringen. Im Mittelpunkt steht dabei der fach- und organisationsübergreifende Austausch auf einer kleinräumigen Ebene (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung 2015).</p> <p>Im Zuge der Stadterneuerung Gelsenkirchens wurden zehn Stadtteile in insgesamt sieben Projektgebiete unterteilt. Diese kleinräumige Einteilung liegt dem Projektvorgehen zugrunde (vgl. Stadt Gelsenkirchen, der Oberbürgermeister 2016b).</p>
Kooperationen/Netzwerke	<p>2006 erarbeitete das Institut ZEFIR der Ruhr-Universität Bochum in Kooperation mit der Sozialplanung einen Familienbericht (vgl. Stadt Gelsenkirchen; ZEFIR 2006).</p> <p>An den jährlich stattfindenden Sozialraumgesprächen beteiligen sich zahlreiche Vertreter der örtlichen Kitas und Schulen, des Stadtsportbundes Gelsensport e.V., Sozialarbeiter, Kirchen, Politik und Verwaltung sowie Vertreter der Wohlfahrtsverbände (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung 2015: 2).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>Um im Zuge der Stadterneuerung neben Baumaßnahmen auch Projekte im sozialen Bereich, der Bildung oder der Wirtschaftsförderung koordinieren zu können, arbeiten die verschiedenen</p>

		Vorstandsbereiche zusammen. Hierfür wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015e).
Dokumentation		Die Sozialraumgespräche werden dokumentiert (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015d). Zudem werden die Protokolle der Beiratsitzungen zur Stadterneuerung Gelsenkirchen veröffentlicht (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015a).
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte	
	Modellcharakter	Als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen hat die Stadt Gelsenkirchen ein übergreifendes Kommunikationskonzept für die Maßnahmen der Stadterneuerung und des Stadtumbaus entwickelt. Das Konzept und seine Umsetzung können deshalb auch für andere Städte, in denen ebenfalls komplexe städtebauliche Projekte umgesetzt werden, als Vorbild dienen (vgl. Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung 2015b).
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster E: Fachbereichsübergreifende Planung (Zusammenarbeit des Referats Stadterneuerung und der Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung)

## 4.8 Landkreis Görlitz

Der Landkreis Görlitz liegt in Sachsen. 260.188 Menschen wohnten am 13.12.2014 im Landkreis (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Eine Stabsstelle integrierte Sozialplanung ist im Dezernat für Gesundheit und Soziales eingerichtet (vgl. Landratsamt Görlitz 2015a).

**Tabelle 10: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Görlitz**

Organisationseinheit	Die Stabsstelle integrierte Sozialplanung ist dem Dezernat für Gesundheit und Soziales zugeordnet (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Die Sozialplanung unterstützt die Fachplanungen der Psychiatrie- und Suchthilfeplanung, Gesundheitsplanung, Kinder- und Jugendhilfeplanung, Altenhilfeplanung sowie der Teilhabeplanung (vgl. ebd.).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Im Zuge der Kreisgebietsreform 2008 entstand der Landkreis Görlitz aus zwei Landkreisen und einer kreisfreien Stadt. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe und Ressourcen dieser ehemals alleinstehenden Gebietskörperschaften und ihre Vereinigung zu einem Landkreis stehen im Fokus der Sozialplanung. Neben verschiedenen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen stellt der demografische Wandel eine besondere Herausforderung dar (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		IV 2010: 4).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Von 2011 bis 2014 führte die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH) das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Zuge der Förderrichtlinie „Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter“ (SILQUA FH) finanzierte Projekt „mitgestALTER“ durch. Der Landkreis Görlitz und die im Landkreis liegende Gemeinde Oybin konnten dabei als Kooperationspartner gewonnen werden. Ziel des Projektes ist die <i>„Beteiligung von Senioren an der altersgerechten Gestaltung von Stadtteilen und dörflichen Gemeinden“</i> (Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit 2015).
	Arbeit mit Daten	Die Sozialberichterstattung im Landkreis Görlitz erfolgt unter anderem in Form eines Sozialstrukturatlas. Die dort aufgeführten Sozialstrukturdaten werden um anhängende Infrastrukturkarten ergänzt. Der Atlas soll den Beginn eines regelmäßigen Monitorings darstellen (vgl. Landratsamt Görlitz 2012: 5f.)
	Strategische SoP	Das strategische Vorgehen der Sozialplanung ist im Rahmenplan integrierte Sozialplanung festgehalten. So sind unter anderem Angaben zur Struktur und Finanzierung sowie Maßnahmen zur Durchführung von Planungsraumkonferenzen detailliert dargestellt (vgl. Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 17ff).
Ziele und Leitbild		Der Landkreis Görlitz arbeitet an einem Perspektivwechsel. Herausforderungen wie der demografische Wandel sollen frühzeitig angegangen werden und der Landkreis eine Vorreiterrolle einnehmen. Aus dieser Vision leiten sich Ziele, wie die Stabilisierung der Bevölkerungszahl, die Steigerung der Lebensqualität für alle Bürger, die Sicherstellung der Grundversorgung in allen Sozialbereichen und Familienfreundlichkeit in allen Bereichen des täglichen Lebens, ab (vgl. ebd.: 11f).
Zielgruppe		Die Sozialplanung des Landkreises integriert die einzelnen Fachplanungen in einer Stabsstelle. Sie zielt somit auf alle Bevölkerungsgruppen des Landkreises ab (vgl. ebd.: 7ff).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Die Planungsraumkonferenzen im Landkreis ermöglichen die Kommunikation und Beteiligung ehrenamtlicher und professioneller Akteure sowie interessierter Bürger (vgl. ebd.: 17ff).
Sozialraumbezug		Der Landkreis Görlitz wurde anlässlich der Sozialplanung in fünf Planungsräume gegliedert, die jährlich auf ihre Aktualität und Sinnhaftigkeit überprüft werden (vgl. ebd.)
Kooperationen/Netzwerke		Die Planungsraumkonferenzen dienen den verschiedenen Akteuren des Sozialbereiches als Kommunikationsplattform. Träger und Einrichtungen, die vom Landkreis gefördert werden, sind zur Mitwirkung verpflichtet (vgl. ebd.: 21).  Zudem existieren projektbezogene Kooperationen, wie die Partnerschaft mit der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit

		Dresden (FH) anlässlich des Projektes „mitgestALTER“ (vgl. Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit 2015).
Ressortübergreifender Ansatz		Der Rahmenplan dient nicht nur der Sozialplanung, sondern „ist außerdem ein Baustein im Prozess der strategischen Neuausrichtung des Landkreises. Ihre Inhalte fließen im Bereich Soziales in das neue Gesamtstrategiekonzept für den Landkreis Görlitz ein“ (Landkreis Görlitz, Dezernat IV 2010: 6).
Dokumentation		Die Protokolle der Planungsraumkonferenzen 2012 sind online einsehbar (Landratsamt Görlitz 2015b).
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Anknüpfend an den Sozialdatenatlas soll ein kontinuierliches Sozialmonitoring aufgebaut werden (vgl. Landratsamt Görlitz 2012: 5ff).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

## 4.9 Stadt Hamburg, Bezirk Altona

Der Bezirk Altona der Stadt Hamburg hatte am Stichtag des 31. Dezembers 2013 254.354 Einwohner (vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2014). Dem Fachamt Sozialraummanagement gehört in Altona die Abteilung Integrierte Sozialplanung an (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015b).

**Tabelle 11: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Hamburg, Bezirk Altona**

Organisationseinheit		Die Abteilung Integrierte Sozialplanung ist im Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit dem Fachamt Sozialraummanagement angegliedert (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Als Standort des Projektes „Lernen vor Ort“ hat sich die Stadt Hamburg verstärkt mit der Thematik des lebenslangen Lernens auseinandergesetzt. Im Bezirk Altona ist vor diesem Hintergrund eine bezirkliche Bildungskoordination installiert worden (vgl. ebd.)
	Arbeit mit Daten	Sowohl allgemeine Sozialraumberichte, als auch fachspezifische Berichte der einzelnen Aufgabengebiete (beispielsweise Integrationsbericht, Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) werden von der bezirklichen Sozialplanung erarbeitet. Zudem stehen die Daten des stadtweiten Sozialmonitorings zur

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		Verfügung (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2015).
	Strategische SoP	Die Entwicklung von Strategien der Integrierten Sozialplanung manifestiert sich unter anderem im Altonaer Integrationskonzept und dem Handlungskonzept „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015a).
Ziele und Leitbild		Ziel der Integrierten Sozialplanung ist es, „ <i>bezirkliche Querschnittsthemen bereichsübergreifend</i> “ (Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015b) zu bearbeiten. Zu den Themenbereichen zählen unter anderem Inklusion, Integration und die Arbeitsmarktkoordination (vgl. ebd.).
Zielgruppe		Während der Aufgabenschwerpunkt Beteiligung vor allem Kinder und Jugendliche fokussiert, liegt den weiteren Handlungsschwerpunkten ein zielgruppenübergreifender Ansatz zugrunde (vgl. ebd.; Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2016).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Ein besonderer Fokus der Hamburger Sozialplanung liegt auf der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.  Das im Bezirk Altona erarbeitete Handlungskonzept „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ sieht in diesem Zusammenhang den Aufbau einer Beteiligungsstruktur (unter anderem in Form von Dialogforen und Öffentlichkeitsarbeit), eines Kinder- und Jugendbeirats sowie einer Arbeitsgemeinschaft vor, die den regelmäßigen Austausch der Planer der unterschiedlichen Fachbereiche ermöglicht (Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2010: 10).
Sozialraumbezug		Als Abteilung des Fachamtes Sozialraummanagement findet auch in der Integrierten Sozialplanung eine sozialräumliche Betrachtung des Bezirkes statt. Hierzu wurde dieser in 24 Sozialräume unterteilt. Zu jeder Planungsregion liegen ausführliche Sozialraumbeschreibungen vor (Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2014).
Kooperationen/Netzwerke		Die Sozialplanung fördert und beteiligt sich an unterschiedlichen, themenspezifischen Netzwerken. So finden beispielsweise in regelmäßigen Zeitabständen regionale und lokale Bildungskonferenzen (RBK/LBK) statt, die die an Bildungsprozessen Beteiligten zusammenbringen (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015c).
Ressortübergreifender Ansatz		Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) wird in Hamburg seit 2012 verstärkt an der (Weiter-) Entwicklung des Stadtgebiets gearbeitet. In die Planungen sollen dabei sowohl die einzelnen Bezirke als auch die verschiedenen Fachbereiche einbezogen werden. Die konkrete Beteiligung des Fachamtes Sozialraummanagement und der Abteilung Integrier-

		te Sozialplanung ist vorgesehen (vgl. Bezirksamt Altona 2016).
Dokumentation		Es liegen die Dokumentationen der sechs bisherigen Regionalen Bildungskonferenzen vor (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015c).
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Auf der Homepage <a href="http://www.jugendbeteiligung-hamburg.de">www.jugendbeteiligung-hamburg.de</a> sollen künftig allen Interessierten Informationen über Projekte und Möglichkeiten der Beteiligung zur Verfügung stehen (Aufgabenbereich Beteiligung) (vgl. Jugend- und Freizeitzentrum Bahrenfeld 2016). Im Rahmen des Handlungsschwerpunkts Bildungskoordination werden in den nächsten Jahren mehrere Schulneubauprojekte begleitet (vgl. Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement 2015c).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

#### 4.10 Landeshauptstadt Hannover

Die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover bildet gemeinsam mit dem ehemaligen Landkreis Hannover die Region Hannover. Sie verfügt jedoch weiterhin über den Status einer kreisfreien Stadt (vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2012). In der Landeshauptstadt Hannover lebten am 31. Dezember 2014 523.642 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015c). Die Sozialplanung wird von der Koordinationsstelle Sozialplanung durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2016).

**Tabelle 12: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Hannover**

Organisationseinheit		Die Koordinationsstelle Sozialplanung ist als Stabsstelle im Jugend- und Sozialdezernat der Landeshauptstadt Hannover angesiedelt (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		Die Fachbereiche des Jugend- und Sozialdezernats werden von der Koordinierungsstelle Sozialplanung sozialwissenschaftlich beraten und fachmethodisch begleitet (vgl. ebd.).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Als besondere Handlungsschwerpunkte der Sozialplanung in Hannover lassen sich unter anderem der demografische Wandel, die Zuwanderung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Familienpolitik in Hannover benennen (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Die Koordinierungsstelle initiiert verschiedene Projekte und Modellprojekte, wie beispielsweise Qualifizierungsprojekte für benachteiligte Jugendliche, Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge

		oder das Modellprojekt „Demenz in Familien mit Zuwanderungsgeschichte“ (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2013: 66; 37; 28).
	Arbeit mit Daten	Die Koordinierungsstelle Sozialplanung führt regelmäßige Beobachtungen der Quartiersentwicklungen sowie ein Sozialraum- und Familienmonitoring durch. Dies dient unter anderem zur Identifikation von Gebieten mit besonderem sozialem Handlungsbedarf. Zudem werden Sozialraum- und Sozialstrukturanalysen durchgeführt und Sozialdaten für sozialplanerische Zwecke bereitgestellt und ausgewertet (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2014).  Ebenfalls wurde im Jahr 2001 eine Wirkungsanalyse der Seniorenbüros aus Sicht der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat 2001).
	Strategische SoP	Die Koordinierungsstelle hat zur Weiterentwicklung der Seniorenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover im Jahr 2003 in Kooperation mit dem Kommunalen Seniorenservice Hannover einen Seniorenplan erstellt (vgl. Landeshauptstadt Hannover; Wedler et al. 2003).  Anhand der Ergebnisse einer Elternbefragung 2004 wurde der Betreuungsbedarf von Kindern in den ersten drei Lebensjahren erhoben (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie 2004).
Ziele und Leitbild		Die Sozialplanung befasst sich mit der „Beobachtung und Auswertung aktueller sozialplanerischer Entwicklungen und Fragestellungen“ (Landeshauptstadt Hannover 2016).
Zielgruppe		Die Sozialplanung richtet sich an Zielgruppen aller Altersklassen und Lebenslagen (vgl. ebd.).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Im Zuge der Wirkungsanalyse der Seniorenbüros in Hannover wurde eine Befragung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter dieses Bereichs durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat 2001).  Zur Erhebung des Betreuungsbedarfs von Kindern in den ersten drei Lebensjahren wurden 2004 alle Eltern, deren Kinder im Jahr 2003 geboren wurden, befragt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie 2004).  Im Sinne der Teilhabeförderung findet in den Quartieren Mittelfeld, Vahrenheide, Bemeroode und Sahlkamp Gemeinwesenarbeit statt. Diese organisiert Stadtteilprojekte, vermittelt, koordiniert oder vernetzt die Bewohner (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2013: 113).
Sozialraumbezug		Die Koordinierungsstelle Sozialplanung beschäftigt sich mit der Beobachtung von Quartierentwicklungen. Im Zuge des Familienmonitorings wird zur Darstellung typischer Strukturen und

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		<p>Entwicklungen in den Stadtteilen neben einem gesamtstädtischen Monitoring auch ein Stadtteilmonitoring durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2014).</p> <p>Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ vor Ort erfolgt durch ein Quartiersmanagement, das von der Sozialplanung beraten wird (vgl. (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2013: 113).</p> <p>Im Sozialbericht 2013 finden sich Sozialraumkarten, auf denen die Population unterschiedlicher Altersgruppen verzeichnet ist. Zudem wird untersucht, wie generationsdurchmischte die Stadtteile sind (vgl. ebd.: 18ff).</p>
Kooperationen/Netzwerke		<p>Die Erstellung des Sozialplans 2003 erfolgte in Kooperation mit dem kommunalen Seniorenservice Hannover sowie Vertretern der Verbände, Interessensvertretungen und Politik (vgl. Landeshauptstadt Hannover; Wedler et al. 2003: 2).</p>
Ressortübergreifender Ansatz		<p>Die Koordinierungsstelle Sozialplanung vertritt das Jugend- und Sozialdezernat der Landeshauptstadt Hannover in dezernatsübergreifenden „Gremien, Projekt- und Arbeitsgruppen zu Themen der Sozialplanung“ (vgl. Landeshauptstadt Hannover 2016).</p> <p>Zudem kooperiert die Sozialplanung im Zuge ihrer Sozialberichterstattung mit Fachbereichen anderer Dezernate. So entstand beispielsweise das Familienmonitoring 2014 in Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Wahlen und Statistik des Kultur- und Personaldezernats (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2014).</p>
Dokumentation		<p>Die Ergebnisse der Elternbefragung 2004 und der Seniorenbüromitarbeiterbefragung 2001 wurden dokumentiert und ausgewertet (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat 2001; Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie 2004).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	<p>Als Reaktion auf die hohe Zahl an älteren Bürgern mit Migrationshintergrund wurde das Modellprojekt „Demenz in Familien mit Zuwanderungsgeschichte“ initiiert (vgl. Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat 2013: 28).</p>
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		<p>Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz</p>

## 4.11 Kreis Heinsberg

Der Kreis Heinsberg liegt im Land Nordrhein-Westfalen. Am 31. Dezember 2014 lebten hier 249.310 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Die soziale Planung erfolgt in der Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016a).

**Tabelle 13: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Heinsberg**

Organisationseinheit		Die Sozialplanung ist in der „Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung“ in den gesamtstrategischen Prozess der Kreisverwaltung eingebettet (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Die Sozialplanung stellt eine Reaktion auf den demografischen Wandel sowie Armut und soziale Entmischungstendenzen (Segregation) dar (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016e).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	
	Arbeit mit Daten	Seit Dezember 2013 findet das Sozialmonitoring als Instrument einer kontinuierlichen Sozialplanung und Sozialberichterstattung seine Anwendung. Diese Datensammlung gilt als Basis für die Erarbeitung integrierter Entwicklungs- und Handlungskonzepte, zur Gewährleistung eines zielgerichteten Ressourceneinsatzes sowie als Plattform für sozialpolitische Diskurse (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016d). Im Jahr 2012 wurde von der Projektgruppe BILDUNG und REGION in Bonn ein Armutsbericht über die Lebenslagen im Kreis Heinsberg erstellt (vgl. Projektgruppe Bildung und Region 2012).
	Strategische SoP	Im November 2014 wurde eine verbindliche Bedarfsplanung des Kreises Heinsberg beschlossen (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2015). Die Sozialplanung des Kreises Heinsberg orientiert sich am landesweiten „Landesförderplan Alter und Pflege 2015“ (vgl. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW 2015).  Im Jahr 2010 nahm der Kreis Heinsberg an einer Studie zum Thema „Nachhaltige Förderung der Lebensqualität im Kreis Heinsberg“ teil (vgl. RWTH Aachen, Geographisches Institut 2010).
Ziele und Leitbild		In Anlehnung an die Definition von Sozialplanung nach dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. möchte die Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung die Lebenslagen, die Teilhabechancen sowie die soziale Infrastruktur der Menschen im Kreis Heinsberg positiv beeinflussen (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016e). Darüber hinaus zielt sie auf die Mitwirkung aller Beteiligten (Betroffenen, Leistungserbringer, Wohnbevölkerung) ab, indem sie diese nach Möglichkeit in die Planungsprozesse einbindet (vgl. ebd.).

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

Zielgruppe	Im Fokus der Sozialplanung stehen ältere sowie pflegebedürftige Menschen. Gleichzeitig zielt sie auf die Beteiligung aller Bewohner und Akteure vor Ort ab und agiert somit zielgruppenübergreifend (vgl. ebd.).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	<p>Als Einstieg in die qualitative Betrachtung des Pflegemarktes wurde 2008 eine "Kundenzufriedenheitsbefragung in der ambulanten und stationären Altenpflege im Kreis Heinsberg" durch die Fachhochschule Münster durchgeführt (vgl. Fachhochschule Münster 2008).</p> <p>Eine repräsentative Bürgerbefragung zum Thema „Wohnen und Leben im Quartier“ wurde bis zum Jahr 2010 vom Lehr- und Forschungsgebiet Kulturgeographie der RWTH Aachen durchgeführt und kleinräumig ausgewertet. Die Ergebnisse dienen als Grundlage der weiteren Planung (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016b).</p>
Sozialraumbezug	Im Rahmen der Studien zum „Wohnen und Leben im Quartier“ wurden die Situationen in den Wohnquartieren analysiert (vgl. ebd.).
Kooperationen/Netzwerke	<p>Zur Erhebung empirischer Daten kooperierte der Kreis Heinsberg mit Hochschulen in Münster und Aachen (vgl. Fachhochschule Münster 2008; Kreis Heinsberg, der Landrat 2016b).</p> <p>In Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Bildung und Region, Bonn, wurde 2012 ein Armutsbericht erstellt (Projektgruppe Bildung und Region 2012).</p> <p>Es finden regelmäßig kommunale Konferenzen zum Thema Alter und Pflege statt (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016f.).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>Die kommunale Pflegeplanung des Kreises geschieht unter Beteiligung des Gesundheitsamtes (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016g).</p> <p>Die Gestaltung und Finanzierung des ÖPNV in der Region liegt in der Verantwortung des Kreises Heinsberg. Gemeinsam mit der Stabsstelle Demografischer Wandel ist das Amt für Umwelt und Verkehrsplanung hierfür zuständig (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016h).</p>
Dokumentation	<p>Die Ergebnisse des ersten Sozialraummonitorings im Kreis Heinsberg wurden dokumentiert und veröffentlicht (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016d).</p> <p>Frei zugänglich sind ebenfalls die Protokolle der kommunalen Konferenzen für Alter und Pflege im Jahr 2015 (vgl. Kreis Heinsberg; Machat 2015).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung	Die Sozialberichterstattung erfüllt eine Evaluationsfunktion. Diese umfasst die Erfolgskontrolle der eingeleiteten Maßnahmen. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen insbesondere auch die nicht beabsichtigten Folgen von Maßnahmen (vgl. Kreis Heins-

		berg, der Landrat 2016c).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Der Basisplan zur Kommunalen Pflegeplanung im Kreis Heinsberg enthält Prognosen zu zukünftigen demografischen Entwicklung bis 2035 (vgl. ebd.).  Der Kreis Heinsberg hat den Sonderpreis beim Gesundheitspreis Nordrhein-Westfalen 2008 für das Projekt „Älter werden im Kreis Heinsberg“ erhalten. Der Kreis Heinsberg erhält diesen Preis nach einer Projektprämierung im Jahr 1998 bereits zum zweiten Mal (vgl. Kreis Heinsberg, der Landrat 2016a).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster D: Themenfokussierte Sozialplanung

## 4.12 Landeshauptstadt Kiel

In der Hauptstadt des Bundeslandes Schleswig-Holstein wohnten am 31. Dezember 2014 243.148 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Eine Sozialraumplanung obliegt in Kiel dem Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015g). Die Entwicklung von Strategien zur Handhabung des demografischen Wandels ist Aufgabe der Stabsstelle Demografiemanagement (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015c).

**Tabelle 14: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Kiel**

Organisationseinheit		Bei der Sozialraumplanung der Stadt Kiel handelt es sich um eine „dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung des Dezernates für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport aufgebaut wird, die gemeinsam Sozialraumdaten bewertet und Maßnahmenvorschläge für benachteiligte Sozialräume entwickelt“ (Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011: 3). Dem Dezernat gehört seit 2011 zudem die Stabsstelle Demografiemanagement an (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Der Aufbau einer integrierten Sozialraumplanung ist die Konsequenz von Beschlüssen und Erkenntnissen der vergangenen Jahre, die sich insbesondere mit der sozialen Lage beschäftigten. Themenschwerpunkte sind unter anderem Arbeitslosigkeit, Gesundheits- und Sozialdaten oder der demografische Wandel (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011: 2f).  Der Einführung der Stabsstelle Demografiemanagement lag das von der Ratsversammlung „beschlossene Querschnittsziel „Die Chancen des demografischen Wandels gestalten““ (Landeshauptstadt Kiel 2015c) zugrunde.
Sozialplanungs-	Projektarbeit	Von 2007-2013 nahm die Stadt Kiel am EU-Projekt „Best Agers Lighthouses“ teil. Hier stand das demografiesensible Personal-

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

ansatz		<p>management in Unternehmen sowie öffentlichen Institutionen im Ostseeraum im Fokus (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2013a).</p> <p>Die Stadt Kiel beteiligt sich seit 2015 am Bundesprogramm „Partnerschaft für Demokratie“ und führt in Kooperation mit lokalen Akteuren und Trägern diverse Projekte zur Stärkung der Demokratie und des Engagements gegen Rechtsextremismus durch (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015f).</p>
	Arbeit mit Daten	<p>Im Rahmen eines Sozialraumberichts nahm die Sozialraumplanung 2011 eine umfangreiche Analyse der Sozialsituation, der bereits vorhandenen Berichte und Beschlüsse sowie der Sozialraumdaten vor (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011).</p> <p>Von 2005 bis 2010 wurde die Pflegebedarfsplanung der Stadt Kiel fortgeschrieben (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2016a).</p> <p>Die Stabsstelle Demografiemanagement führt jährlich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen, Abteilung Statistik ein Demografie-monitoring durch (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2013b; 2016b).</p>
	Strategische SoP	<p>Als Teilnehmer am Bundesprogramm „Partnerschaft für Demokratie“ hat die Stadt Kiel den Lokalen Aktionsplan Kiel (LAP Kiel) entwickelt. Dieser setzt sich aus dem Begleitausschuss und einer lokalen Koordinierung zusammen (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015d).</p> <p>Der Sozialraumbericht Gaarden wurde von der Ratsversammlung als ein fachübergreifendes Planungs- und Steuerungskonzept für die Sozialraumplanung beschlossen (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015e). Auch der Sozialraumbericht Kiel Ost dient als strategische Grundlage für die weitere Planung in dieser Region (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2016c).</p> <p>Die Kieler Demografiestrategie, die der Arbeit der Stabsstelle Demografiemanagement zugrunde liegt, zeigt Herausforderungen und Chancen auf, die für Kiel mit dem demografischen Wandel einhergehen (Landeshauptstadt Kiel 2016b).</p>
Ziele und Leitbild		<p>Der lokale Aktionsplan Kiel verfolgt mit seinem Leitsatz „Ganz Kiel mit an Bord! - Gemeinsam für eine vielfältige und lebendige Kultur des Miteinanders in Kiel“ die Stärkung der Demokratie (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015d).</p> <p>Ziel der Sozialraumplanung ist es, die Stadtteile hinsichtlich der sozialen Stabilität und gesunden Lebensverhältnisse weiter zu entwickeln. Die Handlungsschwerpunkte liegen auf der städtebaulichen Entwicklung, Bildung und der lokalen Ökonomie (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011: 3ff.).</p> <p>Im Rahmen des Demografiemanagements soll der demografische Wandel und die damit einhergehenden Chancen gestaltet werden (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2016b).</p>
Zielgruppe		Sowohl die Arbeit der integrierten Sozialraumplanung als auch

	<p>der Stabsstelle Demografiemanagement sind zielgruppenübergreifend ausgelegt (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011; Landeshauptstadt Kiel 2015c).</p>
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	<p>Im April 2012 fand ein seniorenpolitischer Workshop zum Thema „Leben im Quartier“ statt. Es wurde eine Telefonkette für Senioren eingerichtet, die vorsieht, dass sich die Teilnehmer zweimal wöchentlich gegenseitig kontaktieren. Darüber hinaus werden auch persönliche Treffen initiiert (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015h).</p> <p>Im Oktober 2011 hat die Beteiligungsveranstaltung „Zukunft gestalten - Sozialraumbericht Gaarden“ stattgefunden. Fragestellungen, Themen und Vorschläge der Beteiligungsveranstaltung wurden in den Sozialraumbericht aufgenommen (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015a).</p> <p>Der Kieler Demografiestrategie lag eine <i>„umfangreiche Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zur demografischen Entwicklung“</i> (Landeshauptstadt Kiel 2016b) zugrunde.</p>
Sozialraumbezug	<p>Die Integrierte Sozialraumplanung befasst sich mit der sozialen Lage verschiedener Sozialräume Kiels. Es wurde eine Analyse der Sozialraumdaten durchgeführt. Um benachteiligte Stadtteile zu fördern, wurde 2008 der Beschluss „Kieler Sozialräume stärken“ vom Stadtrat verabschiedet (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011:2).</p>
Kooperationen/Netzwerke	<p>Als externe Koordinierungsstelle agiert für den LAP Kiel die Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migranten (ZBBS e.V.). Zusammen mit dem Amt für Kultur und Weiterbildung bildet sie die lokale Koordinierungsstelle (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015d).</p> <p>Kiel ist Mitglied des „Netzwerk demografiefester Kommunen“. Diesem sind neben 20 Kommunen das Körber-Stiftung und das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg angehörig (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015c).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>Die integrierte Sozialraumplanung steht mit einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe in Verbindung (vgl. Landeshauptstadt Kiel; Wichmann 2011: 3).</p> <p>Die Stabsstelle Demografiemanagement führt jährlich in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kommunikation, Standortmarketing und Wirtschaftsfragen, Abteilung Statistik ein Demografie-monitoring durch (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2013b; 2016b).</p>
Dokumentation	<p>Der 2011 stattgefunden Workshop „Herausforderungen des demografischen Wandels für Fachplanungen und Projekte“ wurde dokumentiert und veröffentlicht (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015b).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung	

Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Die Landeshauptstadt Kiel wurde von der Bertelsmann-Stiftung als gutes Praxisbeispiel für den Umgang mit dem Thema Demografie benannt (vgl. Landeshauptstadt Kiel 2015c).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz (Sozialraumplanung) Muster D: Themenfokussierte Sozialplanung (Stabsstelle Demografiemanagement)

### 4.13 Lahn-Dill-Kreis

251.440 Einwohner hatte der Lahn-Dill-Kreis am 31. Dezember 2014 (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Die Durchführung einer Sozialplanung ist in diesem hessischen Landkreis Aufgabe der Steuerungsgruppe Sozialplanung (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b).

**Tabelle 15: Good-Practices-Kriterien im Lahn-Dill-Kreis**

Organisationseinheit	Die „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ ist dem Fachbereich Bildung, Jugend und Familie zugeordnet (vgl. ebd.).	
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Die „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ steuert die Arbeitsgruppen Altenhilfeplanung, Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung (vgl. ebd.).	
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Als Problemschwerpunkte werden unter anderem der demografische Wandel, die Inklusion, Kinderarmut sowie die Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen genannt (vgl. ebd.).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	In der „Steuerungsgruppe Sozialplanung“ des Lahn-Dill-Kreises wurde eine Projektgruppe berufen, die sich zunächst dem Handlungsfeld „Arbeit“ widmet (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Projektgruppe Inklusion 2013: 13).
	Arbeit mit Daten	Als wesentliche Grundlage für eine präventiv orientierte Sozialplanung und Sozialpolitik wurde 2008 ein Sozialbericht erstellt. Dieser gilt als Fortschreibung des Sozialatlas von 2000. Hier werden sozialpolitisch aussagekräftige Daten der verschiedenen Fachbereiche des Lahn-Dill-Kreises sowie der Städte und Gemeinden, der Arbeitsagentur, der Polizei und der freien Träger zusammengeführt (vgl. Caritasverband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises 2012). Im Zeitraum von 2008 bis 2010 wurde von der Arbeitsgruppe Demografie ein Demografiebericht verfasst (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung 2010: 13). Im Zeitraum von 2006 bis 2007 wurde eine Begleitforschung zur Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen durch das Rhein-

		Ruhr-Institut für Sozialforschung (RISO) durchgeführt (Caritasverband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises 2012).
	Strategische SoP	<p>Zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde im Lahn-Dill-Kreis 2013 von der Projektgruppe „Arbeit“ ein regionaler Aktions- und Teilhabeplan erstellt. In diesem wurden Ziele und Maßnahmen für das Handlungsfeld „Arbeit“ niedergeschrieben (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Projektgruppe Inklusion 2013: 30ff).</p> <p>Im Zuge der partizipativen Sozialplanung wurden diverse Planungsberichte verfasst, in denen Rahmenvereinbarungen und Leitsätze zur möglichst qualitativen und effizienten Leistungsumsetzung vereinbart wurden (Caritasverband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises 2012: 5ff).</p>
Ziele und Leitbild		<p>Die partizipative Sozialplanung organisiert Planungsprozesse und sorgt für Mitwirkung und Beteiligung in politischen und konzeptionellen Entscheidungsprozessen (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b).</p> <p>Des Weiteren wurde die Sozialplanung mit dem Ziel aufgebaut „[...] ein flächendeckendes Netz an Beratung und Förderung im Sozial- und Jugendbereich zu erhalten“ (Schubert 2012).</p>
Zielgruppe		Als Koordination zielgruppenspezifischer Fachplanungen agiert die Steuerungsgruppe Sozialplanung zielgruppenübergreifend (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		<p>Ende 2011 wurde im Lahn-Dill-Kreis mit einer von 200 interessierten Bürgern und Fachleuten besuchten Auftaktveranstaltung „Inklusion – mehr als nur ein neuer Begriff? Der Lahn-Dill-Kreis startet mit dem Aktionsplan“ die Arbeit an einem „Regionalen Aktions- und Teilhabeplan“ begonnen (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis, Fachbereich Bildung, Jugend und Soziales 2011).</p> <p>Im Zuge des Demografieberichts wurden unterschiedliche Personen verschiedener Lebenslagen zum demografischen Wandel im Lahn-Dill-Kreis „LDK 2040 - Meine Version der Vision“ befragt (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung 2010: 17ff).</p> <p>Die Arbeitsgruppe „Altenhilfeplanung“ richtet alle zwei Jahre eine Kreispflegekonferenz aus. Diese greift aktuelle Themen aus den Handlungsfeldern Altenhilfe und Seniorenpolitik auf und diskutiert diese mit dort Beschäftigten, Ehrenamtlichen sowie Bürgern (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015a).</p>
Sozialraumbezug		Der Sozialbericht von 2008 kann die erhobene Datenlage nach eigener Aussage nur großräumig darstellen und die Ansprüche einer sozialräumlichen Analyse einzelner Stadtteile und Ortsgemeinden nicht erfüllen (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2009: 13).

Kooperationen/Netzwerke	<p>Es wurde ein Organigramm über die verschiedenen Netzwerke im Sozialbereich verfasst (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Fachbereich Bildung, Jugend und Familie 2009).</p> <p>Die 2004 eingerichtete „Steuerungsgruppe Sozialplanung im LDK“ besteht aus Akteuren verschiedener Fachbereiche des Kreises, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Sozial- und Jugendhilfeplanungen sowie der Vorsitzenden der Jugendhilfeausschüsse des Kreises und der Stadt Wetzlar, der Agentur für Arbeit, des kommunalen Jobcenters Lahn-Dill (damals: Arge), des Gemeindep psychiatrischen Verbundes (GpV) und Vertretern der Kreistagsausschüsse (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b).</p> <p>Im Jahr 2012 wurde vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen eine Fachtagung zum Thema „Kooperative Sozialplanung – Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege“ ausgerichtet. Der Lahn-Dill-Kreis wurde mit seiner partizipativen Sozialplanung als gutes Beispiel vorgestellt (vgl. Schubert 2012: 50ff).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>Alle Überlegungen zur demografischen Entwicklung sollen in einer Organisationseinheit der Verwaltung „fachdienstübergreifend“ gebündelt werden, sodass die gesammelten Erkenntnisse bei Bedarf allen Fachbereichen zur Verfügung gestellt und damit bei künftigen Planungs- und Durchführungsmaßnahmen berücksichtigt werden können (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung 2010: 12).</p>
Dokumentation	<p>Die Informationsveranstaltung „Inklusion – mehr als nur ein neuer Begriff? Der Lahn-Dill-Kreis startet mit dem Aktionsplan“ wurde dokumentiert (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis, Fachbereich Bildung, Jugend und Soziales 2011).</p> <p>Auch die Fachtagung „Kooperative Sozialplanung – Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege“, in der die partizipative Sozialplanung des Lahn-Dill-Kreis vorgestellt wurde, wurde dokumentiert und veröffentlicht (vgl. Schubert 2012).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung	<p>Die Sozialplanung integriert und begleitet die Prozesse der Organisationsentwicklung und des Qualitätsmanagements. Sie ermittelt und beschreibt Bedürfnisse und Lebenslagen, unter anderem durch das Instrument der Sozialberichterstattung (vgl. Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis 2015b).</p> <p>Der Lahn-Dill-Kreis orientiert sich an den Qualitätsbausteinen der Rahmenvereinbarung zur Kommunalisierung sozialer Hilfen (RV), welche 2004 vom Hessischen Sozialministerium, dem Hessischen Städte- und Landkreistag und der Landesliga der Freien Wohlfahrtsverbände unterzeichnet wurden (vgl. Schubert 2012: 51).</p>
Nachhaltigkeit	<p>Nächste Schritte,</p> <p>Die Projektgruppe erarbeitete ein Konzept für das Themenfeld „Arbeit“, welches als Referenzmodell für alle weiteren noch abzu-</p>

	Erfolge	<p>deckenden Themenfelder gelten soll (vgl. Lahn-Dill-Kreis, Projektgruppe Inklusion 2013: 2).</p> <p>Der Lahn-Dill-Kreis wird vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen in der Fachtagung „Kooperative Sozialplanung – Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege“ mit seiner partizipativen Sozialplanung als gutes Beispiel vorgestellt (vgl. ebd.).</p> <p>Auch die Begleitforschung zur Kommunalisierung sozialer Hilfen in Hessen bewertet die Sozialplanung im Lahn-Dill-Kreis als Leuchtturmprojekt positiv. Der Kreis habe seine Ausgangsbedingungen proaktiv genutzt und die Umsetzung der Kommunalisierung in bereits existierende Arbeitsstrukturen integriert (vgl. Grunow et al. 2011: 109ff).</p>
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit fachbereichsübergreifendem Steuerungsansatz

#### 4.14 Landkreis Ludwigslust-Parchim

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim liegt in Mecklenburg-Vorpommern. Er zählte am 31. Dezember 2014 212.631 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Zuständig für eine soziale Planung ist hier die Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung (vgl. Landkreis Ludwigslust-Parchim, Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung 2015).

**Tabelle 16: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Ludwigslust-Parchim**

Organisationseinheit		Seit 2011 gibt es eine separat eingerichtete Stabsstelle für die Jugendhilfe- und Sozialplanung (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		Der Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung sind die Jugendhilfeplanung sowie die Pflegesozialplanung angehörig (vgl. ebd.).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Die Sozialplanung möchte sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels, der ökonomischen Leistungsfähigkeit sowie den sozialen Sicherungssystemen auseinandersetzen (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	
	Arbeit mit Daten	Als Komponenten der Sozialplanung werden demografische Analysen zum Pflegebedarf, eine Bestandsaufnahme der regionalen Versorgungsstruktur sowie eine Bedarfsanalyse vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung durchgeführt (vgl. ebd.).
	Strategische SoP	Im Jahr 2014 wurden die sich aus der Bedarfsanalyse ergebenden

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		<p>Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur in einem Pflegesozialplan erarbeitet und umgesetzt (vgl. ebd.).</p> <p>Darüber hinaus wurde eine Kindertagesstättenbedarfsplanung für die Jahre 2015 bis 2018 mit Prognosen bis 2024 erarbeitet (vgl. ebd.).</p>
Ziele und Leitbild		<p>Ziel der Jugendhilfe- und Sozialplanung ist die Schaffung einer bedarfsgerechten, flächendeckenden und leistungsfähigen Hilfs-, Versorgungs- und Betreuungsstruktur (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim, der Landrat 2015).</p>
Zielgruppe		<p>Die Sozialplanung agiert zielgruppen- und lebensbereichsübergreifend. So sollen unter anderem auch die Themen Wohnen, ärztliche Versorgung und Kultur im Rahmen der Planung thematisiert werden (vgl. ebd.).</p>
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		<p>Die Sozialplanung bietet eine mobile Sozial- und Pflegeberatung an (vgl. Unser Landkreisbote 2015: 1).</p>
Sozialraumbezug		<p>Die integrierte Sozialplanung fokussiert den Sozialraum der Bewohner und die dort relevanten Lebensbereiche (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim, der Landrat 2015).</p> <p>Die mobile Pflege- und Sozialberatung fährt verschiedene Gebiete an (vgl. Unser Landkreisbote 2015: 1).</p>
Kooperationen/Netzwerke		<p>Im Juli 2014 trafen sich zahlreiche Akteure der Verwaltung, Krankenkassen und Seniorenhilfe, um sich über die Umsetzung der Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim auszutauschen und gegenseitig zu beraten (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2014c).</p> <p>Die empirischen Grundlagen zur Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim wurden 2013 vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik in Köln erarbeitet (vgl. Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH 2013).</p>
Ressortübergreifender Ansatz		<p>Ein Demografiekoordinator soll als aktive Schnittstelle zwischen den einzelnen Initiativen agieren und insbesondere zu einer ressortübergreifenden Steuerung und Begleitung beitragen (vgl. Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH 2014: 123).</p>
Dokumentation		<p>Die Verläufe und Ergebnisse der Fachtagung zur Umsetzung der Pflegeplanung (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2014b) sowie der Workshops „Fachkräftemangel in der Altenpflege“ (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2014a) und „Pflegebedürftigkeit und Behinderung“ im Jahr 2014 wurden dokumentiert und veröffentlicht (vgl. Landkreis-Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2014b).</p>

Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen

## 4.15 Landeshauptstadt Magdeburg

Am 31. Dezember 2016 lebten in Magdeburg, der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts, 232.306 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Die Sozialplanung obliegt der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015a).

**Tabelle 17: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Magdeburg**

Organisationseinheit		Die Sozialplanung ist im Dezernat V als Stabsstelle V/01 - Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung angesiedelt (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		In der Stabsstelle sind die Fachplanungen der Jugendhilfe sowie des Bereichs Gesundheit vereint (vgl. ebd.).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Im Rahmen der Projektarbeit der Stabsstelle ist im Jahr 2004 unter anderem die Arbeitsgruppe „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ gegründet worden, die auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie die Optimierung der damit verbundenen Rahmenbedingungen abzielt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016a).  Zudem beteiligt sich die Stadt am Projekt „jungbewegt – ein Projekt zur Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements von jungen Menschen“ des Landes Sachsen-Anhalt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015a).
	Arbeit mit Daten	Im Stadtteilreport 2013 werden unter anderem die Jugendarbeitslosigkeit sowie die familiären Situationen stadtteilbezogen aufgeführt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2013). Des Weiteren existieren diverse Berichte wie unter anderem Sozialbericht, Suchtbericht, Gesundheitsbericht oder ein Pflegestrukturplan (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016b).
	Strategische SoP	Ergebnisse der strategischen Planung sind unter anderem das „Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg, Fortschreibung 2014-2017“ (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozi-

		al- und Gesundheitsplanung 2014c) sowie das „Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg, Aktivität und Hilfe im Alter“ im Jahr 2013 (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2013). Auch der „Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ 2012 zeigt die strategische Ausrichtung der Stabsstelle auf (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2012).
Ziele und Leitbild		Ziel der Stabsstelle ist die Ermittlung sozialpolitischer Entwicklungsschwerpunkte, die Erarbeitung von Lösungsansätzen für sozialpolitische Grundsatzfragen sowie die Planung der sozialen Infrastruktur (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015a).
Zielgruppe		Die Arbeit der Stabsstelle ist zielgruppenübergreifend ausgerichtet. So befasst sich der Workshop „Generationsübergreifende Infrastruktur“ im Jahr 2014 mit der Erarbeitung von Rahmenbedingungen, die für generationsübergreifende Arbeit in Einrichtungen notwendig sind (vgl. Landeshauptstadt, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2014b).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Neben freien Trägern und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, die der Unterstützung von Politik und Stadtrat dienen, werden Bürger, die sich in ihrem Stadtteil engagieren wollen, dazu aufgefordert sich an den Arbeitsgruppen der Gemeinwesenarbeit zu beteiligen (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015b).  Außerdem wurde 2014 eine Befragung zu generationsübergreifenden Angeboten in Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen durchgeführt, die für Einrichtungen der Seniorenarbeit, Kinder- und Jugendhäuser und postalisch ausgelegt war. In dieser Befragung wurden 424 Senioren und 364 Jugendliche befragt (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung 2014a).
Sozialraumbezug		Die „Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit“ befassen sich seit 1998 mit stadtteilbezogener Arbeit in Magdeburg. Innerhalb der Stadtteile finden regelmäßige Treffen statt, um aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen zu diskutieren. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau und der Festigung stadtteilbezogener Netzwerke (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015b).  Auch Sozialdaten, die als Grundlage der Planung dienen, werden stadtteilbezogen erhoben (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2013).

Kooperationen/Netzwerke	<p>Die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg ist ein Gremium, das sich über die Gestaltung eines zukunftsfähigen Hilfesystems für Menschen mit psychischer Erkrankung, seelischer Behinderung, geistiger Behinderung oder einer Suchterkrankung fachlich berät und austauscht. Die kontinuierliche Verbesserung der Vernetzung der Leistungserbringer im Hilfesystem steht innerhalb der Gremienarbeit der PSAG im Vordergrund. Das Integrationsportal ist aus der Zusammenarbeit und Kooperation von Organisationen, Einrichtungen der Integrationsarbeit sowie Behörden und Ämtern der Verwaltung entstanden (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2015a).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>Im Rahmen der Arbeitsgruppen „Gemeinwesenarbeit“ wird ein ressortübergreifendes Vorgehen verfolgt. Um diese Kooperationen effizienter zu gestalten, verkündeten die Arbeitsgemeinschaften im Jahr 2011, dass künftig die „themenbezogene Einbindung von Verwaltung (z.B. Tiefbauamt, Eigenbetrieb, Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, Jugendamt, Sozial- und Wohnungsamt, Stadtplanungsamt, Ordnungsamt) [...] konsequenter im Vorfeld von Entscheidungen und stärker an den örtlich gebundenen Themenfeldern der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit auszurichten“ (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit 2011) seien.</p> <p>Zudem finden anlässlich der Arbeitsgruppe „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“ Mitarbeiter der Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung sowie Vertreter des Fachbereichs Schule/Sport, des Kulturbüros und des Sozial- und Wohnungsamtes zusammen (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016a).</p>
Dokumentation	<p>Die Reihe „Magdeburg sozial“ dient der Veröffentlichung wichtiger Ergebnisse, neuer Ansätze und Informationen der Sozialplanung. In bisher 36 Bänden werden so auch Dokumentationen von Workshops und Fachgesprächen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (vgl. Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister 2016a).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung	
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte
	Modellcharakter
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)	Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

## 4.16 Landeshauptstadt Mainz

Mainz ist die Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz. Sie zählte am 31. Dezember 2014 206.991 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Ihre Jugendhilfe- und Sozialplanung ist dem Amt für soziale Leistungen zugeordnet (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2016).

**Tabelle 18: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Mainz**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung der Stadt Mainz ist im Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit verankert (vgl. ebd.).	
Zugeordnete Sozialfachplanungen		
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Der Schwerpunkt liegt auf der zielgerichteten, bedürfnis- und bedarfsorientierten Ausgestaltung und Weiterentwicklung der unterschiedlichen kommunalen sozialen Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern (vgl. ebd.).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Im Jahr 2011 wurde ein Projekt zur „Übergangsstudie Mainz“ durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Mainz; Johannes Gutenberg-Universität Mainz 2011).
	Arbeit mit Daten	Die Pflegestruktur der Stadt Mainz wurde in einem Bericht aufgearbeitet (vgl. Landeshauptstadt Mainz, Dezernat für Soziales, Jugend, Wohnen, Finanzen, Beteiligungen, Steuerung und Abgaben 2008). In Kooperation mit „empirica“ wurde eine Sozialraumanalyse durchgeführt (vgl. Pfeiffer et al. 2012).
	Strategische SoP	Es wurde unter anderem ein Handlungskonzept gegen Kinderarmut entwickelt (vgl. Landeshauptstadt Mainz; Schneider 2009). Aktuell wird ein Kindertagesstättenbedarfsplan erarbeitet (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2015).
Ziele und Leitbild	Der Anspruch der Sozialplanung gilt insbesondere der Interessenvertretung, der Planung der Infrastruktur sowie der kontinuierlichen Überprüfung von Leistungen (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2016).	
Zielgruppe	Die Sozialplanung agiert übergreifend und spricht verschiedene Zielgruppen an (vgl. ebd.).	
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	Es findet regelmäßig ein runder Tisch zum Thema „Frühe Bildung – erfolgreich in der Neustadt sichern!“ statt (vgl. Landeshauptstadt Mainz; Schneider 2009). Unter Beteiligung der Bürger wird dabei an dem Aufbau einer Präventionskette gegen Kinderarmut gearbeitet (ebd.).	
Sozialraumbezug	In Kooperation mit empirica wurde eine Sozialraumanalyse durchgeführt und ein Wohnraumkonzept erstellt (vgl. Pfeiffer et al. 2012).	
Kooperationen/Netzwerke	Die Sozialplanung kooperiert im Rahmen der Sozialraumanalysen	

		mit den Diensten der anerkannten Träger der Jugendhilfe und der Wohlfahrtspflege (vgl. Pfeiffer et al. 2012; Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2016).
Ressortübergreifender Ansatz		Da das Amt für Jugend und Familie sowie das Amt für soziale Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern als öffentliche Träger die Planungshoheit haben, besteht zwischen beiden eine enge Kooperation. Dies manifestiert sich unter anderem in der Zusammenlegung der Jugendhilfeplanung und der Sozialplanung (vgl. ebd.).  In Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Bauen, Denkmalpflege und Kultur sowie dem Amt für Steuerung und Personal   Öffentlichkeitsarbeit wurde ein Verfahren zur Familienfreundlichkeitsprüfung in der Bauleitplanung entwickelt (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2011).
Dokumentation		Es liegen der Bericht zur Pflegestruktur, der Sozialbericht zur Lage der Kinderarmut in Mainz sowie eine Dokumentation zum Runden Tisch „Frühe Bildung – erfolgreich in der Neustadt sichern!“ vor (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2016; Landeshauptstadt Mainz; Schneider 2009).
Evaluation/Qualitätssicherung		Es existieren verschiedene Studien und Analysen zur Sozialstruktur der Stadt Mainz, wie beispielsweise die Übergangsstudie Mainz (vgl. Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister 2016).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

## 4.17 Landeshauptstadt München

In der bayerischen Landeshauptstadt München wohnten am 31. Dezember 2014 1.429.584 Menschen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Das Sachgebiet Sozialplanung gehört dem Sozialreferat an (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2016).

**Tabelle 19: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt München**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung ist eines der fünf Sachgebiete in der Zentrale des Sozialreferats (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Die einzelnen Sozialfachplanungen sind unterschiedlichen Steuerungsbereichen zugeordnet. Die Sozialplanung der Stadt München agiert als Bindeglied zwischen diesen Fachplanungen und ermöglicht so ein integriertes Vorgehen (vgl. Landeshauptstadt

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		München, Sozialreferat 2012: 9).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Eine Zunahme der Segregation in urbanen Räumen und eine Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen sind zu erkennen. Zudem schwächen die hohe Mobilität und die Anonymität tragfähige, kontinuierliche Solidargemeinschaften und Netzwerke. Auch die wachsende Ökonomisierung im Wohlfahrtssektor fordert zunehmend die Wirkungen sozialer Dienstleistungen zu messen, zu beschreiben und zu bewerten (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Neben kurz-, mittel- und langfristigen Planungsprojekten (zur Entwicklung integrierter Handlungsansätze in Quartieren, in „Gebieten mit besonderem Handlungsbedarf“ etc.) befasst sich die Sozialplanung mit Forschungs- und Sonderprojekten. Hierunter fallen Evaluationsprojekte zur Begleitung der Angebote von Diensten sowie intergenerative Vorhaben, die Zuständigkeitsbereiche verschiedener Dienststellen berühren (vgl. ebd.: 26f; 36f).
	Arbeit mit Daten	Über Leistung und Entwicklung des Sozialreferats informiert der jährlich erscheinende Bericht „München Sozial“. Der Münchner Armutsbericht und der regionale Sozialatlas ermöglichen einen Überblick über sozialstatistische Daten der Stadt (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2015b). Als Grundlage weiterer Planungsschritte stellt das Sozialmonitoring eine kontinuierliche Beobachtung der Planungsräume sicher (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2015a).
	Strategische SoP	Der Erarbeitung von Strategien und Zielen widmet sich der Bereich „Strategische Planung und Sozialberichterstattung“ der Sozialplanung. Dies umfasst die Organisation des Prozesses zur Zielfindung, wie auch die Vorbereitung der jährlichen Strategie-, Ziel- und Ressourcenklausuren (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 15).
Ziele und Leitbild		Ziel des Sozialreferats der Stadt München ist es „ <i>Voraussetzungen für eine solidarische Stadtgesellschaft in Verantwortung aller zu schaffen und durch sein Tätigwerden und seine Dienstleistungen Menschen in ihren Fähigkeiten zu stärken, ihr Leben selbst zu gestalten</i> “ (ebd.: 5). Im Rahmen ihrer strategischen Planung und Sozialberichterstattung sowie der raumbezogenen Planung arbeitet auch die Sozialplanung auf dieses Ziel hin (vgl. ebd.: 5f).
Zielgruppe		Ihrem integrierten Ansatz folgend, betrachtet die Sozialplanung verschiedene Zielgruppen sowie deren Lebenslagen übergreifend. Zielgruppenspezifische Planung ist bei den jeweiligen Fachplanungen angesiedelt (vgl. ebd.: 9).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Neben regelmäßigen Bürgerbefragungen (zuletzt 2000, 2005, 2010), deren Ergebnisse die Ausrichtung künftiger Planungen beeinflussen, sind lokale Akteure sowie Bürger in Form regionaler Planungsprojekte und Planungsrunden dazu eingeladen, sich am Planungsgeschehen zu beteiligen (vgl. Landeshauptstadt Mün-

		chen, Sozialreferat 2011: 4).
Sozialraumbezug		Die sozialraumbezogene Sozialplanung stellt einen von zwei Aufgabenbereichen dar (vgl. Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2016).
Kooperationen/Netzwerke		Die Sozialplanung der Stadt München hat eine Schlüsselposition im Netzwerk REGSAM (Regionalisierung sozialer Arbeit in München) (vgl. ebd.).
Ressortübergreifender Ansatz		Besonders hervorzuheben ist die Kooperation der Sozialplanung und des Referats für Stadtentwicklungsplanung. Im Zuge ihrer strategischen Ausrichtung ist die Sozialplanung im Entwicklungsprozess „Perspektive München“ beteiligt (Landeshauptstadt München, Sozialreferat 2012: 19). Die Veranstaltungsreihe „Planung im Dialog“ ermöglicht einen inhaltlichen Austausch zwischen der operativen und der steuernden Ebene im Sozialreferat und fördert das gegenseitige Verständnis der Positionen in den verschiedenen sozialpolitischen Handlungsfeldern (vgl. ebd.: 38).
Dokumentation		Ein ausführlicher Bericht über die kommunale Sozialplanung des Sozialreferats München ist online einsehbar (vgl. ebd.).
Evaluation/Qualitätssicherung		„zweiplus Beratung Entwicklung Evaluation“ begleitete und evaluierte für das Sozialreferat innovative Wohnprojekten für versorgungsbedürftige Menschen in München (vgl. Stockdreher 2011).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

#### 4.18 Stadt Neuss

Die kreisangehörige Stadt Neuss liegt im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Am 31. Dezember 2014 hatte sie 152.644 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015c). Eine Planung des Sozialen erfolgt in Neuss in der Stabsstelle Sozialplanung im Amt für Soziales, Wohnen und Rettungswesen (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2015a).

**Tabelle 20: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Neuss**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung der Stadt Neuss liegt in der Zuständigkeit der Stabsstelle Sozialplanung im Sozialamt. Diese untersteht direkt der Amtsleitung (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

Ausgangslage/Problemschwerpunkt		
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Die Sozialplanung führt unter anderem das Projekt „Neuss barrierefrei“ durch (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016c).
	Arbeit mit Daten	Die Erhebung sozialer Daten erfolgt anhand einer integrierten Berichterstattung sowie einem Sozialmonitoring (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016e).
	Strategische SoP	Es wurden unter anderem das Handlungskonzept „Demografie“ (vgl. Stadt Neuss 2013) sowie das Konzept „Bezahlbarer Wohnraum in Neuss 2030“ (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016a) erarbeitet.
Ziele und Leitbild		Die Sozialplanung verfolgt die Ziele einer stärkeren Sozialraumorientierung und eines effizienteren Ressourceneinsatzes (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2015a). Darüber hinaus wurden Handlungsempfehlungen als Reaktion auf den demografischen Wandel erarbeitet (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016g).
Zielgruppe		Die Sozialplanung der Stadt Neuss agiert übergreifend und spricht verschiedene Zielgruppen an. Im Fokus der Arbeit des Sozialamtes stehen dabei insbesondere sozial Benachteiligte, Jugendliche und Senioren (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016h).
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Neben regelmäßigen Bürgerinformationssitzungen (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016b) wird regelmäßig ein Runder Tisch zum Thema „Barrierefreiheit“ veranstaltet (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016d).
Sozialraumbezug		Die Bezirke der Stadt Neuss werden als Planungsgrundlage für die integrierte Sozialplanung herangezogen (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2015b).
Kooperationen/Netzwerke		Projekte der Sozialplanung werden in der Regel in Kooperation mit verschiedenen Trägerschaften der Sozialen Arbeit in Neuss (vgl. Stadt Neuss, Sozialmonitoring 2015: 2) und Akteuren des Neusser Wohnungsmarktes (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016a) durchgeführt.
Ressortübergreifender Ansatz		Ein ressortübergreifendes Vorgehen findet sich in der Stadt Neuss vor allem im Integrationsbüro, das gemeinsam mit der Stabsstelle Sozialplanung im Amt für Soziales, Wohnen und Rettungswesen angesiedelt ist und seine Zuständigkeit insbesondere in der „dezernatsübergreifende[n] Koordinierung der Querschnittsaufgabe ‚Integration‘“ (Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016i) sieht.
Dokumentation		Entwicklungen in der Stadt Neuss werden im Sozial- und Jugendbericht dokumentiert. Dieser wird alle drei Jahre fortgeschrieben (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016e).

Evaluation/Qualitätssicherung		Im Zuge der Sozialberichterstattung wurde eine quantitative Befragung verschiedenerer Akteure der Sozialen Arbeit durchgeführt (vgl. Stadt Neuss, Sozialmonitoring 2015).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	Die Stadt Neuss hat das Signet „Neuss barrierefrei“ verliehen bekommen, welches über barrierefreie Gebäude und Einrichtungen innerhalb des Stadtgebiets informiert (vgl. Stadt Neuss, der Bürgermeister 2016f).
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

#### 4.19 Landkreis Potsdam-Mittelmark

In Brandenburg liegt der Landkreis Potsdam-Mittelmark, in dem am 31. Dezember 2014 207.498 Menschen lebten (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Dort verfolgt der Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling eine integrierte Sozialplanung (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Landrat 2015).

**Tabelle 21: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Potsdam-Mittelmark**

Organisationseinheit		Die integrierte Sozialplanung des Landkreises Potsdam-Mittelmark ist im Fachbereich 5 - Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit im Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling eingegliedert (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen		Die Integrierte Sozialplanung unterstützt die Planungen der Fachbereiche für Kindertagesbetreuung, Jugendhilfeplanung, Kulturentwicklungsplanung, Schulentwicklungsplanung, Sportstättenentwicklungsplanung sowie Altenhilfe- und Behindertenhilfeplanung (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2008: 2f).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt		Durch den Anstieg der Komplexität von sozialen Problemen sowie aufgrund von Finanzierungsproblemen ist es notwendig, die vorhandenen Ressourcen gezielt und wirtschaftlich einzusetzen (vgl. ebd.: 3).
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Die Sozialplanung des Landkreises Potsdam-Mittelmark agiert zielgruppenübergreifend (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Landrat 2015).
	Arbeit mit Daten	Die Arbeit mit Daten erfolgt im Rahmen der Sozialberichterstattung mit Hilfe von Sozialraumprofilen und Ressourcenkarten für einzelne Sozialräume (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2010).  In den Jahren 2010 und 2012 sind zwei Demografieberichte er-

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		schiene (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013: 3f).
	Strategische SoP	Die Sozialplanung in Potsdam-Mittelmark nimmt in Verbindung mit dem Controlling ein zentrales Instrument der Steuerungsunterstützung im strategischen Steuerungskreislauf ein (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2008: 3).
Ziele und Leitbild		Die Sicherstellung der Daseinsicherung und der Daseinsvorsorge ist ein Ziel der Sozialplanung in Potsdam-Mittelmark. Des Weiteren soll im Zuge der Sozialplanung und ihrer gesellschaftlichen Funktion regionale Ungerechtigkeit abgebaut und soziale Gerechtigkeit ausgebaut werden (vgl. ebd.: 3).
Zielgruppe		
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Die Beteiligung aller Gemeinden des Landkreises wird durch regelmäßige Institutionen, wie das Regionale Sozialforum, die Regionalgespräche „Schule“ und die AG „Bildungswerkstatt“, sichergestellt. Weitere Gremien, die von der Sozialplanung unterstützt werden, ermöglichen die Beteiligung der im Landkreis lebenden Menschen und der thematisch tangierten Akteure, wie beispielsweise das Kreisentwicklungsforum und die AG Kooperation Schule-Jugendhilfe (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013: 5).
Sozialraumbezug		Der Landkreis wurde in 19 Sozialräume, bestehend aus Ämtern, Städten und amtsfreien Gemeinden und vier Planregionen eingeteilt, für die Ressourcenkarten und Sozialraumprofile erarbeitet wurden (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Landrat 2015).
Kooperationen/Netzwerke		Um einen kontinuierlichen Austausch zwischen Landkreis und Gemeinden sicherzustellen, finden zweimal jährlich regionale Sozialforen statt (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013: 5).
Ressortübergreifender Ansatz		Die Sozialplanung unterstützt die Fachplanung der Fachdienste und fungiert dabei als Bindeglied. Zudem ist die Sozialplanung als integrierter Bestandteil der Kreisentwicklungsplanung anzusehen und bringt soziale Belange in die Planungen anderer Ressorts ein, wie in den Bereichen der Wirtschaftsförderung und des Verkehrs (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2008: 2).
Dokumentation		Die Inhalte der integrierten Sozialplanung des Landkreises Potsdam-Mittelmark sind online einsehbar (vgl. Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling 2013).
Evaluation/Qualitätssicherung		

Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster B: Sozialplanung mit zielgruppenübergreifendem Steuerungsansatz

## 4.20 Landkreis Schmalkalden-Meiningen

Am 31. Dezember 2014 wohnten im Thüringer Landkreis Schmalkalden-Meiningen 125.056 Personen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Der Fachbereich Gesundheit, Jugend und Soziales ist für die landkreisweite Sozialplanung zuständig (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).

**Tabelle 22: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Schmalkalden-Meiningen**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung des Landkreises Schmalkalden-Meiningen ist dem Fachbereich Gesundheit, Jugend und Soziales zugeordnet und untersteht direkt der Fachbereichsleitung (vgl. ebd.).	
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Der Sozialplanung gehören die Jugend- und Altenhilfeplanung an (vgl. ebd.).	
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Aktuelle Hintergründe für die Durchführung einer Sozialplanung sind insbesondere die demografischen Veränderungen sowie der Einwohnerverlust im Landkreis (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016c).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	
	Arbeit mit Daten	Die Sozialplanung ist unter anderem für die Erstellung und Fortschreibung des Sozialberichts, des demografischen Berichts sowie des Jugendhilfe- und Altenhilfeplanes zuständig (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).
	Strategische SoP	Es wird jährlich ein Bedarfsplan für Kindertagesstätten und Tageseinrichtungen fortgeschrieben (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit 2015). Des Weiteren wurde ein Jugendförderplan für den Zeitraum von 2015 bis 2017 erarbeitet (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit 2014).
Ziele und Leitbild	Durch die Sozialplanung werden „Bedürfnisse und Lebenslagen ermittelt und beschrieben. Mit Hilfe der Sozialberichterstattung werden vorausschauend soziale Unterstützungssysteme entwickelt und überprüft“ (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).	
Zielgruppe	Die Sozialplanung agiert übergreifend und richtet sich an verschiedene Zielgruppen (vgl. ebd.).	

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen		Seit dem Jahr 2000 schreibt die Sozialplanung alle zwei Jahre einen „Sozialen Wegweiser“ fort. Dieser bietet den Bürgern eine Orientierungshilfe bei der Suche nach öffentlichen und privat organisierten sozialen Dienstleistungen (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit 2014).
Sozialraumbezug		Der Landkreis wurde in ländliche und innerstädtische Sozialräume unterteilt. Diese sind in einer Sozialraumkarte abgebildet (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016b).  Eine ausführliche Analyse und Darstellung der Sozialraumdaten erfolgt in den Sozialberichten der Jahre 2012 und 2015 (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit 2012; Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016c).
Kooperationen/Netzwerke		Die Umsetzung der Handlungsstrategien des Landkreises erfolgt in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren (z.B. Sozial- und Jugendamt, Agentur für Arbeit, Gemeinden, freien Trägern, Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen etc.) (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).
Ressortübergreifender Ansatz		Im Landratsamt Schmalkalden-Meiningen sind die Bereiche Soziales und Gesundheit in einem Fachbereich vereint. Zwischen den einzelnen Fachdiensten besteht eine enge Zusammenarbeit. Über Kooperationen mit weiteren Ressorts konnten keine Informationen gewonnen werden (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).
Dokumentation		Die sozialen Entwicklungen im Landkreis werden in Form von Berichten dokumentiert (vgl. Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2015).
Evaluation/Qualitätssicherung		Der Landkreis hat zum Jahr 2010 Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der öffentlichen Altenhilfe aufgestellt (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016a).  Auch für die Jugendarbeit und die Förderung der Wohlfahrtsverbände wurden Richtlinien erarbeitet (Landratsamt Schmalkalden-Meiningen 2016d).
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen

## 4.21 Kreis Unna

Der Kreis Unna in Nordrhein-Westfalen hatte am 31. Dezember 2014 391.774 Einwohner (vgl. Statistisches Bundesamt 2015b). Der Bereich „Sozialplanung und Demografie“ des Kreises ist der Stabsstelle Planung und Mobilität zugeordnet (vgl. Pauels; Meister 2014: 42).

**Tabelle 23: Good-Practices-Kriterien im Kreis Unna**

Organisationseinheit	Der Aufgabenbereich „Sozialplanung und Demografie“ wurde im Rahmen der Neustrukturierung 2011 der Stabsstelle Planung und Mobilität zugeordnet (ebd.: 42).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	Die Sozialplanung umfasst die Altenplanung und die Pflegeinfrastrukturplanung (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015e).
Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Der Fokus liegt neben den Problemlagen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, auf Themen wie Einkommensarmut und Inklusion (vgl. ebd.).
Sozialplanungsansatz	<p>Projektarbeit</p> <p>Die Koordinierungsstelle Seniorenarbeit, die der Sozialplanung angehört, hat von 2004 bis 2008 unter Federführung des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) das Modellprojekt „Persönliches Pflegebudget“ durchgeführt und ausgewertet. Dieses Projekt wurde vom Land NRW gefördert. (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015a)</p> <p>Im Jahr 1999 wurde zum Projekt „Senioren helfen Senioren“ aufgerufen. In diesem Rahmen finden bis heute einmal jährlich Präventionsseminare zum Thema „Gewalt gegen ältere Menschen“ statt (vgl. Kreis Unna; Preising 2009).</p>
	<p>Arbeit mit Daten</p> <p>Im Jahr 2009 wurde vom Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie und der Sozialplanung ein Sozialbericht zum Thema „Einkommen und Transferleistungen“ für den Kreis Unna angefertigt (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2009).</p> <p>Die Sozialplanung hat des Weiteren im Jahr 2012 einen Pflegebericht für den Kreis Unna ausgearbeitet. <i>„Dieser Bericht ist eine Bestandsaufnahme der Versorgungsstruktur sowie der Kostenentwicklung in der ambulanten und stationären Pflege im Kreis Unna“</i> (Kreis Unna, der Landrat 2012: 3).</p>
	<p>Strategische SoP</p> <p>Im Jahr 2015 wurde ein Pflegebedarfsplan erarbeitet. Auf Grundlage der Bedarfsanalyse einzelner Kommunen erfolgte die Zielformulierung und Feststellung des Bedarfs an zusätzlichen Plätzen in Pflegeheimen bis 2018 (vgl. Kreis Unna; Zakel 2015).</p> <p>Im Hinblick auf das Themenfeld Inklusion konnte eine <i>„integrierte strategische Ausrichtung [...] durch das gemeinsame Handlungsprogramm ‚Kreis Unna inklusiv‘ erreicht werden“</i> (vgl. Pauels; Meister 2014: 46).</p>
Ziele und Leitbild	Die Sozialplanung zielt insbesondere auf die Planung einer bedarfsgerechten Infrastruktur – insbesondere für ältere Menschen

	<p>– ab. Zudem soll die Integration älterer Personen mit Zuwanderungsgeschichte gezielt in den Fokus gerückt und ehrenamtliches Engagement gestärkt werden. Auch der Aufbau und Erhalt von Netzwerken ist Ziel der Sozialplanung (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015c).</p>
Zielgruppe	<p>Der Bereich „Sozialplanung und Demografie“ agiert zielgruppenübergreifend. Die zugeordneten Aufgabenbereiche, wie das Bündnis Familie oder die Koordinierungsstelle Seniorenarbeit, arbeiten zielgruppenspezifischer und richten sich insbesondere an Senioren, deren (pflegende) Angehörige, Menschen mit Behinderung sowie Familien (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015e).</p>
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	<p>Zur kreisweiten Stärkung der Seniorenbeteiligung und des Ehrenamtes sowie zur Förderung des Austausches zwischen Altenhilfeorganisationen und Senioren haben seit 2001 mehrere Kreis-seniorentage und Kreissenienorenkonferenzen stattgefunden (vgl. Kreis Unna; Zakel 2014).</p> <p>Es wurde ein virtueller Wegweiser für Senioren erstellt, dem interessierte oder hilfeschende Senioren Informationen über Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangebote entnehmen können (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015b).</p>
Sozialraumbezug	<p>Anhand einer 2013 durchgeführten Status Quo-Analyse sowie Ergebnissen verschiedener seit 2011 durchgeführter Fachveranstaltungen konnten Informationen über eine demografiegerechte Quartiersentwicklung erlangt werden (vgl. Pauels; Meister 2014: 44).</p> <p><i>„Die Kooperation zwischen räumlicher Planung und Sozialplanung im Kreis Unna lässt sich als Erfolg werten. Erste Ergebnisse sind die Implementierung sozialplanerischer Aspekte in den Zukunftsdialog für den Bereich ‚Zukunft. Wohnen im Kreis Unna‘ sowie das Handlungsprogramm ‚Kreis Unna inklusiv‘, das wichtige Impulse für das kreisbezogene Handeln setzt“ (vgl. ebd.: 47).</i></p>
Kooperationen/Netzwerke	<p>Die Sozialplanung und Koordinierungsstelle Seniorenarbeit hat im Kreis Unna ein Netzwerk der Altenarbeit initiiert. Das dichte Netzwerk fungiert auch als „Frühwarnsystem“ für Bedarfe, Probleme und Fehlentwicklungen. Zu den Mitgliedern zählen verschiedene Fachbereiche, Verwaltungen, Organisationen und Beratungsstellen aus dem Bereich der Altenhilfe und Pflege (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015b).</p>
Ressortübergreifender Ansatz	<p>In der Stabsstelle Planung und Mobilität sind verschiedene Fachplanungen, wie die Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, die Nahverkehrsplanung und die Sozialplanung vereint. Sie behandelt bereichsübergreifende Themen und arbeitet querschnittsorientiert (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015g; Kreis Unna, der Landrat 2016).</p> <p>Im Bereich Sozialplanung und Demografie wird der Mehrwert eines ressortübergreifenden Vorgehens, beispielsweise in Form</p>

		einer „Vernetzung von Stadtplanung, Wohnberatung des Kreises sowie unterschiedlicher Angebote auf Seiten der Energieberatung“ (vgl. Pauels; Meister, 2014: 46), vor allem in der Vermeidung von Parallelstrukturen gesehen (vgl. Pauels; Meister, 2014: 98). Aus diesem Grund ist in Zusammenarbeit mit der „NRW.URBAN Service GmbH“ ein Modellprojekt geplant, das „am Beispiel verschiedener Quartiere innovative Wege der energetischen Sanierung, neue Modelle der Beratung sowie innovative Finanzierungsmöglichkeiten“ (vgl. Pauels; Meister 2014: 46) aufzeigen soll.
Dokumentation		Die Themen der Sitzungen im Netzwerk Altenarbeit 2014/ 1. Halbjahr 2015 wurden protokollarisch zusammengefasst (vgl. Kreis Unna; Meister 2015).  Die Sitzungen der Kreissenorenkonferenzen wurden seit 2004 dokumentiert und sind online einsehbar (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015d).  Zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ haben 2012 und 2013 zwei Fachtagungen stattgefunden. Diese wurden protokolliert (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015f.).
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte, Erfolge	
	Modellcharakter	Der Kreis Unna hat als einzige Modellregion in NRW an dem Modellprojekt „Persönliches Pflegebudget“ teilgenommen (vgl. Kreis Unna, der Landrat 2015a).
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster E: Fachbereichsübergreifende Planung

## 4.22 Landeshauptstadt Wiesbaden

In der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden lebten am 31. Dezember 2014 275.116 Menschen. Die Sozialplanung zählt in Wiesbaden zu den Aufgaben des Amtes für Soziale Arbeit (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016b).

**Tabelle 24: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Wiesbaden**

Organisationseinheit	Die Sozialplanung der Stadt Wiesbaden wird durch das Amt für Soziale Arbeit und Sozialplanung durchgeführt (vgl. ebd.).
Zugeordnete Sozialfachplanungen	In die Sozialplanung der Stadt Wiesbaden sind die Jugendhilfeplanung, einschließlich der Bildungsförderung, die Alten- und Behindertenhilfeplanung, die Planung im Bereich der Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter, die Planung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Beschäftigungsförderung sowie die sozialräumliche Entwicklungsplanung eingebunden (vgl. Stadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016b).

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

Ausgangslage/Problemschwerpunkt	Eines der Schlüsselthemen der Sozialplanung ist die Bekämpfung von Armut in Familien. Im Blickfeld sind darüber hinaus riskante Lebenslagen und der demografische Wandel (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit 2015: 15).	
Sozialplanungsansatz	Projektarbeit	Im Zuge der Sozialplanung werden durch die zugeordneten Sozialfachplanungsstellen verschiedene Projekte durchgeführt. Exemplarisch kann hierfür das Projekt „Nachsorge, Überleitungs- und Zugangsmanagement an der Schnittstelle von Akutversorgung und geriatrischer Rehabilitation“ genannt werden. Das Projekt wurde im Zeitraum von 2004 bis 2007 in Zusammenarbeit mit dem Wiesbadener Netzwerk für geriatrische Rehabilitation (GeReNet) und unter wissenschaftlicher Begleitung des Instituts für Gerontologie der Universität Heidelberg durchgeführt (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2006).
	Arbeit mit Daten	Zur Erhebung der städtischen Datenlage werden diverse Berichte, wie beispielsweise die Berichterstattung zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2014a) und dem Wiesbadener Familienbericht (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2014b), verfasst. Zudem liegen Analysen, wie die Schnittstellenanalyse zur Versorgung älterer Menschen nach Klinikaufenthalten in Wiesbaden (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2006), vor.
	Strategische SoP	Aus dem Handlungsprogramm „Alle Chancen für...!“ 2014/2015 werden verschiedene Handlungsstrategien abgeleitet. Hierzu zählen unter anderem der Aufbau einer Präventionskette, die Implementierung und Steuerung einer Lernförderinfrastruktur (BuT-Paket) sowie ein Monitoringkonzept (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit 2015: 15).
Ziele und Leitbild	Ziel der Sozialplanung ist die bedarfsgenaue, partizipative und wirtschaftliche Entwicklung sozialer Produkte und Dienstleistungen. (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016a).	
Zielgruppe	Die Sozialplanung handelt zielgruppenübergreifend (vgl. ebd.).	
Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen	Im Zuge der Stadtanalysen zum Thema „Leben in Wiesbaden“ werden die Wiesbadener Bürger regelmäßig zu ihrer persönlichen Lebens- und Wohnsituation (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2015) oder auch zu Elternwünschen (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2013) befragt. Darüber hinaus wurden in Workshops Leitlinien zur Bürgerbeteiligung entwickelt (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016c).	
Sozialraumbezug	Im Zeitraum von 2005 bis 2011 wurde eine Sozialraumanalyse durchgeführt. Diese diente der Erhebung sozialer Bedarfslagen in	

Gute Beispiele integrierter Sozialplanung in Deutschland

		<p>den Stadtteilen (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2014c).</p> <p>Ein Sozialatlas liefert Informationen über die stadtteilbezogenen Sozial- und Bevölkerungsdaten (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2016).</p>
Kooperationen/Netzwerke		<p>Die Sozialplanung arbeitet in der Durchführung von Projekten sowie anlässlich der Berichterstattung mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen. Exemplarisch können das Wiesbadener Netzwerk für geriatrische Rehabilitation (GeReNet) und die Zusammenarbeit mit dem Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg genannt werden (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit 2006).</p>
Ressortübergreifender Ansatz		<p>Die Sozialplanung der Landeshauptstadt Wiesbaden sieht ihre Zuständigkeit unter anderem in der Begleitung von Stadtentwicklungsprozessen. Aus diesem Grund begleitet sie insbesondere neue Wohnungsbauvorhaben, um „durch eine öffentliche Wohnungsbauförderung in allen Neubauprojekten mindestens 15 Prozent der Wohnungen mit einer Zielmiete <math>\leq 6,50</math> Euro je Quadratmeter Kaltmiete anbieten zu können“ (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016e). Um aktiv an der Gestaltung des Wiesbadener Wohnungsmarktes mitzuwirken, besteht unter anderem ein Kooperationsprojekt zwischen dem Amt für Soziale Arbeit, dem Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, der GWW + SEG sowie dem Gutachterausschuss für Immobilienpreise (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik; Hepp 2011).</p>
Dokumentation		<p>Tagungsdokumentationen sowie Berichte der Sozialplanung sind online einsehbar (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016a).</p>
Evaluation/Qualitätssicherung		
Nachhaltigkeit	Nächste Schritte	
	Modellcharakter	<p>Der Ansatz der Wiesbadener Sozialplanung wurde unter dem Aufsatz „Dimensionen von Sozialplanung in den Kommunen und der Stellenwert von Jugendhilfeplanung“ von Heiner Brülle und Beate Hock im Herausgeberband „Handbuch der Jugendhilfeplanung“ (Maykus; Schone 2010) veröffentlicht (vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister 2016a).</p>
Organisationsmuster (s. Kapitel 3)		Muster C: Koordination sozialer Fachplanungen

## 5 Verzeichnisse

### 5.1 Literaturverzeichnis

- Amrhein, L.; Backes, G. M. (2012): Wie Kommunen für das Alter(n) planen können: regionale Herausforderungen einer demographiesensiblen Sozialplanung für das Alter(n) am Beispiel des Landkreises Vechta (Niedersachsen). In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Vol. 45, Nr. 5. Heidelberg, Springer Verlag Medizin. S. 379-384.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2015): Statistisches Jahrbuch 2015. Berlin. Online: [https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Jahrbuch/jb2015/JB\\_201501\\_BE.pdf](https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/produkte/Jahrbuch/jb2015/JB_201501_BE.pdf) [letzter Zugriff am 18.02.2016].
- Bezirksamt Altona (2016): Integrierte Stadtteilentwicklung in Altona. Online: <http://www.hamburg.de/altona/rise/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 11.02.2016].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2010): Vorläufiges Handlungskonzept Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Bezirk Altona. Online: <http://www.hamburg.de/contentblob/4047334/data/download-strategiepapier.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2014): Sozialraumbeschreibung. Planungsraum 2. Altona Nord. Online: <http://www.hamburg.de/contentblob/4370566/data/sozialraum-altona-nord.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2015a): Altonaer Handlungskonzept Integration. Online: <http://www.hamburg.de/altona/soziales/integrierte-sozialplanung/integration/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2015b): Fachamt Sozialraummanagement. Integrierte Sozialplanung. Online: <http://www.hamburg.de/altona/integrierte-sozialplanung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2015c): Bildungskoordination im Bezirksamt Altona. Online: <http://www.hamburg.de/altona/soziales/integrierte-sozialplanung/bildungskoordination/> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Bezirksamt Altona, Fachamt Sozialraummanagement (2016): Fachamt Sozialraummanagement. Partizipation. Online: <http://www.hamburg.de/altona/partizipation/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2008): Leitbild Lokale Agenda Charlottenburg-Wilmersdorf. Online: [//www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltschutz/nachhaltigkeit/artikel.112825.php](http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltschutz/nachhaltigkeit/artikel.112825.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].

- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015a): Netzwerk Frühe Hilfen. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheitsfoerderung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015b): Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf. Projektvorstellung. Online: [https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksamt/personal-und-finanzen/2015\\_04\\_pfd\\_projektvorstellung.pdf](https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksamt/personal-und-finanzen/2015_04_pfd_projektvorstellung.pdf) [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015c): Runder Tisch Elternbildung. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/jugendamt/familien/lokales-buendnis-fuer-familie/artikel.205790.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015d): Sozialplanung. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/sozialplanung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015e): Wegweiser zu Mitsprachemöglichkeiten - Bezirkselfernausschuss Kindertagesstätten. Online: <http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltschutz/nachhaltigkeit/artikel.112645.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin (2015f): Wegweiser zu Mitsprachemöglichkeiten. Runder Tisch 21. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltschutz/nachhaltigkeit/artikel.112648.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr (2009): Rundum gesund? Dokumentation der Gesundheitskonferenz. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/ueber-den-bezirk/dokumentation-der-gesundheitskonferenz-zur-kinder-und-jugendgesundheit-rundum-gesund.pdf> [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr (2015): Rauchverhalten von Oberschülerinnen und Oberschülern. Gesundheitsberichterstattung. Online: [https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheits-und-sozialberichterstattung/mdb-rauchverhalten\\_oberschueler.pdf](https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheits-und-sozialberichterstattung/mdb-rauchverhalten_oberschueler.pdf) [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Bischof, C.; Weigl, B. (2010): Handbuch innovative Kommunalpolitik für ältere Menschen. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

- Blaumeiser, H.; Klie, T. (Hg.) (2002): Fürs Alter planen. Beiträge zur kommunalen Altenplanung. Bericht 18 der Kontaktstelle für Praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule. Freiburg.
- BZgA (2011): Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Ansatz – Beispiele – weiterführende Informationen. 5. erweiterte und überarbeitete Auflage.
- Caritasverband Wetzlar; Lahn-Dill-Eder e.V.; Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises (2012): Partizipative Sozialplanung im Lahn-Dill-Kreis. Fachtagung. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/2012-11-16\\_MAIS\\_Partizipative\\_Sozialplanung\\_im\\_LDK.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/2012-11-16_MAIS_Partizipative_Sozialplanung_im_LDK.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Dick, O. (2007): Qualitätsmanagement. In: Feuerhelm, W. (Hg.): Taschenlexikon der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 5., völlig neu bearbeitete Auflage. Wiebelsheim, Quelle und Meyer Verlag. S. 369-370.
- Döhner, H. (1993): Sozial- und Gesundheitsplanung für ältere Menschen in Europa. Versorgung, Bürgerbeteiligung, Vernetzung. Münster [unter anderem], Lit Verlag.
- Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit (2015): Flyer „mitgestALTER“. Online: [http://www.ehs-dresden.de/mitgestalter/media/Oybin/2012\\_06\\_Flyer\\_Oy\\_\(Efa\).pdf](http://www.ehs-dresden.de/mitgestalter/media/Oybin/2012_06_Flyer_Oy_(Efa).pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Fachhochschule Münster (2008): Kundenzufriedenheitsanalyse. Messung der Kundenzufriedenheit in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen im Rahmen des Qualitätsmanagements für den Kreis Heinsberg. Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/download\\_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Ergebnisse%20zur%20Kundenbefragung%20in%20der%20ambulanten%20und%20station%E4ren%20Altenpflege%20im%20Kreis%20Heinsberg.pdf](http://www.kreis-heinsberg.de/download_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Ergebnisse%20zur%20Kundenbefragung%20in%20der%20ambulanten%20und%20station%E4ren%20Altenpflege%20im%20Kreis%20Heinsberg.pdf) [letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Feldmann, U.; Kühn, D. (Hg.) (2005): Steuerungsunterstützung durch Sozialplanung und Controlling auf kommunaler Ebene. Arbeitsbuch 13. Berlin, Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- Feldmann, U. et al. (1986): Handbuch der örtlichen Sozialplanung. Schrift 265. Frankfurt/Main, Eigenverlag des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge.
- Feuerhelm, W. (2007): Taschenlexikon der Sozialarbeit. Wiebelsheim, Quelle und Meyer Verlag.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (2015): Problemlagen erkennbar machen. Sozialmonitoring. Online: <http://www.hamburg.de/sozialmonitoring/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Geschäftsstelle Städtenez Soziale Stadt NRW (2015a): Potenziale und Probleme. Online: [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile\\_projekte/potenziale\\_probleme.php](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/potenziale_probleme.php) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Geschäftsstelle Städtenez Soziale Stadt NRW (2015b): Programmhintergrund. Online: <http://www.soziale-stadt.nrw.de/programmhintergrund/> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Geschäftsstelle Städteregion Aachen (2008): Zukunftsprogramm Städteregion Aachen. Forum Soziales III. Dokumentation zum Fachforum am 29.02.2008. Online:

- [http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA\\_CI/resource?contentId=QzEyNTcyREYwMDQ1ODY0Q3w3V0tLMkwwNDVNRURBMjAwOTEwMDYxNjMxMThkZWZvcnVtX3NvemlhbGVzMy5wZGY\\*](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA_CI/resource?contentId=QzEyNTcyREYwMDQ1ODY0Q3w3V0tLMkwwNDVNRURBMjAwOTEwMDYxNjMxMThkZWZvcnVtX3NvemlhbGVzMy5wZGY*) [letzter Zugriff am 05.01.2016].
- Grunow, D. et al. (2011): Vereinbarte Verbindlichkeit im administrativen Mehrebenensystem: Kommunalisierung im Sozialsektor. Wiesbaden, Springer VS.
- Hamburger, F. (1996): Kommunale Sozialplanung für und mit älteren Migranten. In: Iza. Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4. Frankfurt am Mai, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. S. 47-55.
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (2013): Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Bericht des ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/\\_galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Pflegesozialplan\\_LUP\\_2013.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/_galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Pflegesozialplan_LUP_2013.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (2014): Bericht des ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH. Evaluation zum Integrationskonzept der Stadt Aachen. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/integration/dokumente\\_pdf/integrationskonzept\\_evaluation.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/integration/dokumente_pdf/integrationskonzept_evaluation.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Jugend- und Freizeitzentrum Bahrenfeld (2016): Netzwerk für Kinder- und Jugendbeteiligung. Wer wir sind. Online: [http://www.jugendbeteiligung-altona.de/?q=Wer\\_wir\\_sind](http://www.jugendbeteiligung-altona.de/?q=Wer_wir_sind) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Kreis Aachen (2016): Miteinander. Integrationskonzept des Kreises Aachen. Online: [http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA\\_CI/resource?contentId=QzEyNTcyREYwMDQ1ODY0Q3w3V0xHOFg4NDZNRURBMjAwOTEwMDcxNDA3NTJkZUJludGVncmF0aW9uc2tvbnplcHQucGRm](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/PA_CI/resource?contentId=QzEyNTcyREYwMDQ1ODY0Q3w3V0xHOFg4NDZNRURBMjAwOTEwMDcxNDA3NTJkZUJludGVncmF0aW9uc2tvbnplcHQucGRm) [letzter Zugriff am 05.01.2016].
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis (2009): Sozialbericht 2008. Ein soziostruktureller Überblick. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte\\_sozialplanung/Sozialbericht\\_2008.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte_sozialplanung/Sozialbericht_2008.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis, Fachbereich Bildung, Jugend und Soziales (2011): Inklusion. Viel mehr als nur ein neuer Begriff!? Dokumentation der Informationsveranstaltung. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/inklusion\\_veranstaltung/Dokumentation\\_INKLUSION\\_30082011.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/inklusion_veranstaltung/Dokumentation_INKLUSION_30082011.pdf) [letzter Zugriff am 16.02.2016].
- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis (2015a): Kreispflegekonferenzen. Lahn-Dill-Kreis veröffentlicht Altenhilfeplan 2012. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/de/lebenimlahndillkreis/gesellschaftsoziales/Iteremenschen/altenhilfeplnekreispflegekonferenz/altenhilfeplnekreispflegekonferenz\\_1.html](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/de/lebenimlahndillkreis/gesellschaftsoziales/Iteremenschen/altenhilfeplnekreispflegekonferenz/altenhilfeplnekreispflegekonferenz_1.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 28.12.2015].

- Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreis (2015b): Sozialplanung. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/de/lebenimlahndillkreis/gesellschaftsoziales/sozialplanung/sozialplanung\\_1.html](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/de/lebenimlahndillkreis/gesellschaftsoziales/sozialplanung/sozialplanung_1.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2014): Kommunale Pflegeplanung. Örtliche Planung. Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/download\\_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Kommunale%20Pflegeplanung%20Endfassung-%20K%20-%20%2C%2001.01.pdf](http://www.kreis-heinsberg.de/download_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Kommunale%20Pflegeplanung%20Endfassung-%20K%20-%20%2C%2001.01.pdf) [letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2015): Örtliche Planung. Verbindliche Bedarfsplanung des Kreises Heinsberg gem. § 7 Abs. 6 APG. 2015-2018. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/formulare-dokumente/?ID=884> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016a): Älter werden im Kreis Heinsberg. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=547> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016b): Leben im Quartier. Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front\\_content.php?idcat=137&ID=665](http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?idcat=137&ID=665) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016c): Sozialberichterstattung. Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front\\_content.php?idart=147&idcatart=161&ID=237](http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?idart=147&idcatart=161&ID=237) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016d): Sozialmonitoring. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=757> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016e): Sozialplanung. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/servicebereiche/servicebereiche.html?ID=233&PHPSESSID=0b891fc7f046f36c0827e442298f2579> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 13.01.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016f): Kommunale Pflegeplanung (2015-2018). Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front\\_content.php?idcat=137&ID=753](http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?idcat=137&ID=753) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016g): Pflegeüberleitung im Kreis Heinsberg. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=567> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 18.02.2016].
- Kreis Heinsberg, der Landrat (2016h): ÖPNV. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=623> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 18.02.2016].
- Kreis Heinsberg; Machat, L. (2015): Niederschrift der 3. Kommunalen Konferenz Alter und Pflege am 19.05.2015. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/formulare-dokumente/?ID=976> [letzter Zugriff am 13.01.2016].

- Kreis Unna, der Landrat (2009): Sozialbericht für den Kreis Unna. Einkommen und Transferleistungen. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/50/pdf/ZaSozialbericht\\_relative\\_Armut\\_2009Endversion2.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/50/pdf/ZaSozialbericht_relative_Armut_2009Endversion2.pdf) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2012): Bericht zur Situation der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege und zur Eingliederungshilfe Wohnen im Kreis Unna. Bestandsaufnahme der Versorgungsstruktur. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/195-12\\_Anlage1\\_Pflegebericht\\_2012.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/195-12_Anlage1_Pflegebericht_2012.pdf) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015a): Modellprojekt "Persönliches Pflegebudget". Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/politik\\_verwaltung/kreisverwaltung/planung\\_und\\_mobilitaet/senioren\\_koordinierungsstelle\\_seniorenarbeit\\_netzwerk\\_altenarbeit/rund\\_um\\_die\\_pflege/modellprojekt\\_persoeliches\\_pflegebudget.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet/senioren_koordinierungsstelle_seniorenarbeit_netzwerk_altenarbeit/rund_um_die_pflege/modellprojekt_persoeliches_pflegebudget.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015b): Senioren. Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/leben\\_im\\_kreis/senioren.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/leben_im_kreis/senioren.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015c): Senioren, Koordinierungsstelle Seniorenarbeit, Netzwerk Altenarbeit. Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/politik\\_verwaltung/kreisverwaltung/planung\\_und\\_mobilitaet/senioren\\_koordinierungsstelle\\_seniorenarbeit\\_netzwerk\\_altenarbeit.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet/senioren_koordinierungsstelle_seniorenarbeit_netzwerk_altenarbeit.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015d): Seniorenkonferenz. Protokolle der Sitzungen. Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/politik\\_verwaltung/kreisverwaltung/planung\\_und\\_mobilitaet/kreissenienorenkonferenz/protokolle\\_der\\_sitzungen\\_pdf.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet/kreissenienorenkonferenz/protokolle_der_sitzungen_pdf.html) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015e): Sozialplanung und Demografie. Online: <http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis-region/politik-verwaltung/kreisverwaltung/planung-und-mobilitaet/sozialplanung-und-demografie.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015f): Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/politik\\_verwaltung/kreisverwaltung/planung\\_und\\_mobilitaet/sozialplanung\\_und\\_demografie/vereinbarkeit\\_von\\_beruf\\_und\\_pflege.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet/sozialplanung_und_demografie/vereinbarkeit_von_beruf_und_pflege.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna, der Landrat (2015g): Planung und Mobilität. Online: [http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis\\_region/politik\\_verwaltung/kreisverwaltung/planung\\_und\\_mobilitaet.html](http://www.kreis-unna.de/hauptnavigation/kreis_region/politik_verwaltung/kreisverwaltung/planung_und_mobilitaet.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 19.01.2016].

- Kreis Unna, der Landrat (2016): Stabsstelle Planung und Mobilität. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Organigramm\\_PM\\_neu\\_19.01.16.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Organigramm_PM_neu_19.01.16.pdf) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 08.02.2016].
- Kreis Unna; Meister, A. (2015): TOP`s. Themen der Sitzungen im Netzwerk Altenarbeit 2014. 1. Halbjahr 2015. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/am\\_NW\\_AA\\_Themen\\_der\\_Sitzungen\\_2014\\_1\\_HJ\\_2015\\_-\\_Vorlage\\_Sprechertreffen\\_28\\_05\\_2015.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/am_NW_AA_Themen_der_Sitzungen_2014_1_HJ_2015_-_Vorlage_Sprechertreffen_28_05_2015.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Kreis Unna; Preising, J. (2009): Protokoll der 32. Sitzung der Kreissenorenkonferenz am 06.05.2009 im Perthes-Zentrum Kamen. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/50/pdf/Senioren/KSK-060509-Protokoll.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/50/pdf/Senioren/KSK-060509-Protokoll.pdf) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna; Zakel, H. (2014): Seniorenbeteiligung, Kreissenorentag und Kreissenorenkonferenz. Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Kreissenorenkonferenz/Za\\_KSK\\_Seniorenbeteiligung\\_Historie102014.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Kreissenorenkonferenz/Za_KSK_Seniorenbeteiligung_Historie102014.pdf) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Kreis Unna; Zakel, H. (2015): Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2015. Kreis Unna – Der Landrat (Hg.). Online: [http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user\\_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/Pflegebedarfsplan\\_2015\\_verabschiedet\\_10.03.2015.pdf](http://www.kreis-unna.de/fileadmin/user_upload/Kreishaus/kfp/pdf/Soziales/Pflegebedarfsplan_2015_verabschiedet_10.03.2015.pdf) [letzter Zugriff am 29.12.2015].
- Lahn-Dill-Kreis, Fachbereich Bildung, Jugend und Familie (2009): Netzwerke im Sozialbereich im Lahn-Dill-Kreis. Organigramm. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte\\_sozialplanung/Netzwerke\\_im\\_Sozialbereich\\_2009.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte_sozialplanung/Netzwerke_im_Sozialbereich_2009.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Lahn-Dill-Kreis, Projektgruppe Inklusion (2013): Regionaler Aktions- und Teilhabeplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung im Lahn-Dill-Kreis. Referenzmodell zum Themenbereich „Arbeit“. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte\\_sozialplanung/Regionaler\\_Aktions-\\_und\\_Inklusionsplan\\_ARBEIT\\_.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte_sozialplanung/Regionaler_Aktions-_und_Inklusionsplan_ARBEIT_.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Lahn-Dill-Kreis, Sozialplanung (2010): Demographische Entwicklung im Lahn-Dill-Kreis: Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Demographie 2008-2010. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte\\_sozialplanung/Demographiebericht\\_LDK.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/berichte_sozialplanung/Demographiebericht_LDK.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Land Berlin (2012): Die Organisationseinheiten „Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination des öffentlichen Gesundheitsdienstes“ im Land Berlin. Abschlussbericht der bezirksübergreifenden Arbeitsgruppe „Qualitätszirkel der OE QPK“. <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/interne-dienste/sozial-und-gesundheitsplanung/gesundheits-und-sozialberichterstattung/artikel.202201.php> [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Landesgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH (2014): Demografiecheck Raum Parchim. Modellvorhaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Endbericht. Landkreis Ludwigslust-

- Parchim. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/Demografiecheck/DemografieCheck\\_Parchim\\_Endbericht\\_Maerz\\_2014.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/Demografiecheck/DemografieCheck_Parchim_Endbericht_Maerz_2014.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landeshauptstadt Hannover (2016): Koordinierungsstelle Sozialplanung. Online: <http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Landeshauptstadt-Hannover/Dezernate-und-Fachbereiche-der-LHH/Jugend-und-Sozialdezernat/Koordinationsstelle-Sozialplanung> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2015].
- Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Jugend und Familie (2004): Betreuungsbedarf von Kindern in den ersten drei Lebensjahren. Ergebnisse der Elternbefragung. Online: <http://www.hannover.de/content/download/220355/3487723/file/Betreuungsbedarf-von-Kindern-in-den-ersten-drei-Lebensjahren.pdf> [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Hannover, Gesundheits-, Jugend- und Sozialdezernat (2001): Seniorenbüros in der Landeshauptstadt Hannover. Untersuchung der Wirkungen und Erfahrungen aus Sicht der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Online: <http://www.hannover.de/content/download/220349/3487675/file/Wirkungsanalyse--Seniorenb%C3%BCros-in-der-Landeshauptstadt-Hannover.pdf> [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat (2013): Die Vielfalt Hannovers. Sozialbericht 2013. Soziale Lagen und Soziale Räume. Online: <http://www.hannover.de/content/download/442316/9163576/file/sozialbericht2013.pdf> [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Hannover, Jugend- und Sozialdezernat (2014): Familien in Hannover. Familienmonitoring 2014. Online: [http://www.hannover.de/content/download/510213/11269098/file/komplett-hoch-und-querformat\\_online\\_2015-02-02.pdf](http://www.hannover.de/content/download/510213/11269098/file/komplett-hoch-und-querformat_online_2015-02-02.pdf) [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Hannover; Wedler, G. et al. (2003): Seniorenplan 2003. Weiterentwicklung der offenen Seniorenarbeit in der Landeshauptstadt Hannover. Online: <http://www.hannover.de/content/download/222090/3501409/file/Seniorenplan.pdf> [letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Landeshauptstadt Kiel (2013a): Best Ager's Lighthouses. Demografiesensible Personalarbeit für Organisationen in der Ostseeregion. Online: [http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/Projektdarstellung\\_fuer\\_Internet-10-2013-.pdf](http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/Projektdarstellung_fuer_Internet-10-2013-.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2013b): Kieler Demografiemonitoring. Indikatoren und Grundzahlen. Fortschreibung 2013. Online: <http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/Demografiemonitoring.php> [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015a): Beteiligungsveranstaltung. Online: [http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung\\_gaarden/workshop\\_2011.php](http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_gaarden/workshop_2011.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].

- Landeshauptstadt Kiel (2015b): Demografie-Workshop am 24. Juni 2011. Online: [http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/workshop\\_24\\_06\\_2011/index.php](http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/workshop_24_06_2011/index.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015c): Kieler Demografiemanagement. Online: <http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/index.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015d): Lokaler Aktionsplan Kiel. Online: [http://www.kiel.de/leben/stadtteile/lokaler\\_aktionsplan/lap.php](http://www.kiel.de/leben/stadtteile/lokaler_aktionsplan/lap.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015e): Planung für den Sozialraum Gaarden. Online: [http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung\\_gaarden/index.php](http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_gaarden/index.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015f): Projekte 2014. Der LAP Kiel-Nord mit neuen Projekten für 2014. Online: [http://www.kiel.de/leben/stadtteile/lokaler\\_aktionsplan/projekte/index.php](http://www.kiel.de/leben/stadtteile/lokaler_aktionsplan/projekte/index.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015g): Sozialraumplanung. Online: <https://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/index.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2015h): Telefonkette. Online: <http://www.kiel.de/leben/aelterwerden/Telefonkette.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2016a): Pflegebedarfsplan für die Landeshauptstadt Kiel. Fortschreibung 2005 bis 2010. Online: [http://www.kiel.de/leben/aelterwerden/\\_dokumente/Pflegebedarfsplan.pdf](http://www.kiel.de/leben/aelterwerden/_dokumente/Pflegebedarfsplan.pdf) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Kiel (2016b): Kieler Demografiestrategie. Online: <http://www.kiel.de/leben/sozial/demografie/demografiestrategie/index.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Landeshauptstadt Kiel (2016c): Sozialraumbericht Kiel Ost 2013. Online: [http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung\\_ost/index.php](http://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_ost/index.php) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Landeshauptstadt Kiel; Wichmann, B. (2011): Sozialraumbericht 2011 Gaarden. Online: [https://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung\\_gaarden/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf](https://www.kiel.de/leben/sozial/Sozialraumplanung/sozialraumplanung_gaarden/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit (2011): Positionspapier zur weiteren Entwicklung der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in der Landeshauptstadt Magdeburg. Online: [http://www.magdeburg.de/PDF/Positionspapier\\_zur\\_Entwicklung\\_der\\_Gemeinwesenarbeit\\_in\\_Magdeburg.PDF?ObjSvrID=698&ObjID=14059&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&\\_ts=1331286304](http://www.magdeburg.de/PDF/Positionspapier_zur_Entwicklung_der_Gemeinwesenarbeit_in_Magdeburg.PDF?ObjSvrID=698&ObjID=14059&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1331286304) [letzter Zugriff am 18.02.2016].

- Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister (2013): Stadtteilreport. In: Magdeburg sozial, Band 26. Online: <http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung> [letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister (2015a): Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Online: <http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister (2015b): Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit in Magdeburg. Online: <http://www.magdeburg.de/index.php?object=tx%7c37.6876.1&ModID=9&FID=37.3661.1> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister (2016a): Arbeitsgruppe „Magdeburger Netzwerk bürgerschaftliches Engagement“. Online: <http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/B%C3%BCrgerschaftliches-Engagement/index.php?NavID=37.908&object=tx|37.12644.1&La=1> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Landeshauptstadt Magdeburg, der Oberbürgermeister (2016b): Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung. Veröffentlichungen. Online: <http://www.magdeburg.de/Start/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Soziales/Sozialplanung> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (2012): Magdeburger Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In: Magdeburg sozial, Band 21. Online: <http://www.magdeburg.de/loadDocument.phtml?ObjSvrID=37&ObjID=6736&ObjLa=1&Ext=PDF> [letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (2013): Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg. In: Magdeburg sozial, Band 25. Online: [http://www.magdeburg.de/PDF/Magdeburg\\_Sozial\\_Band\\_25\\_Seniorenpolitisches\\_Konzept\\_2013.PDF?ObjSvrID=37&ObjID=10067&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&\\_ts=1386160982](http://www.magdeburg.de/PDF/Magdeburg_Sozial_Band_25_Seniorenpolitisches_Konzept_2013.PDF?ObjSvrID=37&ObjID=10067&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1386160982) [letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (2014a): Ergebnisse der Befragung zu generationsübergreifenden Angeboten in Jugend- und Seniorenfreizeiteinrichtungen. Online: <http://www.magdeburg.de/loadDocument.phtml?ObjSvrID=37&ObjID=15725&ObjLa=1&Ext=PDF> [letzter Zugriff am 22.12.2015].
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (2014b): Generationsübergreifende Infrastruktur in Magdeburg. In: Magdeburg sozial, Band 32. Online:

<http://www.magdeburg.de/loadDocument.phtml?ObjSvrlID=37&ObjID=15724&ObjLa=1&Ext=PDF> [letzter Zugriff am 22.12.2015].

Landeshauptstadt Magdeburg, Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung (2014c): Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg. Fortschreibung 2014 bis 2017. In: Magdeburg sozial, Band 28. Online: [http://www.magdeburg.de/PDF/Magdeburg\\_Sozial\\_Band\\_28\\_Konzept\\_zur\\_Suchtbek%C3%A4mpfung\\_und\\_Suchtpr%C3%A4vention\\_in\\_der\\_Landeshauptstadt\\_Magdeburg\\_Fortschreibung\\_014\\_bis\\_2017.PDF?ObjSvrlID=37&ObjID=13025&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&\\_ts=1403593296](http://www.magdeburg.de/PDF/Magdeburg_Sozial_Band_28_Konzept_zur_Suchtbek%C3%A4mpfung_und_Suchtpr%C3%A4vention_in_der_Landeshauptstadt_Magdeburg_Fortschreibung_014_bis_2017.PDF?ObjSvrlID=37&ObjID=13025&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1403593296) [letzter Zugriff am 22.12.2015].

Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister (2011): Familienfreundlichkeitsprüfung in der Landeshauptstadt Mainz. Mainz. Online: <https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/ob-dezernate/jugendhilfe--und-sozialplanung.php> [letzter Zugriff am 10.02.2016].

Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister (2015): Kindertagesstättenbedarfsplan 2015. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans mit einer Prognose bis 2019. Online: <https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/kindertagesstaettenbedarfplan-2015.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2015].

Landeshauptstadt Mainz, der Oberbürgermeister (2016): Jugendhilfe- und Sozialplanung. Online: <https://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/ob-dezernate/jugendhilfe--und-sozialplanung.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].

Landeshauptstadt Mainz, Dezernat für Soziales, Jugend, Wohnen, Finanzen, Beteiligungen, Steuern und Abgaben (2008): Älter werden in Mainz. Bericht zur Pflegestruktur. Online: [https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/Bericht\\_zur\\_Pflegestruktur\\_2008.pdf](https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/Bericht_zur_Pflegestruktur_2008.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2015].

Landeshauptstadt Mainz; Johannes Gutenberg-Universität Mainz (2011): Projekt „Übergangsstudie Mainz“. Bildungschancen und Lernbedingungen an Mainzer Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I. Online: [https://www.uni-mainz.de/downloads/02\\_soziologie\\_uebergangsstudie\\_mainz\\_ergebnisse.pdf](https://www.uni-mainz.de/downloads/02_soziologie_uebergangsstudie_mainz_ergebnisse.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2015].

Landeshauptstadt Mainz; Schneider, B. (2009): Mainzer Handlungskonzept gegen Kinderarmut. Online: <https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/mainzer-handlungskonzept-gegen-kinderarmut.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2015].

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2011): Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2010. Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger. Kurzfassung. Online: [http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/stadtentwicklung/grundlagen/Buergerbefragung-2010-kurz/Buergerbefragung\\_2010\\_kurz.pdf](http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Stadtplanung-und-Bauordnung/stadtentwicklung/grundlagen/Buergerbefragung-2010-kurz/Buergerbefragung_2010_kurz.pdf) [letzter Zugriff am 06.01.2016].

Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2012): Kommunale Sozialplanung München. Online: [http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/444\\_kommunale\\_sozialplanung\\_muenchen.pdf](http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/444_kommunale_sozialplanung_muenchen.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].

- Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2015a): Monitoring für das Sozialreferat. Tabellenband 2013 – 2014. Online: [http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/monitoring-sozialreferat\\_2014\\_tabellen.pdf](http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/monitoring-sozialreferat_2014_tabellen.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2015b): München sozial. Entwicklungen 2005 – 2014. Datenübersicht des Sozialreferates. Online: [http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/muenchen\\_sozial\\_2015.pdf](http://www.muenchen.de/rathaus/dms/Home/Stadtverwaltung/Sozialreferat/leitung-zentrale/sozplanung/muenchen_sozial_2015.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landeshauptstadt München, Sozialreferat (2016): Sozialplanung. Online: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Leitung-und-Zentrale/Sozialplanung.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 06.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2006): Endbericht zur Untersuchung zur Versorgung älterer Menschen nach Klinikaufenthalt in Wiesbaden. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Untersuchung\\_zur\\_Versorgung\\_aelterer\\_Menschen\\_nach\\_Klinik.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Untersuchung_zur_Versorgung_aelterer_Menschen_nach_Klinik.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2014a) : Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030. Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Bericht\\_\\_ltere\\_2014.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Bericht__ltere_2014.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2014b): Wiesbadener Familienbericht 2013. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Familienbericht\\_2013.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Familienbericht_2013.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Soziale Arbeit (2014c): Wiesbadener Sozialraumanalyse. Entwicklung der sozialen Bedarfslage in den Stadtteilen. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Wiesbadener\\_Sozialraumanalyse-Entwicklung\\_der\\_sozialen\\_Bedarfslage\\_in\\_den\\_Stadtteilen\\_korr.\\_Vers.\\_S.118.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/gesellschaft-soziales/sozialplanung/Wiesbadener_Sozialraumanalyse-Entwicklung_der_sozialen_Bedarfslage_in_den_Stadtteilen_korr._Vers._S.118.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit (2015): Von der Sozialberichterstattung über Einkommensarmut und sozialräumliche Bedarfslagen zur ressortübergreifenden Planung eines Handlungsprogramms zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung. Online: [http://www.vsop.de/index.php?did=JT\\_2015\\_Werkstatt\\_von\\_der\\_Sozialberichterstattung\\_zum\\_Handlungsprogramm\\_Wiesbaden.pdf](http://www.vsop.de/index.php?did=JT_2015_Werkstatt_von_der_Sozialberichterstattung_zum_Handlungsprogramm_Wiesbaden.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für soziale Arbeit (2016): Wiesbadener Sozialatlas. Online: <https://sozialatlas.wiesbaden.de/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 17.02.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (2013): Wiesbadener Stadtanalysen. G8 oder G9? Ergebnisse der Elternbefragung an Wiesbadener

- Grundschulen 2013. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/Stadtanalyse\\_G8\\_G9.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/Stadtanalyse_G8_G9.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (2015): Wiesbadener Stadtanalysen. Leben in Wiesbaden 2014. Persönliche Lebenssituation. Online: [https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/2015\\_05\\_WI\\_Stadtanalyse\\_LEBEN\\_IN\\_WIESBADEN\\_persoeliche\\_Lebenssituation.pdf](https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/stadtportrait/2015_05_WI_Stadtanalyse_LEBEN_IN_WIESBADEN_persoeliche_Lebenssituation.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister (2016a): Grundsätze der Sozialplanung. Online: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/grundsaeetze-sozialplanung.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister (2016b): Sozialplanung in Wiesbaden. Online: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/sozialplanung.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister (2016c): Veranstaltungen. Alle Veranstaltungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung. Online: <https://www.wiesbaden.de/rathaus/stadtpolitik/buergerbeteiligung/veranstaltungen.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister (2016d): Jugendhilfeplanung. Online: <https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/jugendhilfeplanung.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Landeshauptstadt Wiesbaden, der Oberbürgermeister (2016e): Wohnen und Sozialplanung. Online: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/wohnen-sozialplanung.php> [letzter Zugriff am 18.02.2016].
- Landkreis Görlitz, Dezernat IV (2010): Rahmenplan Integrierte Sozialplanung im Landkreis Görlitz. Online: [http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan\\_ism.pdf](http://www.integrierte-sozialplanung.de/downloads/rahmenplan_ism.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Ludwigslust-Parchim, der Landrat (2015): Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung. Online: <http://www.kreis-lup.de/buergerserviceverwaltung/kreisverwaltung/verwaltungsorganisation/04-stabstelle-jugendhilfe-und-sozialplanung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landkreis Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (2014a): Dokumentation des Workshops „Fachkräftemangel in der Altenpflege: Ausbildungsangebote, Attraktivität der Pflegeberufe, Bedarfsdeckung im ländlichen Raum“. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation\\_Workshop\\_Fachkraefte\\_23.09.14.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation_Workshop_Fachkraefte_23.09.14.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landkreis Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (2014b): Dokumentation des Workshops „Pflegebedürftigkeit und Behinderung – ähnliche

- Unterstützungsbedarfe und Möglichkeiten der Vernetzung“ 12.11.2014. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation-Workshop\\_12\\_11\\_Pflege\\_Behinderung\\_ISG.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation-Workshop_12_11_Pflege_Behinderung_ISG.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landkreis Ludwigslust-Parchim; Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (2014c): Dokumentation der Fachtagung Umsetzung der Pflegesozialplanung im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation\\_Fachtagung\\_Pflegesozialplanung\\_LUP\\_01.09.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Pflegesozialplanung/Dokumentation_Fachtagung_Pflegesozialplanung_LUP_01.09.pdf) [letzter Zugriff am 17.02.2016].
- Landkreis Ludwigslust-Parchim, Stabsstelle Jugendhilfe- und Sozialplanung (2015): Kindertagesstättenbedarfsplanung 2015 bis 2018 mit Prognose bis 2024. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Kitabedarfsplan/\\_Kitaplan-2015-2018.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP2/PDF-FD04/Kitabedarfsplan/_Kitaplan-2015-2018.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Landrat (2015): Integrierte Sozialberichterstattung. Online: <http://www.potsdam-mittelmark.de/de/bildung-soziales/fachplanungen-berichte-richtlinien/sozialberichterstattung/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2008): Integrierte Sozialplanung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: [https://www.kreis-pinneberg.de/pinneberg\\_media/Dokumente/Sozialplanung/Sozialplanung+Landkreis+Potsdam\\_Mittelmark-p-9758.pdf](https://www.kreis-pinneberg.de/pinneberg_media/Dokumente/Sozialplanung/Sozialplanung+Landkreis+Potsdam_Mittelmark-p-9758.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2010): „Daten für Taten“. Das Konzept integrierter Sozialberichterstattung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: [http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Integrierte\\_Sozialberichterstattung.pdf](http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Integrierte_Sozialberichterstattung.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Potsdam-Mittelmark, Fachdienst Strategisches und operatives Sozialcontrolling (2013): Integrierte Sozialplanung im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Online: [http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Stand\\_2013\\_SPL\\_SBE\\_LKPM.pdf](http://www.potsdam-mittelmark.de/fileadmin/Redakteure/Bilder/Bildung%20%26%20Soziales/PDF/Stand_2013_SPL_SBE_LKPM.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landkreis Schmalkalden-Meiningen (2016b): Sozialräume des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Online: [http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Karte\\_Sozialraeume-des-Landkreises-SM.pdf](http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Karte_Sozialraeume-des-Landkreises-SM.pdf) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.01.2016].
- Landratsamt Görlitz (2012): Sozialstrukturatlas 2010. Landkreis Görlitz. Online: <http://www.youblisher.com/p/463637-Sozialstrukturatlas-Landkreis-Goerlitz-2010/> [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Landratsamt Görlitz (2015a): Integrierte Sozialplanung. Online: [http://www.kreis-goerlitz.de/city\\_info/webaccessibility/index.cfm?region\\_id=349&waid=392&item\\_id=85733](http://www.kreis-goerlitz.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=349&waid=392&item_id=85733)

7&link\_id=213707812&design\_id=8215&fsz=1&contrast=0 [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].

Landratsamt Görlitz (2015b): Planungsraumkonferenzen. Online: [http://www.kreis-goerlitz.de/city\\_info/webaccessibility/index.cfm?waid=392&item\\_id=0&region\\_id=349&design\\_id=0&modul\\_id=5&record\\_id=84644&fsz=1&contrast=0&search=Planungsraum](http://www.kreis-goerlitz.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?waid=392&item_id=0&region_id=349&design_id=0&modul_id=5&record_id=84644&fsz=1&contrast=0&search=Planungsraum) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2012): Sozialer Wegweiser. Online: <http://www.lra-sm.de/?wpdmp=sozialer-wegweiser> [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2015): Sozialplanung. Online: [http://www.lra-sm.de/?page\\_id=8033](http://www.lra-sm.de/?page_id=8033) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2016a): Richtlinien des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zur Förderung von Maßnahmen der offenen Altenhilfe. Online: [http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie\\_zur\\_Foerderung\\_von\\_Ma%C3%9Fnahmen\\_der\\_offenen\\_Altenhilfe.pdf](http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie_zur_Foerderung_von_Ma%C3%9Fnahmen_der_offenen_Altenhilfe.pdf) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.01.2016].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2016c): 15. Sozialbericht des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Berichtsjahre 2013 und 2014. Online: <http://www.lra-sm.de/wp/wp-content/uploads/2016/01/15.%20Sozialbericht.pdf> [letzter Zugriff am 10.02.2016].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen (2016d): Richtlinie des Landkreises Schmalkalden-Meiningen zur Förderung von Maßnahmen der Jugendarbeit. Online: <http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Richtlinie-Massnahmen-Jugendarbeit.pdf> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (2012): Sozialbericht des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Online: <http://www.lra-sm.de/wp/wp-content/uploads/2015/04/Sozialbericht2012.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (2014): Jugendförderplan des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Fortschreibung Planungszeitraum 2015 bis 2017. Online: <http://www.lra-sm.de/wp-content/uploads/2015/02/Jugendfoerderplan-2015-2017.pdf> [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen, Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (2015): Bedarfsplan Kindertagesstätten und Tagespflege des Landkreises Schmalkalden-Meiningen. Planungszeitraum 2014/2015. Online: [http://www.lra-sm.de/wp/wp-content/uploads/2015/01/Bedarfsplan-Kita-2014\\_15.pdf](http://www.lra-sm.de/wp/wp-content/uploads/2015/01/Bedarfsplan-Kita-2014_15.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].

Maykus, S.; Schone, R. (Hg.) (2010): Handbuch Jugendhilfeplanung: Grundlagen, Anforderungen und Perspektiven. 3. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden, VS Springer.

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW (2015): Vorläufiger Landesförderplan Alter und Pflege 2015. Online: [http://www.kreisheinsberg.de/download\\_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Anlage%202%20Vorl.%](http://www.kreisheinsberg.de/download_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Anlage%202%20Vorl.%)

20Landesf%F6rderplan%20ALTER%20UND%20PFLEGE%202015.pdf [letzter Zugriff am 13.01.2016].

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): Struktur der Kommunen. URL: <http://www.mik.nrw.de/themen-aufgaben/kommunales/erfolgsmodell-kommunale-selbstverwaltung/strukturen.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 20.01.2016].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (2012): Übersicht über die kommunalen Körperschaften Niedersachsens. URL: [http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=14858&article\\_id=62512&psmand=33](http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14858&article_id=62512&psmand=33) [letzter Zugriff am 20.01.2016].

Pauels, J.; Meister, A. (2014): Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung und Sozialplanung im Kreis Unna. In: Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung. Gute Beispiele von Kommunen und Kreisen. Dokumentation der Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein Westfalen am 15. November 2013 in Düsseldorf. Online: [http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung\\_nrw/Veranstaltungen/Dokumentation\\_Sozialplanung\\_Stadtentwicklungsplanung.pdf](http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/Veranstaltungen/Dokumentation_Sozialplanung_Stadtentwicklungsplanung.pdf) [letzter Zugriff am 10.02.2016].

Petendra, B. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern. Best-practice-Projekte. Online: [https://www.schaderstiftung.de/uploads/tx\\_schaderstiftung/2005\\_Sozialraeumliche\\_Integration\\_best-practice\\_Petendra.pdf](https://www.schaderstiftung.de/uploads/tx_schaderstiftung/2005_Sozialraeumliche_Integration_best-practice_Petendra.pdf) [letzter Zugriff am 05.01.2016].

Pfeiffer, U. et al. (2012): Fortschreibung der Sozialraumanalyse Mainz. Empirica Forschung und Beratung (Hg.). Im Auftrag der Landeshauptstadt Mainz, Dezernat für Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit. Online: [https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/SozialraumanalyseMainz\\_empirica\\_11.10.2012.pdf](https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/SozialraumanalyseMainz_empirica_11.10.2012.pdf) [letzter Zugriff am 02.01.2015].

Polenz, M.; Vogel, H.-J. (2012): Die Arnsberger „Lern-Werkstatt“ Demenz. Online: [http://www.arnsberg.de/buergermeister/veroeffentlichungen/2012/Kap\\_8\\_Polenz\\_Vogel.pdf](http://www.arnsberg.de/buergermeister/veroeffentlichungen/2012/Kap_8_Polenz_Vogel.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].

Projektgruppe Bildung und Region (2012): Armutsbericht. Lebenslagen im Kreis Heinsberg. Online: <http://www.kreis-heinsberg.de/buergerservice/schlagwortindex/?ID=662> [letzter Zugriff am 13.01.2016].

Reichwein, A. et al. (2012): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf, Eigenverlag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

RWTH Aachen, Geographisches Institut (2010): Nachhaltige Förderung der Lebensqualität im Kreis Heinsberg. Online: [http://www.kreis-heinsberg.de/download\\_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Studie%20Stadt%20Heinsberg.pdf](http://www.kreis-heinsberg.de/download_redirektor.php?FILEPATH=../../files/&FILE=Studie%20Stadt%20Heinsberg.pdf) [letzter Zugriff am 13.01.2016].

Schubert, H.; Wolter, D.; Georg, M. (2016): Zur Situation der Sozialplanung in Deutschland. Ergebnisse einer Online-Umfrage im Rahmen des Forschungsvorhabens Integrierte Sozialplanung als Innovation für die Versorgung im Alter (ISPInoVA). Online: <https://www.th>

koeln.de/mam/downloads/deutsch/hochschule/fakultaeten/f01/srm-arbeitspapier57\_ispinova\_onlineumfrage.pdf [letzter Zugriff am 21.01.2016].

- Schubert, H. (2012): Kooperative Sozialplanung. Gute Beispiele der Zusammenarbeit von Kommunen und Kreisen mit der Freien Wohlfahrtspflege. Dokumentation der Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein Westfalen am 16. November 2012 in Düsseldorf. Online: [http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/Doku\\_Endf\\_19092013\\_1.pdf](http://www.lahn-dill-kreis.de/cms/media/anlagen/fb3/30.1/vortraege/Doku_Endf_19092013_1.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].
- Stadt + Handel (2013): Teilräumliches Nahversorgungskonzept für das Quartier Mierendorffplatz. Im Auftrag des Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin. Online: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/staedtebauliche-planung/artikel.208689.php> [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2015a): Älter werden. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail1.asp?searchID=3289](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail1.asp?searchID=3289) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2015b): Armutsberichterstattung. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail1.asp?searchID=3952](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail1.asp?searchID=3952) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2015c): Sozialplanung. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/einrichtungen/index\\_detail1.asp?searchID=46338&showDL=true](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/einrichtungen/index_detail1.asp?searchID=46338&showDL=true) [Erscheinungsjahr unbekannt; [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2015d): Sozialraumanalyse. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail1.asp?searchID=3956](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail1.asp?searchID=3956) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2015e): Quartiersmanagement über „Stadtteilkonferenzen“ und „Stadtteilbüros“. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/stadtteilkonferenzen/stadtteilkonferenzen\\_stadtteilbueros.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/stadtteilkonferenzen/stadtteilkonferenzen_stadtteilbueros.html) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, der Oberbürgermeister (2016): Einrichtungen. Stadtverwaltung A-Z. Detailansicht. Fachbereich Soziales und Integration. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/einrichtungen/index\\_detail.asp?searchId=44756](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/einrichtungen/index_detail.asp?searchId=44756) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2006a): Strategien zur Versorgung älterer Menschen mit adäquatem Wohnraum in Aachen. Online:

- [http://www.aachen.de/BIS/FO/Strategien\\_zur\\_Wohnraumversorgung.pdf](http://www.aachen.de/BIS/FO/Strategien_zur_Wohnraumversorgung.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2006b): Die Entwicklung der Alt-Jung-Projekte in Aachen (2001-2006). Online: [http://www.aachen.de/BIS/FO/Alt\\_und\\_Jung\\_in\\_Aachen\\_2006.pdf](http://www.aachen.de/BIS/FO/Alt_und_Jung_in_Aachen_2006.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2006c): Gesundheit und Pflege Älterer Migranten. Siebzehnter Bericht zur Altenplanung. Online: [http://www.aachen.de/BIS/FO/altenplanung\\_bericht\\_17.pdf](http://www.aachen.de/BIS/FO/altenplanung_bericht_17.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2007): Sozialraumbezogene Altenhilfe- und Pflegeplanung in Aachen. Online: [http://www.aachen.de/BIS/FO/Sozialraumbezogene\\_Altenhilfeplanung.pdf](http://www.aachen.de/BIS/FO/Sozialraumbezogene_Altenhilfeplanung.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen; Köster, G. (2015): Zweiter Sozialentwicklungsplan Aachen. Demografische, sozio-ökonomische und soziale Entwicklung und Perspektiven für die Aachener Quartiere. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/sozialentwicklungsplan\\_neu/sozialentwicklungsplaene/sozial\\_ep\\_2015/Zweiter\\_Sozialentwicklungsplan\\_Aachen\\_neu.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/sozialentwicklungsplan_neu/sozialentwicklungsplaene/sozial_ep_2015/Zweiter_Sozialentwicklungsplan_Aachen_neu.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Aachen, Stabsstelle Integration (2006): Integrationskonzept der Stadt Aachen. Online: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/integration/dokumente\\_pdf/integrationskonzept\\_aachen.pdf](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/integration/dokumente_pdf/integrationskonzept_aachen.pdf) [letzter Zugriff am 31.12.2015].
- Stadt Ahlen (2015a): Mitmach-Projekte. Online: <http://www.senioren-ahlen.de/mitmach-projekte.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Ahlen (2015b): Vorlese- und Sprachpaten. Online: <http://www.senioren-ahlen.de/mitmach-projekte/vorlesepaten-sprachpaten.html> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Ahlen (2016a): Mitmachprojekte. Online: [www.senioren-ahlen.de](http://www.senioren-ahlen.de) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].
- Stadt Ahlen (2016b): SeniorInnen-Arbeit. Online: <http://www.senioren-ahlen.de/unsere-arbeit.html> [letzter Zugriff am 21.01.2016].
- Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales (2012a): Kurzprofil Quartierskonzept. Online: [http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/Kurzprofile\\_Projekte/Quartierskonzept\\_Kurzprofil\\_Homepage\\_08\\_2012\\_zwv.pdf](http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/Kurzprofile_Projekte/Quartierskonzept_Kurzprofil_Homepage_08_2012_zwv.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Ahlen, Fachbereich für Jugend und Soziales (2012b): Wohnen im Alter mit Gemeinschaft und Sicherheit. Handlungskonzept zur Weiterentwicklung des Wohnangebotes für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf in der Stadt Ahlen. Online: [http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/pdf/Wohnen\\_im\\_Alter\\_in\\_Ahlen\\_07\\_05\\_2012\\_zwv\\_web.pdf](http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/pdf/Wohnen_im_Alter_in_Ahlen_07_05_2012_zwv_web.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Ahlen, Sozialabteilung (2004): Integriertes Handlungskonzept zur Absicherung und Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen in Ahlen. Online: [http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/pdf/Integriertes\\_Handlungskonzept\\_zur\\_Absicherung\\_und\\_Verbesserung\\_der\\_Lebensqualitaet\\_aelterer\\_Menschen\\_in\\_Ahlen.pdf](http://www.alter-und-soziales.de/fileadmin/pdf/Integriertes_Handlungskonzept_zur_Absicherung_und_Verbesserung_der_Lebensqualitaet_aelterer_Menschen_in_Ahlen.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].

- soziales.de/fileadmin/pdf/integriertes\_handlungskonzept\_2004\_01.pdf [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Ahlen, Sozialabteilung (2007): Das Ahlener System. Online: [http://web1-demnet.dzne.med.uni-greifswald.de//anhang/?display\\_attachment=1646](http://web1-demnet.dzne.med.uni-greifswald.de//anhang/?display_attachment=1646) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Arnsberg (2011): Arnsberger „Lern-Werkstadt“ Demenz. Handbuch für Kommunen. Online: [http://www.arnsberg.de/projekt-demenz/PDA\\_Handbuch\\_weblinksDS.pdf](http://www.arnsberg.de/projekt-demenz/PDA_Handbuch_weblinksDS.pdf) [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Arnsberg (2013): Dokumentation der Veranstaltung zum Weltalzheimertag Demenz – Wo brennt es? vom 9. Oktober 2013 im Rathaus Arnsberg. Online: [http://www.arnsberg.de/zukunft-alter/projekte/Dokumentation\\_Demenz\\_-\\_Wo\\_brennt\\_es.pdf](http://www.arnsberg.de/zukunft-alter/projekte/Dokumentation_Demenz_-_Wo_brennt_es.pdf) [letzter Zugriff am 17.02.2016].
- Stadt Arnsberg, der Bürgermeister (2003a): Zukunft Wohnen in Arnsberg. Online: <http://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/archiv/info15-wohnen.pdf> [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Arnsberg, der Bürgermeister (2003b): Demographischer Wandel in Deutschland und Arnsberg. Ausgangssituation. Rahmenbedingungen. Perspektiven. Maßnahmen. Online: <http://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/archiv/info16-demographie.pdf> [letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Arnsberg, der Bürgermeister (2015a): KIDZELN – Kindern Demenz erzählen. Online: <http://www.arnsberg.de/zukunft-alter/projekte/kidzeln/KiDzeln.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Arnsberg, der Bürgermeister (2015b): Stadtentwicklung | Zukunftsagentur. Online: <http://www.arnsberg.de/stadtentwicklung/zukunftsagentur.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Arnsberg, der Bürgermeister (2015c): Zukunftswerkstatt Demenz: DemNet-D. Online: <http://www.arnsberg.de/projekt-demenz/DemNet-D.php> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 21.12.2015].
- Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister (2007): Demographischer Wandel als Chance? Das Bielefelder Konzept. In: „Zukunft Stadt“. 2007, Heft 3. Bielefeld. S. 2. Online: <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demo-Heft3.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Dezernat 5 (2009): Konzept „Seniorenfreundliches Bielefeld“ (KSB). Online: <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/KonzeptSeniorenfreundlichesBielefeld.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Dezernat 5 (2013): Pflegestatistik 2013. Grundlagen - Zahlen – Fakten. Online: <http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Pflegebericht2013.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention (2014): 1. Plattform Inklusions – Impulse. Freitag, 09. Mai 2014. Dokumentation Teil 1. Online:

- <http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/PlattformInklusionsImpulse1DokuTeil1.pdf> [letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister (2016a): Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Online: [http://www.bielefeld.de/de/rv/ds\\_stadtverwaltung/isp/](http://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/isp/) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, der Oberbürgermeister (2016b): „Kommunale Präventionsketten – Kein Kind zurücklassen“. Online: [https://www.bielefeld.de/de/rv/ds\\_stadtverwaltung/isp/kkz/](https://www.bielefeld.de/de/rv/ds_stadtverwaltung/isp/kkz/) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Bielefeld, Dezernat Soziales (2016): Sozialleistungsbericht 2011/12. Online: <http://www.bielefeld.de/de/gs/sbt/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].
- Stadt Gelsenkirchen, Koordinierungsstelle für präventive und strategische Sozialplanung (2015): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Gelsenkirchen. Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2006 bis 2011. Sozialraumgespräche 2012. Online: [https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtfakten/statistiken/\\_doc/bericht\\_kindergesundheit\\_2013.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/stadtprofil/stadtfakten/statistiken/_doc/bericht_kindergesundheit_2013.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, der Oberbürgermeister (2016a): Sozialraumgespräche in Gelsenkirchen. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische\\_Themen/Sozialraumgespraeche\\_in\\_GE.asp](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische_Themen/Sozialraumgespraeche_in_GE.asp) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].
- Stadt Gelsenkirchen, der Oberbürgermeister (2016b): Projektgebiete der Stadterneuerung – Überblick. Online: <http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].
- Stadt Gelsenkirchen; ZEFIR (2006): Familienbericht Gelsenkirchen 2006. Lebenslage und Zufriedenheit von Familien. Online: [https://www.gelsenkirchen.de/de/familie/netzwerke/lokales\\_buendnis\\_fuer\\_familien/\\_doc/familienbericht\\_gelsenkirchen.pdf](https://www.gelsenkirchen.de/de/familie/netzwerke/lokales_buendnis_fuer_familien/_doc/familienbericht_gelsenkirchen.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen; InWIS Forschung & Beratung GmbH; S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH (2015): Stadtteilentwicklungsplan Schalke. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Schalke/Downloads/Stadtteilentwplan\\_Schalke\\_mit\\_PI%C3%A4nen.pdf](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Schalke/Downloads/Stadtteilentwplan_Schalke_mit_PI%C3%A4nen.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2007a): Bericht zur Stadterneuerung in Gelsenkirchen 2007. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Koordinierungsstelle/Downloads/Bericht\\_Stadterneuerung\\_2007.pdf](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Koordinierungsstelle/Downloads/Bericht_Stadterneuerung_2007.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2007b): Stadtumbau West– Impulsprojekt Tossehof. Integriertes Handlungskonzept (aktualisiert). Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Tossehof/\\_Doc/Integriertes\\_Handlungskonzept\\_aktualisiert\\_07.pdf](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Tossehof/_Doc/Integriertes_Handlungskonzept_aktualisiert_07.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].

- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015a): Beirat für Stadterneuerung. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische\\_Themen/beirat\\_fuer\\_stadterneuerung.asp](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische_Themen/beirat_fuer_stadterneuerung.asp) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015b): Kommunikationskonzept Stadterneuerung. Online: <http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Koordinierungsstelle/Kommunikationskonzept.asp?highmain=1&highsub=1&highsubsub=0> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015c): Projektgebiete der Stadterneuerung. Überblick. Online: <http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/default.asp?highmain=2&highsub=0&highsubsub=0> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015d): Sozialraumgespräche in Gelsenkirchen. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische\\_Themen/Sozialraumgespraeche\\_in\\_GE.asp](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Gesamtstaedtische_Themen/Sozialraumgespraeche_in_GE.asp) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015e): Stadterneuerung Gelsenkirchen: Zukunft findet Stadt. <http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Koordinierungsstelle/stadterneuerung.asp> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung (2015f): Bürgergarten Orangeplatz. Ein Projekt der Stadtteilerneuerung in Gelsenkirchen-Südost. Online: [http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Suedost/\\_Doc/Orangeplatz.pdf](http://www.stadterneuerung-gelsenkirchen.de/Projektgebiete/Suedost/_Doc/Orangeplatz.pdf) [letzter Zugriff am 30.12.2015].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2015a): Organigramm des Sozialamtes. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales/beratung-und-hilfen/sozialamt/organigramm-des-sozialamtes> [letzter Zugriff am 21.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2015b): Sozial- und Jugendbericht. Online: <http://www.neuss.de/leben/soziales/sozial-und-jugendbericht> [letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016a): „Bezahlbarer Wohnraum in Neuss 2030“. Online: <http://www.neuss.de/presse/archiv/2014/november/13.11.2014-201ebezahlbarer-wohnraum-in-neuss-2030201c> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016b): Bürgerinformationen. Online: <http://www.neuss.de/leben/soziales/fluechtlinge-in-neuss/buergerinformationen-zu-potentiellen-standorten> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016c): Neuss barrierefrei. Online: <http://www.neuss.de/leben/soziales/menschen-mit-behinderung/neuss-barrierefrei> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].

- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016d): Runder Tisch "Barrierefreiheit". Online: <http://www.neuss.de/leben/soziales/menschen-mit-behinderung/barrierefreiheit/runder-tisch-barrierefreiheit> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016e): Teil 2 - Die Bestandserfassung. Online: [https://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/sozial-und-jugendbericht/copy2\\_of\\_teil-3-handlungsempfehlungen-der-akteure](https://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/sozial-und-jugendbericht/copy2_of_teil-3-handlungsempfehlungen-der-akteure) [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 09.02.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016f): Verleihung Signets „Neuss barrierefrei“. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales/menschen-mit-behinderung/neuss-barrierefrei/verleihung-signets-201eneuss-barrierefrei201c> [letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016g): Ziele. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/enquete-kommission-demografischer-wandel/ziele> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016h): Soziales. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 10.02.2016].
- Stadt Neuss, der Bürgermeister (2016i): Integrationsbüro. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales/integrationsportal/integrationsbuero> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 18.02.2016].
- Stadt Neuss, Enquêtekommission „Handlungskonzept Demographie“ (2013): Abschlussbericht der Enquêtekommission. Handlungskonzept Demographie Neuss am Rhein. Auf dem Weg – 2013 > 2030 > 2050. Online: <https://www.neuss.de/leben/soziales/themen-und-lebenssituationen/enquete-kommission-demografischer-wandel/neuss-abschlussbericht-handlungskonzept-demographie.pdf> [letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Stadt Neuss, Sozialmonitoring (2015): Sozialmonitoring. Befragungen. Online: <http://www.neuss.de/leben/soziales/sozial-und-jugendbericht/teil-1-datenanalyse-2013/12> [letzter Zugriff am 03.01.2016].
- Städteregion Aachen, der Städteregionsrat (2011): Zukunftsprogramm Städteregion Aachen. Fortschreibung 2011. Arbeitsprogramm, Bürgerbeteiligung und Kommunikation. Online: [http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedteregion/zukunftsprogramm!/ut/p/c5/dcpLDolwFEDRHfleC4V2yEeiUTCsGIUJqVCQCIXwMyEuXjZg7vBcSGFLy6Wu5FR3WjbgwNTKokCcXJc4yEPPxOMlvkVCMlo2QgKJ\\_d8NuA9q7OYhVxB7hDKb-gGiybhlel8e8wNnzKDh3ncoEooULWlWtGQiFmqd37Mup7EfumqQbbstJPuoJ9n1RQnXXOYvdVaLaoK5aaDXq\\_MDusBmyw!!/](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedteregion/zukunftsprogramm!/ut/p/c5/dcpLDolwFEDRHfleC4V2yEeiUTCsGIUJqVCQCIXwMyEuXjZg7vBcSGFLy6Wu5FR3WjbgwNTKokCcXJc4yEPPxOMlvkVCMlo2QgKJ_d8NuA9q7OYhVxB7hDKb-gGiybhlel8e8wNnzKDh3ncoEooULWlWtGQiFmqd37Mup7EfumqQbbstJPuoJ9n1RQnXXOYvdVaLaoK5aaDXq_MDusBmyw!!/) [letzter Zugriff am 12.01.2016].
- Städteregion Aachen, der Städteregionsrat (2014): Zukunftsprogramm Städteregion Aachen. Fortschreibung 2013/2014. Online: [http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedteregion/zukunftsprogramm!/ut/p/c5/dY7LCoJAFED\\_qHtnHF9LHwmRGglRthkmvZkwjOlRkD4-oXWc3TmbA3fYMGppGzW1nVEabnB3ZJ74xzBkAXpZJPBwKi6579scXYQSSvd\\_t-A60NjNQ0VQRlzbLo8TRGF7jog-fpKmViS4k-3jgCMTyDhnDhc2Q8SafkKOK6J6ooGabUm-](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/staedteregion/zukunftsprogramm!/ut/p/c5/dY7LCoJAFED_qHtnHF9LHwmRGglRthkmvZkwjOlRkD4-oXWc3TmbA3fYMGppGzW1nVEabnB3ZJ74xzBkAXpZJPBwKi6579scXYQSSvd_t-A60NjNQ0VQRlzbLo8TRGF7jog-fpKmViS4k-3jgCMTyDhnDhc2Q8SafkKOK6J6ooGabUm-)

6SGpNSvpkdqJbZWXV8\_4Vyp6kUpLaSTWWvozRp8ATCPdzU!/ [letzter Zugriff am 12.01.2016].

Städteregion Aachen, der Städteregionsrat (2016): Amt für soziale Angelegenheiten. Online: [http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/service/aemter/a50!ut/p/c5/04\\_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os\\_gADxNHQ09\\_A0sLYzdHA08LC7cA70BTIzNDc\\_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqvyp9Hfm6qfkF2dpqjo6liAATSY-s!/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/](http://www.staedteregion-aachen.de/wps/portal/internet/home/service/aemter/a50!ut/p/c5/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP0os_gADxNHQ09_A0sLYzdHA08LC7cA70BTIzNDc_1wkA6cKkwMTCDyBjiAo4F-cEqvyp9Hfm6qfkF2dpqjo6liAATSY-s!/dl3/d3/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/) [letzter Zugriff am 21.01.2016].

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Bevölkerung in Hamburg 2013. Online: [http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI14\\_151.pdf](http://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI14_151.pdf) [letzter Zugriff am 20.01.2016].

Statistisches Bundesamt (2015a): Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2014. Online: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/02Bundeslaender.html> [letzter Zugriff am 06.01.2016].

Statistisches Bundesamt (2015b): Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/04Kreise.html> [letzter Zugriff am 20.01.2016].

Statistisches Bundesamt (2015c): Städte in Deutschland nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte. URL: [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugJ/31122014\\_Auszug\\_GV.html](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GVAuszugJ/31122014_Auszug_GV.html) [letzter Zugriff am 20.01.2016].

Stegmann, M. (1999): Kommunale Sozialplanung als Fachaufgabe. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, 22, Nr. 4. Stuttgart, Lucius und Lucius Verlagsgesellschaft. S. 303-321.

Stockdreher, P. (2011): Wissenschaftliche Begleitung von innovativen Wohnprojekten für versorgungsbedürftige Menschen in München. Abschlussbericht. Online: <http://www.zweiplus.org/Referenzen/Abschlussbericht.pdf> [letzter Zugriff am 10.02.2016].

Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaften (2016): Wissenschaftliche Begleitung des KIGS-Projekts der Stadt Bielefeld. Zwischenfazit zum ersten Einschulungsjahrgang. Online: [http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/KIGS\\_Zwischenfazit.pdf](http://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/KIGS_Zwischenfazit.pdf) [Erscheinungsdatum unbekannt; letzter Zugriff am 02.01.2016].

Unser Landkreisbote (2015): Pflege- und Sozialberater in Städten und Gemeinden unterwegs. Landkreis Ludwigslust-Parchim. Online: [http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD02/Unser-Landkreisbote/Unser-Landkreisbote-2015/2003\\_LKB\\_HP\\_Internet.pdf](http://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD02/Unser-Landkreisbote/Unser-Landkreisbote-2015/2003_LKB_HP_Internet.pdf) [letzter Zugriff am 28.12.2015].

Verein Alter und Soziales e.V. (2015): Integriertes Handlungskonzept. Online: <http://www.alter-und-soziales.de/der-verein/konzept/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 30.12.2015].

Verein Alter und Soziales e.V. (2016a): Informationen zu "Alter und Soziales e.V." Online: <http://www.alter-und-soziales.de/der-verein/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 07.01.2016].

Verein Alter und Soziales e.V. (2016b): Das „Ahlener System“ – eine innovative und effektive Arbeitsstruktur für die Weiterentwicklung der Altenhilfe und Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen. Online: <http://www.alter-und-soziales.de/der-verein/konzept/ahlener-system/> [Erscheinungsjahr unbekannt; letzter Zugriff am 14.01.2016].

## 5.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beispiele guter Sozialplanungspraxis.....	10
Abbildung 2: Organisationseinheit „Altenhilfeplanung“.....	20
Abbildung 3: Organisationseinheit „Sozialplanung“.....	21
Abbildung 4: Organisationseinheit „Sozialplanung“.....	21
Abbildung 5: Organisationseinheit „Gesundheitsmanagement“.....	22
Abbildung 6: Organisationseinheit „Regionalmanagement“/„Stadtentwicklung“.....	23

## 5.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Grundgesamtheit der erhobenen Sozialplanungsbeispiele.....	7
Tabelle 2: Verteilung der erhobenen Sozialplanungsbeispiele nach Bundesland.....	7
Tabelle 3: Good-Practices-Kriterien in Aachen.....	24
Tabelle 4: Good-Practices-Kriterien in der Städteregion Aachen.....	26
Tabelle 5: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Arnsberg.....	29
Tabelle 6: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Ahlen.....	31
Tabelle 7: Good-Practices-Kriterien im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin.....	34
Tabelle 8: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Bielefeld.....	36
Tabelle 9: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Gelsenkirchen.....	38
Tabelle 10: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Görlitz.....	40
Tabelle 11: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Hamburg, Bezirk Altona.....	42
Tabelle 12: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt Hannover.....	44
Tabelle 13: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Heinsberg.....	47
Tabelle 14: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Kiel.....	49
Tabelle 15: Good-Practices-Kriterien im Lahn-Dill-Kreis.....	52
Tabelle 16: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Ludwigslust-Parchim.....	55

Tabelle 17: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Magdeburg.....	57
Tabelle 18: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Mainz.....	60
Tabelle 19: Good-Practices-Kriterien in der Landeshauptstadt München.....	61
Tabelle 20: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Neuss .....	63
Tabelle 21: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Potsdam-Mittelmark.....	65
Tabelle 22: Good-Practices-Kriterien im Landkreis Schmalkalden-Meiningen.....	67
Tabelle 23: Good-Practices-Kriterien im Kreis Unna .....	69
Tabelle 24: Good-Practices-Kriterien in der Stadt Wiesbaden .....	71